



Neuer James-Bond-Darsteller gefunden

„Wir machen aus unseren Nachrichtendiensten echte Geheimdienste“, sagt Innenminister Alexander Dobrindt. BND und Verfassungsschutz bekommen deutlich mehr Befugnisse zum Spionieren und Sabotieren. Die Grenzen zur Polizeiarbeit verschwimmen. Datenschutz und Bürgerrechte drohen zweitrangig zu werden

3

Im Auftrag seines Merz: Alexander Dobrindt will den Nachrichtendiensten ähnliche „operative Fähigkeiten und aktive Befugnisse“ einräumen wie James Bond (Daniel Craig) in „Spectre“ Fotos: imago; Montage: taz

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Düstere Zeiten! Trübe Aussichten und dunkle Vorahnungen drohen überhand zu nehmen. Zu Recht! Am Mittwoch wird sogar die Sonne

finster.

Kommentar von **Wolf Wittenfeld** zum Amnestiegesetz für PKK-Mitglieder in der Türkei

Ein gefährliches Spiel

Wir haben Geschichte geschrieben – davon ist ein großer Teil der Abgeordneten des türkischen Parlaments nach der Verabschiedung des PKK-Gesetzes überzeugt. Aber stimmt das auch? Ist das Gesetz über eine mögliche Teilamnestierung ehemaliger PKK-Mitglieder ein historischer Schritt, der den Weg für einen Friedensprozess mit der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei ebnet? Oder nur eine zynische Taktik von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, um die kurdische Partei DEM für seinen Machterhalt zu instrumentalisieren?

Historisch ist zumindest die Debatte über das Gesetz, wenn man sie als Einstieg in eine Gleichberechtigung der Kurden in der Türkei ansieht. Seit Gründung der Republik 1923 galten die Kurden als rückständiges Bergvolk, das es zu assimilieren galt. Sprache und Kultur wurden unterdrückt, Kurden galten oft als Bürger zweiter Klasse.

Dagegen wandten sich ab Mitte der 60er Jahre etliche kurdische Gruppen, die für ihre Identität und Selbstbestimmung kämpften. Die radikalste wurde die PKK, die für das Ziel eines eigenständigen kurdischen Staats oder zumindest einer regionalen Autonomie das Land ab 1984 in einen blutigen Bürgerkrieg stürzte, in dem sowohl das Militär als auch die PKK massive Kriegsverbrechen begingen. Nach einer letzten, besonders brutalen bewaffneten Auseinandersetzung in mehreren kurdischen Städten 2015/16 war die PKK militärisch erschöpft und zog sich in den Nordirak zurück.

Bis dahin waren alle Versuche einer politischen Lösung gescheitert, jetzt gibt es einen ersten Schritt. Immerhin. Gemessen an dem gesellschaftlichen Problem ist das Gesetz allerdings völlig unzulänglich. Die Frage ist, ob da noch mehr kommt. Die kurdische DEM hofft, dass damit ein Anfang für die Gleichberechtigung gemacht ist,

dem nun weitere Demokratisierungsschritte folgen.

Es wäre ein Segen für die Türkei, doch die Realität sieht anders aus. Der Verfolgungsdruck auf politisch aktive Kurden hat zwar nachgelassen, stattdessen lässt Erdoğan die erstarkte säkulare Opposition massiv verfolgen – seinen aussichtsreichsten Konkurrenten hat er ins Gefängnis gesteckt. Obwohl es die Verfassung verbietet, will Erdoğan bei den Wahlen 2028 noch einmal antreten. Dafür braucht er die Stimmen der DEM.

Ist die PKK-Debatte für den türkischen Präsidenten also nur ein taktisches Spiel, um die DEM an sich zu binden, wie Kritiker mutmaßen? Einerseits ja, andererseits verändert aber schon die Debatte die Realität. Die Kurden wollen die Hoffnung nicht aufgeben, aber wenn sie mit Erdoğan mitspielen wollen, müssen sie höllisch aufpassen, nicht unter die Räder zu kommen.

ausland 10

Notstand in Kolumbien
Schwerstes Erdbeben seit Jahren: Wie der neue Präsident reagiert

2

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Seit dem 7. Oktober einsamer geworden
Jüdische Menschen in Deutschland über zunehmenden Antisemitismus

4-5

Urteil in Abwesenheit
Syrisches Gericht verurteilt geflohenen Ex-Diktator Assad zum Tod

10

Drohende Ölpest
Warum niemand den gesunkenen Tanker vor Omans Küste antastet

9



Assoziationen wichtiger als Action
Produktiv mäandernd: Der Film „Funeral Casino Blues“ von Roderick Warich

15



Australiens Afd von Rassistin **Pauline Hanson** *in Umfragen bei 30 Prozent*

Canberra 1996: Pauline Hanson, Ex-Betreiberin eines Fisch-und-Chips-Ladens im australischen Bundesstaat Queensland, steht erstmals am Rednerpult im Parlament. Wenige Monate zuvor hatte die Liberal Party Hansons Kandidatur zurückgezogen, nachdem diese sich rassistisch über Aboriginal Australians geäußert hatte. Als unabhängige Kandidatin gewann Hanson dennoch den Wahlkreis Oxley. In ihrer Antrittsrede warnt sie vor Australiens „Überflutung durch asiatische Migranten.“

Es ist der Beginn einer bemerkenswerten politischen Karriere. 1997 gründet Hanson die Partei One Nation. Bei der Wahl in Queensland 1998 erreicht die Partei 22,7 Prozent und gewinnt elf Sitze – der stärkste Start einer neuen Partei dort seit dem Ersten Weltkrieg. Der Aufstieg ist ebenso schnell vorbei. Hanson verliert noch im selben Jahr ihr Mandat, interne Machtkämpfe zerlegen One Nation. Hanson wird wegen Wahlbetrugs verurteilt und muss ins Gefängnis. Zwar hebt ein Berufungsgericht 2003 das Urteil auf, aber erst 2016 kehrt sie in den Senat zurück.

Seitdem schien One Nation eine typische Protestpartei zu sein: laut, populär in Teilen des erzkonservativen, ländlichen Queensland, aber weit davon entfernt, regieren zu können. Bei den Nationalwahlen dümpelt sie bei 3 bis 6 Prozent.

Der große Sprung folgt 2026. Bei einer Zwischenwahl in New South Wales gewinnt der Kandidat von One Nation mit mehr als 40 Prozent der Erststimmen. Dabei ist die politische Formel der Partei seit 1996 erstaunlich konstant: Einwanderung begrenzen, Multikulturalismus zurückdrängen, Remigration von „jenen, die sich nicht anpassen wollen“, Klimapolitik bekämpfen, nationale Souveränität betonen.

Hansons offener Rassismus – inzwischen primär gegen Muslime gerichtet, weshalb sie im Parlament schon zweimal in einer Burka auftrat und dafür sanktioniert wurde –, sowie das Leugnen der Klimakrise bleiben ihre wichtigsten Markenzeichen. Inzwischen verhelfen auch hohe Wohnkosten, Migration, Kriminalität und der Eindruck, etablierte Parteien hätten die Kontrolle über zentrale Fragen verloren und würden „in ihre eigene Tasche arbeiten“, One Nation zum Aufschwung. Im Juli 2026 lag One Nation in einer Umfrage bei 30 Prozent der Erstpräferenzen vor der regierenden Laborpartei mit 28 und der konservativen Koalition mit 20 Prozent.

Unterstützt wird Hanson von der reichsten Frau Australiens, Gina Rinehart. Die Erbin eines Rohstoffimperiums schenkte Hanson unter anderem ein Flugzeug. Dafür, so Kritiker:innen, setze Hanson politisch die ultrakonservative Ideologie ihrer Gönnerin um, die eng mit US-Präsident Donald Trump befreundet ist.

Nicht nur Hansons grell orange gefärbte Haare lassen einen Vergleich mit Donald Trump zu. Ihre unbeholfen tönende und von Fehlern durchsetzte Sprache machen sie in den Augen ihrer Anhänger zu „einer von uns“. Dabei hat sie in all ihren Jahren im Parlament stets gegen gesetzliche Maßnahmen gestimmt, die das Wohl der arbeitenden Bevölkerung, von Frauen sowie von Minderheiten verbessert hätte.

Doch die heute 72-Jährige ist längst nicht mehr nur die Stimme einer politischen Randgruppe. Ihre Partei zwingt die großen Parteien, über Migration, Energie und nationale Identität zu sprechen. Sie hat damit etwas erreicht, was ihr 1996 kaum jemand zugetraut hätte: Aus der Empörung einer einzelnen Abgeordneten ist ein dauerhaftes politisches Angebot geworden.

Urs Wälterlin, Canberra

Foto: Hollie Adams

Mehr als 180 Tote in Kolumbien

Beim Beben mit der Stärke 7,4 wurden mindestens 900 Menschen verletzt, mehrere tausend werden vermisst. Der neue Präsident hat den Notstand ausgerufen

Aus Bogotá
Katharina Wojczenko

Der Turm der Kathedrale in Manizales, das Wahrzeichen der Stadt, ist umgeknickt, als sei er weggeschmolzen. Es war eins der ersten einprägenden Bilder nach dem verheerenden Erdbeben in Kolumbien. In Pereira zeigten Videos, wie Menschen um ihr Leben rennen. In Cali graben Helfer im Schutt von zusammengestürzten Gebäuden teils mit bloßen Händen nach Überlebenden.

Es war mit Stärke 7,4 das schwerste registrierte Erdbeben dieses Jahrzehnts, meldet der kolumbianische Geologische Dienst. Es war bis Venezuela, Panama und Ecuador zu spüren. Mindestens 181 Menschen sind dabei nach Regierungsangaben vom Dienstag gestorben. Mehr als 900 wurden verletzt. Mehr als 2.000 Menschen galten am Montagabend (Ortszeit) als vermisst. Tausende Häuser gelten als unbewohnbar. Laut dem Innenministerium waren mehr als 20 Gemeinden betroffen. Die Zahlen dürften weiter steigen – auch weil einige Gegenden schwer zu erreichen oder von der Kommunikation großteils abgeschnitten sind. Sogar in der Hauptstadt Bogotá schwankten mehrere Minuten die Gebäude und Menschen eilten in Schlafanzügen und Arbeitskluft ins Freie.

Am heftigsten traf das Beben, soweit bislang bekannt, die drittgrößte Stadt Cali sowie Manizales und Pereira, die beide in der unter Tourist*innen bekannten Kaffeezone liegen. Mehrere

Flughäfen wurden geschlossen – und viele davon waren es am Abend immer noch. Erdbeben machten Straßen unpassierbar, Krankenhäuser und Schulen wurden beschädigt. Pereira hat mit bisher mindestens 55 die meisten Todesopfer zu verzeichnen. Der Strom blieb dort über weite Teile des Tages weg, auch Internet und Telefon.

Die Suche nach Überlebenden geht weiter. Rettungskräfte und freiwillige Helfer suchen teils mit bloßen Händen. Es sind Notunterkünfte eingerichtet, damit Menschen nicht unter freiem Himmel schlafen müssen. Die Sammlung von Hilfsgütern und Blutspenden ist angelaufen.

Präsident Abelardo de la Espriella traf das Erdbeben am dritten Tag im Amt. Er rief den nationalen Notstand aus, um Hilfsmittel zu mobilisieren. Am Montag reiste er zu mehreren Städten, die besonders getroffen wurden. Er hatte im Wahlkampf dem Zentralismus den Kampf angesagt. In Quibdó sagte er: „Das soll die Chance sein, dem Land zu sagen: Chocó wird nie mehr vergessenes Land sein.“ Regierung und lokale Behörden mobilisierten alle Ressourcen und arbeiteten ungeachtet politischer Differenzen zusammen, sagte er in Cali. Auch hunderte Soldat*innen wurden geschickt, um bei Such- und Bergungsarbeiten zu helfen.

Behörden und Expert*innen warnten vor Panik und versuchten, Falschmeldungen zu entkräften, die vor allem in den sozialen Medien und Whatsapp

kursierten. Darunter vor allem die, dass Erdbeben vorhersehbar seien – und zu einer gewissen Uhrzeit Nachbeben kommen würden. Das ist falsch: Es gibt kein Warnsystem für Erdbeben – weder Auftreten, Stärke noch Ort sind vorhersehbar.

Das Beben ereignete sich um 7:34 Uhr Ortszeit. Das Epizentrum lag in der Gemeinde San José Del Palmar im Pazifik-Departamento Chocó, 103 Kilometer unter der Erde. Chocó ist eine der ärmsten Regionen des Landes, überwiegend von Afrokolumbianer*innen bevölkert und historisch vernachlässigt. Große Teile werden von bewaffneten Gruppen kontrolliert.

Die Verbindung zum Rest des Landes ist auch ohne Erdbeben problematisch. Weite Teile des Chocó sind nur per Flugzeug oder Boot zu erreichen. Die Region kommt auch in den kolumbianischen Medien selten vor. Während am Montag relativ schnell aus den anderen Katastrophengebieten Nachrichten und Daten eintrafen, fielen selbst in Quibdó, der Hauptstadt des Chocó, Strom und Telefonverbindung aus. Sogar das sonst praktisch unverwüstliche Whatsapp scheiterte. Im Laufe des Nachmittags meldeten sich immer mehr afrokolumbianische Stimmen zu Wort, die mehr Berichterstattung über die Lage dort forderten – und in der kargen Nachrichtenlage und den schweren Auswirkungen des Bebens Symptome des strukturellen Rassismus sahen, den auch die Vereinten Nationen Kolumbien attestiert haben.

Zahlreiche Länder, darunter Frankreich, Israel und Mexiko, boten Kolumbien nach dem Beben Hilfe an. Die USA gaben nach Angaben des Außenministeriums 15,5 Millionen Dollar (13,4 Millionen Euro) frei. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte, die EU sei bereit, Unterstützung zu leisten. „Wir haben bereits unseren Satellitendienst Copernicus mobilisiert, um bei den Rettungseinsätzen zu helfen“, schrieb sie auf X.

Bundeskanzler Friedrich Merz erklärte, er verfolge die Nachrichten aus Kolumbien mit „Bestürzung“. Er sprach den Opfern und ihren Angehörigen auf X sein Mitgefühl aus und wünschte den Helfern vor Ort „viel Kraft in den nächsten Stunden und Tage“.

Auch Papst Leo XIV. äußerte sein Mitgefühl. Das Oberhaupt der katholischen Kirche sei „zutiefst betroffen von der traurigen Nachricht des Erdbebens“, schrieb Kardinal Pietro Parolin in einem Telegramm an die kolumbianische Bischofskonferenz.

Kolumbien befindet sich in einer seismisch aktiven Zone. Mehrere tektonische Platten treffen aufeinander. Im Fall des aktuellen Bebens ist die Nazca-Platte betroffen, die in der Pazifikzone unter die südamerikanische Platte taucht. Nach Schätzungen gibt es in Kolumbien monatlich rund 2.500 Erdbeben – ein Großteil passiert für die Bevölkerung unbemerkt.

Kolumbien verfügt seit 1984 über eine Erdbeben-Baunorm, die regelmäßig aktualisiert wird. Allerdings sind allein in Bogotá rund 60 Prozent der Gebäude selbst gebaut, ohne fachliche Überwachung, erklärt Daniel Ruiz, Professor an der Fakultät für Ingenieurwissenschaften an der Universität Javeriana. Das hat damit zu tun, dass die Stadt ungeplant wuchs. Es ist davon auszugehen, dass sie die Norm nicht erfüllen.

Ebenso sei wohl ein großer Teil der Bauten von vor 1984 nie nachgerüstet wurden. Denn das wurde nur bei öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Krankenhäusern und Unis überprüft. Für die anderen sei es keine Pflicht – und die Eigentümer*innen schreckten vor den Kosten zurück.

Und die eigentlich sinnvolle Norm habe einen Haken: Bauherren müssen zwar entsprechende Pläne für eine Baugenehmigung absegnen lassen. Ob das fertige Gebäude dem aber entspricht, werde nicht nachgeprüft.

Ein Turm der Kathedrale von Manizales knickte beim Erdbeben einfach ab
Foto: Dario Cárdena/ap



taz **lage**

Sind Katzen links oder rechts? Ein taz-interner Streit, Folge 1

1. Na klar sind Katzen links. Hitler hatte einen Hund, Lenin und Rosa Luxemburg hatten Katzen. 2. „Katzen sind links, denn Privateigentum sehen die kritisch“, weiß Videoredakteur Nicolai K. Sie markieren zwar ihr Revier, aber es sind keine Nationalisten: Sie bauen keine Mauern und Zäune, sondern überwinden sie im Nu. 3. „Katzen sind die Anarchist*innen des Tierreichs“, sagt die Cat-girl-Fotoredakteur*in mit Markenzeichen flauschige Katzenöhrchen am Haarreif. „Es gibt ja auch Bengalo-Katzen“, stimmt eine andere Kollegin zu. „Sie sind fundamental antiautoritär“, ist Konstantin N. überzeugt. „Bleibe die Frage zu klären, ob Linke immer antiautoritär sind“, ergänzt Kultur-Kollegin Nina A. 4. Ja, die Stubentiger tun jedenfalls mehr für unser Wohlergehen und unsere Gesundheit als CDU, CSU und SPD. Katzen streicheln senkt den Blutdruck und die Herzfrequenz, die unsere neoliberale Regierungskoalition mit ständig neuen Frechheiten in die Höhe treiben. 5. Katzen fressen und schlafen den ganzen Tag. Damit realisieren sie das Recht auf Faulheit, das der französische Sozialist Paul Lafargue bereits 1880 proklamierte und wie es zum Beispiel Punks bis heute praktizieren. 6. „All cats are beautiful“, schreibt Wirtschaftsredakteur Simon P. Das stimmt. Aber sind denn alle Linken schön? Na ja, Schönheit kann ja auch von innen kommen. 7. Anders als die Hunde arbeiten Katzen und Linke nicht mit der Polizei zusammen. „Doch“, grätscht die Fachredakteurin für Käse und Kanäle dazwischen, „in Amsterdam gibt es eine, die heißt Nimi“. Da schaltet sich der Redakteur für Knüppel und Kinder ein und fragt: „Wie macht die Polizeikatze?“ – „Miaul!“ *Lotte Laloire*

Geheimdienste mit so viel Macht wie nie zuvor

Die Bundesregierung erweitert die Befugnisse von BND und Verfassungsschutz massiv. Deren Agenten sollen künftig sabotieren, überwachen und durchsuchen

Von **Frederik Eikmanns**

Es ist ein echter Hammer, den das Bundeskabinett am Mittwoch beschließen will. Aus Bundesnachrichtendienst (BND) und Bundesverfassungsschutz sollen „echte Geheimdienste“ werden, wie es Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) formuliert. Agenten sollen aktiv eingreifen, statt nur zu beobachten wie bisher. Sie sollen in Wohnungen einbrechen dürfen, Fabriken im Ausland sabotieren und automatisiert das Netz durchsuchen. Kommt das Gesetz wie bisher geplant, haben die Geheimdienste so viel Macht wie nie zuvor.

Die Bundesregierung verkauft es als eine Art zweite Zeitenwende: eine Reform analog zur Aufrüstung der Bundeswehr, bitter nötig, um die Gefahr aus Russland abzuwehren. Tatsächlich haben die deutschen Geheimdienste, verglichen mit anderen, Aufholbedarf.

Sinnbildlich für deren bisherige Arbeit ist die Episode, in der der damalige BND-Chef im Februar 2022 mit einem Auto aus Kyjiw fliehen musste, weil der Dienst bis zur letzten Sekunde nicht an einen russischen Einmarsch geglaubt hatte. Und im Inland können viele Anschläge nur deshalb vereitelt werden, weil zuvor Tipps von anderen Diensten kommen, meist aus den USA oder Israel. Mit der Reform soll sich das ändern.

Die dramatischste geplante Änderung ist, dass Verfassungsschutz und BND auch aktive Aufgaben im Inland übernehmen sollen, die derzeit der Polizei vorbehalten sind. Hatten die Behörden bislang etwa einen mutmaßlichen Islamisten oder einen feindlichen Spion identifiziert, mussten sie die Durchsuchung seiner Wohnung der Polizei überlassen.

Indem die Bundesregierung das ändert, reißt sie eine Grenze ein, die einst als Lehre aus dem NS-Terror ganz bewusst gezogen wurde: Die Geheime Staatspolizei (Gestapo) vereinte das klandestine Vorgehen eines Geheimdienstes mit Gewaltmonopol und praktischen Fähigkeiten der Polizei in einer Behörde. Die Männer im Ledermantel spielten eine erhebliche Rolle beim Mord an den europäischen Juden und der Verfolgung von Widerstandskämpfer*innen in ganz Europa. Auch die Stasi in der DDR kombinierte geheime Überwachung und aktive Polizeiarbeit.

Niemand behauptet nun, dass BND und Verfassungsschutz unmittelbar mit Inkrafttreten des Gesetzes zu einer Geheimpolizei werden. Es eröffnen sich aber zumindest neue Möglichkeiten. Wer weiß, welche Partei in Zukunft die Bundesregierung stellt.

Die aktuelle Bundesregierung betont, dass bei allen neuen Möglichkeiten für die Geheimdienste eine Grenze bestehen bliebe: Aktionen, die Leib und Leben anderer Personen gefährden, sind weiterhin verboten. Eine generelle

„Lizenz zum Töten“, wie sie die *Bild* zwischenzeitlich in den Gesetzen zu erkennen meinte, bekommen die Dienste zwar nicht. Nur im Kriegsfall entfällt diese Einschränkung.

Auch außerhalb des Kriegszustands dürfte der BND laut Gesetzentwurf allerdings Rüstungsfabriken in anderen Ländern sabotieren, deren Internet-Infrastruktur hacken oder Kriegsgerät auf dem Weg in ein Konfliktgebiet lahmlegen. Ebenso dürften beide Geheimdienste im In- und Ausland das Internet systematisch überwachen, Fotos von Zielpersonen automatisiert mit dem Internet abgleichen und AI-Programme nutzen, um riesige Datensätze auszuwerten. Zwar soll dabei nicht das umstrittene Programm Palantir aus den USA zum Einsatz kommen, allerdings haben die Dienste offenbar eine ähnliche Anwendung eines französischen Anbieters im Blick.

Den Mitarbeitern der Dienste wäre zudem erlaubt, auf Daten aller Überwachungskameras in Deutschland zuzugreifen sowie private Sicherheitsunternehmen oder Betreiber von Internet-Services zur Herausgabe ihrer Daten zu zwingen.

Anders als bei Maßnahmen der Polizei haben Betroffene dabei kaum Möglichkeiten, sich zu wehren. Weder müssen sie im Nachhinein informiert werden, wenn sie überwacht, ihre Wohnung durchsucht oder ihr Smartphone gehackt wurde, noch können sie einem Verdacht nachgehen, in dem sie

auf Akteneinsicht klagen. Die Dienste und ihre Aktivitäten bleiben im Verborgenem.

Für ihre Aktivitäten im Internet sollen BND und Verfassungsschutz außerdem vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) über Sicherheitslücken informiert werden. Statt dass betroffene Unternehmen informiert und die Probleme behoben werden, sollen diese von Hackern der Nachrichtendienste für Cyber-Spionage und -Angriffe genutzt werden. Dem der Cybersicherheit verpflichteten BSI droht damit ein gewaltiger Vertrauensverlust – und den Bürger*innen eine Situation, in der sie im Netz Sicherheitslücken ausgesetzt sind, die von den Behörden künstlich offengehalten werden.

All diese Pläne riefen schon im Frühsommer scharfe Kritik verschiedenster Bürgerrechtler*innen und Organisationen hervor, als erstmals Entwürfe für die Reform bekannt wurden. Das hat auch damit zu tun, dass die deutschen Geheimdienste schon mit ihrer bisherigen Machtfülle nicht besonders verantwortungsvoll umgingen.

So hatte Edward Snowden im Jahr 2013 nicht nur die globale Überwachung des Internets durch US-Dienste enthüllt, sondern auch, dass der BND Beihilfe leistete. Zwei Jahre zuvor war der NSU-Terror ans Licht gekommen, von dem der Verfassungsschutz mehr als ein Jahrzehnt lang nichts mitbekommen haben wollte. Einiges deutet darauf hin, dass mindestens einzelne V-Leute des Verfassungs-

schutzes selbst in den NSU-Komplex verstrickt waren.

Da wirkt es besonders unverantwortlich, den Diensten nicht nur neue Möglichkeiten zu geben, sondern darüber hinaus die Kontrollmechanismen auszubauen und zumindest teilweise zu schwächen. Die Gremien, die die Dienste bisher kontrolliert haben, sollen in einem unabhängigen Kontrollrat aufgehen, besetzt mit Jurist*innen und hohen Beamt*innen. Dieser soll geplante geheimdienstliche Maßnahmen prüfen und so dafür sorgen, dass gesetzliche Vorgaben eingehalten werden. Außerdem bleiben die Geheimdienste wie bisher dem parlamentarischen Kontrollgremium rechenschaftspflichtig, das mit Abgeordneten besetzt ist. Das Amt der Bundesdatenschutzbeauftragten soll dagegen komplett entmachtet werden, was die Kontrolle der Dienste angeht. Louisa Specht-Riemenschneider, die den Posten derzeit innehat, sprach zuletzt von einem „schwerwiegenden Fehler“ und warnte vor einem „erheblichen Überwachungsdruck für die Gesellschaft“.

Dass solche Kritik Dobrindt umstimmen kann, scheint allerdings fraglich. Er hatte mit dem Bundespolizeigesetz zuletzt schon ein anderes Gesetzesvorhaben durch den Bundestag gebracht, das Datenschützer*innen die Haare zu Berge stehen ließ. Und auch bei der Geheimdienstreform macht der Minister Druck. Der Gesetzentwurf soll unmittelbar nach Ende der Sommerpause erstmals im Parlament diskutiert werden.

„Undurchdacht und gefährlich“

Konstantin von Notz (Grüne) findet, es braucht Reformen der Nachrichtendienste. Er warnt allerdings davor, einfach von anderen Ländern abzuschreiben

Interview **Adam Schwedhelm**

taz: Was erhoffen Sie sich von der Reform der Geheimdienste?

Konstantin von Notz: Eine zeitgemäße verfassungskonforme Grundlage für die Arbeit der drei deutschen Nachrichtendienste des Bundes. Dass es eine Reform braucht, ist vollkommen unstrittig. Die Gesetzesmaterie ist alt und stammt aus der vordigitalen Zeit. Inzwischen hat es vom Bundesverfassungsgericht diverse Rechtssprechungen gegeben. Insofern muss einfach einiges angepasst werden.

taz: Die Befugnisse der Behörden werden ausgeweitet. Droht uns bald eine Geheimpolizei?

von Notz: Aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrung unterscheidet man in Deutschland streng zwischen nachrichtendienstlicher und polizeilicher Arbeit. Diese Trennung muss auch unbedingt weiter eingehalten werden, was der Entwurf bisher nicht tut. Gleichzeitig sehen wir immer wieder, dass das Silowissen einzel-

ner Behörden in einzelnen Bundesländern zu massiven Sicherheitslücken an anderen Orten führen kann, wie bei Anis Amri oder beim NSU.

taz: Wo sehen Sie die größte Gefahr?

von Notz: Da muss man unterscheiden zwischen BND, der im Ausland tätig ist, und dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Inlandsdienst. Als klar wurde, dass der BND in dieser Welt, in der Diktaturen versuchen, die geopolitischen Gewichte vollkommen zu verschieben, neue Befugnisse braucht, hat man im Innenministerium gesagt: „Wir wollen genau das Gleiche, 1 zu 1, für’s Inland.“ Dass das trotz der hohen verfassungsrechtlichen Hürden ziemlich brutal durchgesetzt wurde, ist rechtsstaatlich bedenklich.

taz: Wo wird das besonders deutlich?

von Notz: Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll nun auch selbst operativ tätig werden, also nicht nur Informationen sammeln, sondern selbst einwirken, zum Beispiel, indem man aktiv in IT-Systeme eindringt und

dort Informationen verändert. Befugnisse, die aus gutem Grund der Polizei vorbehalten sind, halte ich für undurchdacht und gefährlich.

taz: Die umstrittene US-Software Palantir soll laut den Gesetzesentwürfen künftig von den Nachrichtendiensten vermieden werden. Stattdessen soll europäische Software genutzt werden. Muss nicht auch andere KI-Software kritisch kontrolliert werden?

von Notz: Es ist für die Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit der Arbeit der Dienste zwingend, dass die Technik, die man einsetzt, transparent und kontrollierbar ist. Digitale Souveränität darf keine Floskel sein. In Zeiten, die so ungemütlich sind wie die, in denen wir jetzt leben, darf nicht die Technik selbst eine Spionageeinrichtung sein. Deswegen ist es ein großes Problem, wenn man etwa Huawei-Technik in Mobilfunknetze baut oder in britischen Marineeinrichtungen chinesische Technik verbaut ist, die Daten nach China funkt. Auch bei Palantir bestehen massive Bedenken bezüg-

lich der Integrität und Sicherheit der hochsensiblen Daten. Ob die Verantwortlichen der Exekutive das ausreichend berücksichtigen, werden wir sehen. Aber alles, was versucht, limbomäßig unter dieser Stange durchzugehen – nach dem Motto: „KI klingt irgendwie sexy, das wollen wir jetzt mal einsetzen, sowohl im Ausland als auch im Inland“, – das wirft sehr schwerwiegende verfassungsrechtliche Fragen auf. Für uns ist klar: KI kann ein wichtiges Werkzeug sein, aber das Gesetz muss klare rechtliche Grenzen für den konkreten Einsatz setzen.

taz: Die Ausweitung der Befugnisse für den BND und seine Aktivitäten im Ausland sehen Sie weniger kritisch als die für den Verfassungsschutz?

von Notz: Beim BND ist es unkomplizierter, die Diskussion zu führen, ob aus dem Nachrichtendienst ein Geheimdienst werden soll. In einer Welt, in der wieder Krieg in Europa herrscht und in der auf deutschen Flughäfen mit dem Sprengstoff Semtex bestückte Drohnen herumfliegen und Wahlen

manipuliert werden – in so einer Situation muss man sich neu aufstellen. So wie Dobrindt die Debatte beim Inlandsnachrichtendienst entfacht hat, ist es aber sehr schwierig. Wir haben so viele Verfassungsfeinde von innen und außen, die unsere Freiheit und unseren Rechtsstaat abreißen wollen. Da brauchen wir glasklare Rechtsgrundlagen für die Arbeit der Dienste. Sonst gefährden wir mühsam aufgebautes Vertrauen und riskieren, dass ihnen Gerichte das wieder aus der Hand schlagen. Das hilft niemandem.



Foto: dpa

Konstantin von Notz ist stellvertretender Vorsitzender des parlamentarischen Kontrollgremiums und Co-Vorsitzender der Grünen im Bundestag.



BND-Zentrale in Berlin
Foto: Christoph Hardt/imag



Nathan Dawidowicz lebt in Berlin-Neukölln

Einsam ist es geworden

Eine Studie belegt, wie sehr wachsender Antisemitismus in Deutschland lebende Jüdinnen*Juden psychisch belastet. Nathan Dawidowicz und Shay Dashevsky haben seit dem 7. Oktober viele Freund:innen verloren

Aus Berlin **Clara Nack** (Text) und **Tina Eichner** (Fotos)

Seit dem 7. Oktober 2023 haben Shay Dashevsky und Nathan Dawidowicz viele Freunde verloren. Nicht wegen eines Streits. Nicht, weil jemand weggezogen wäre, sondern weil nichts passierte. Weil Freunde, die weiterhin in der Nähe wohnten, nicht nachfragten, wie es ihnen geht. Dawidowicz und Dashevsky wohnen beide in Berlin, kennen sich aber nicht persönlich. Was sie verbindet, ist ausgerechnet das, was sie als jüdische Menschen nach dem 7. Oktober nicht erfahren haben: Unterstützung.

Unterstützung in Momenten, die sich in den vergangenen drei Jahren in ihren Alltag eingeschrieben haben und von denen sie nun erzählen: Nathan Dawidowicz spaziert durch seinen Wohnbezirk Neukölln, unterhält sich auf Hebräisch mit einem Freund und wird auf offener Straße angespuckt.

Shay Dashevsky erhält online Gewaltaufrufe gegen sich, weil er Infostände und Dialogformate zum Nahostkonflikt anbietet. Unbekannte kontaktieren seinen Arbeitgeber und fordern, ihn zu entlassen. E-Mails und Screenshots dieser Gewaltaufrufe liegen der taz vor.

Jüdinnen*Juden in ganz Deutschland berichten Geschichten wie Dawidowicz und Dashevsky. Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (Rias) dokumentierte 2025 insgesamt 2.197 antisemitische Vorfälle, deutlich mehr als vor dem 7. Oktober 2023. Nicht jede Erfahrung ist ein drastischer Vorfall, der Narben hinterlässt. Oft sind es Zurückweisungen im Alltag, hinkende oder kollektive Vergleiche, manchmal auch körperliche Angriffe, die am eigenen Sicherheitsgefühl nagen. „Die Erfahrungen haben in mir ein tiefes Gefühl der Verzweiflung und Einsamkeit ausgelöst. Damals hatte ich das Gefühl, dass letztendlich nur Juden für Juden da sein würden“, sagt Dawidowicz.

Mit diesem Gefühl ist Dawidowicz vermutlich nicht allein. Eine neue Studie deutet daraufhin, dass Antisemitismus viele jüdische Studierende in Deutschland auch psychisch belastet. Die Forschenden Tal Josef Tamir und Irina Jarvers befragten 320 Studierende in Deutschland, darunter 151 jüdische Studierende, zu psychischer Belastung und wahrgenommenem Antisemitismus.

Jüdische Studierende berichteten deutlich häufiger von Stress, Angst und depressiven Symptomen als nichtjüdische Studierende, wobei die wahrgenommene Bedrohung durch Antisemitismus der stärkste Faktor für Stress war.

Was Nathan Dawidowicz und Shay Dashevsky verbindet, ist nicht nur der Antisemitismus, den sie in Berlin erfahren haben, sondern auch, wie viel Raum er wieder einnimmt und wie oft er unwidersprochen bleibt – vor allem in „ihrer“ linken Szene, das machen beide deutlich. „Ich habe auch Freunde verloren, weil einige den 7. Oktober feierten oder ihn als legitimen Widerstand relativierten. Antisemitismus ist immer vorhanden, aber er bleibt auf der Ebene der Akzeptanz bestehen“, sagt Shay Dashevsky, der vor neun Jahren von Tel Aviv nach Berlin zog.

Jüdinnen*Juden machen nur etwa 0,2 Prozent der deutschen Bevölkerung aus, dennoch verzeichnete das Bundeskriminalamt (BKA) im Jahr 2025 eine Rekordzahl von 6.548 antisemitischen Straftaten – mehr als je zuvor und rund 27 Prozent mehr als noch 2023. Fast jede zweite dieser Straftaten stand laut BKA im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt.

Die Dunkelziffer antisemitischer Straftaten wird von Expert:innen und Sicherheitsbehörden als deutlich höher eingeschätzt, da viele Delikte aus Angst, Scham oder mangelndem Vertrauen in die Strafverfolgung nicht angezeigt werden.

Nathan Dawidowicz (35) erschütterte nicht der Vorfall am tiefsten, der als antisemitisch eingeordnet und angezeigt werden könnte, sondern der Umgang der eigenen Community damit, der sich wie ein Ausschluss anfühle: „Vor dem 7. Oktober hatte ich, glaube ich, noch nie Einsamkeit erlebt.“ Alleinsein habe sich zuvor sogar gut angefühlt, aber niemals einsam. Erst in den Wochen nach dem Hamas-Massaker in Israel habe sich das geändert. Dawidowicz lebt seit zehn Jahren in Berlin, ist non-binär und verwendet die englischen Pronomen they/them.

Dawidowicz Mutter ist polnisch-litauische Jüdin und wurde wie Dawidowicz in Italien geboren. Nach dem Umzug von Mailand nach Jerusalem, als they sechs Jahre alt war, erzog die Mutter them im Sinne der jüdisch-ultraorthodoxen Chabad-Strömung.

Mit jedem Ortswechsel – raus aus Israel und zunächst nach New York, dann in die Heimat Mailand und schließlich nach Berlin – streifte Dawidowicz dieses strenge Weltbild nach und nach ab. „Ich habe mich als säkularen, agnostischen Juden betrachtet, was ich auch heute in gewisser Weise noch tue, obwohl sich mein Verhältnis zum Judentum seit dem 7. Oktober grundlegend verändert hat.“

Was sich auch verändert hat, ist Dawidowicz's Verhältnis zum damaligen Freundeskreis. Dawidowicz beschreibt ihn als links, queer, politisch engagiert, sensibel für Diskriminierung. Umso mehr hat Dawidowicz überrascht, was nach dem

7. Oktober passierte. Während in Dawidowicz's Kiez in Neukölln die ersten propalästinensischen Demonstrationen stattfanden und Parolen wie „Intifada“ oder „from the river to the sea“ gerufen wurden, wartete Dawidowicz auf Nachrichten der Freund:innen. Auf Fragen wie: Wie geht es dir? Geht es deiner Familie gut? Sie kamen nicht. Stattdessen: Funkstille.

„Ich habe mich immer wieder gefragt, ob diese Stille auch entstanden wäre, wenn die Familie eines Freundes 9/11 miterlebt hätte? Ich weiß, dass ich nachgefragt hätte. Warum also scheint es nach dem 7. Oktober, der gemessen an der Bevölkerung Israels mit etwa einem Dutzend Anschlägen mit dem vom 11. September vergleichbar wäre, keinen meiner Freunde zu interessieren?“

Auch Freund:innen von Dawidowicz nahmen an den pro-palästinensischen Demos teil. Als they einige von ihnen darauf ansprach, welche Parolen dort gerufen würden, dass diese Parolen Dawidowicz Angst machten und „zu sehr nach Hamas-Verherrlichung klangen“, hätten die Freund:innen abgeblockt.

Sie hätten vermittelt, they verstehe sie nur falsch. Dawidowicz's Ex-Partner:in fügte der Bio des Datingprofils sogar ein umgedrehtes rotes Dreieck hinzu, ein Symbol, das von der Terrororganisation Hamas verwendet wird.

Und dann ist da noch dieser Zwiespalt, den Dawidowicz nur schwer beschreiben kann, der äußerlich wie ein Schutz wirke, aber innerlich zu psychischer und emotionaler Unsicherheit führe.

Nathan Dawidowicz ist Person of Colour (POC) und fühlt sich deshalb auf der Sonnenallee

„Für mich ist vieles von dem, was heute als Antizionismus bezeichnet wird, nichts anderes als eine moderne Form von Antisemitismus“

Shay Dashevsky

manchmal körperlich sicherer, gerade weil die meisten Menschen them nicht für jüdisch halten: „Mir ist bewusst, dass ich, hätte ich eine hellere Hautfarbe, wahrscheinlich von manchen Leuten in diesen linken Kreisen viel mehr Feindseligkeit erfahren würde, wenn ich sichtbare jüdische Symbole trage.“

Dawidowicz beschreibt das ständige Bewusstsein, jederzeit zur Zielscheibe werden zu können, etwa wenn sich die Bluetooth-Kopfhörer versehentlich trennen und plötzlich ein hebräischer Podcast aus dem Lautsprecher des Handys ertöne. „Ich bin schwarzer Jude – manchmal frage ich mich, ob dieselben Menschen, die Juden und Israelis als mächtige Unterdrücker sehen, auch diejenigen sind, die Menschen mit anderer Hautfarbe jegliche Handlungsfähigkeit absprechen und sie in erster Linie als Opfer betrachten, die gerettet werden müssen.“

Als Reaktion auf die Erfahrungen im eigenen Umfeld zog sich Dawidowicz für längere Zeit aus dem gesellschaftlichen Leben zurück: „Ich musste erst einmal überdenken, wie ich mich zu einem Umfeld verhalten sollte, das sich von Tag zu Tag radikaler zu entwickeln schien und in dem ich mich zunehmend wie ein Fremder fühlte.“

Obwohl Dawidowicz als DJ Musik produziert, seien Partys und Veranstaltungen für die zwei Jahre, die auf den 7. Oktober folgten, nicht möglich gewesen, sagt Dawidowicz. Das Vertrauen in die Gemeinschaft und das Gefühl von Sicherheit seien für they dort verloren gegangen.

Doch in der elektronischen Musikszene hängen Buchungen oft eng damit zusammen, präsent, sichtbar und in der Szene engagiert zu sein: „Ich hörte auf aufzulegen und habe mich nicht mehr um Auftritte gekümmert, ich wurde viel passiver – aus Selbstschutz.“

Die vielen Geschichten von jüdischen und israelischen DJs und Musikern, die für ihre Gemeinschaften als Sündenböcke herhalten mussten, die beschuldigt und für Israels Vorgehen im Gazastreifen verantwortlich gemacht wurden, waren eine Gefahr, der Dawidowicz sich nicht aussetzen wollte.

Während Dawidowicz sich zurückzog, sucht Shay Dashevsky bewusst die Öffentlichkeit. Der 42-Jährige macht seine Herkunft sichtbar zum Ausgangspunkt für Begegnungen: 2025 ging er mit seinem Infostand an Berliner Unis häufig in die Diskussion, denn auf seinem T-Shirt stand der Satz: ‚I’m from Israel. Ask me anything‘. „Ich könnte nicht nichts tun“, sagt Dashevsky und lädt deshalb Leute zum Gespräch ein. Doch statt einem Gespräch erlebte er Anfeindungen.

Er erzählt, wie Menschen ihm „I love Hamas“ zugerufen hätten, Teile seiner Stände zerstört und online Gewaltaufrufe gegen ihn verbreitet hätten. In sozialen Medien kursieren Morddrohungen wie „All Zionists must die“. Manchmal würden sie ihm auch direkt geschickt oder



Bücherregal von Nathan Dawidowicz in Berlin

ihm sogar auf der Straße entgegengeschrien, erzählt er.

Dashevsky ist überzeugt, dass der Hass, der ihm entgegenschlägt, nicht von der jeweiligen Regierung in Israel abhängt. Er versteht ihn als anti-jüdischen und antizionistischen Hass, der für ihn in dieselbe Kategorie wie klassischer Antisemitismus fällt und der heute in Teilen der politischen Linken häufig als moralisch legitim verstanden werde.

Obwohl die Zahlen des BKA aus dem vergangenen Jahr das nicht bestätigen, erlebt Dashevsky Antisemitismus vor allem von Menschen, die er dem politischen linken Spektrum zuordnen würde: „Für mich ist vieles von dem, was heute als Antizionismus bezeichnet wird, nichts anderes als eine moderne Form von Antisemitismus. Wenn man diese Anitzionisten darauf hinweist, dass 90 Prozent alle Israelis Zionisten sind, bleiben sie trotzdem bei der Aussage, dass wir alle vernichtet werden sollten.“

Wenn er unterwegs ist, nehme er alle sichtbaren Zeichen, die auf seine jüdische Herkunft hindeuten, ab, denn schon der kleine Davidstern, den er als Anstecker an seinem Rucksack trägt, habe bei alltäglichen S-Bahnfahrten zu antisemitischen Ausrufen geführt.

Laut BKA wird inzwischen fast jedes zweite antisemitische Delikt online begangen oder verbreitet. Auch bei Dashevsky spielt sich ein Teil der Anfeindungen gegen ihn in den sozialen Medien ab. „Im Internet äußern Menschen ihren Hass oft viel ungehemmter als im persönlichen Gespräch“, sagt er.

Besonders deutlich wurde das bei einer Kampagne von propalästinensischen Aktivistinnen in Potsdam: „Sie haben ein Foto von mir veröffentlicht und zur ‚Intifada‘ aufgerufen, mit der Adresse, wo ich mich am nächsten Tag aufhalten sollte“, erzählt Dashevsky. Später folgte eine

Doxxing-Kampagne, bei der Unbekannte seine Arbeitgeber kontaktierten und forderten, ihn zu entlassen – per E-Mail und öffentlich auf Instagram.

Doxxing ist das unerlaubte Veröffentlichen persönlicher Daten, um Menschen einzuschüchtern, zu bedrohen oder angreifbar zu machen.

Dashevsky hat noch heute diese E-Mails und Screenshots archiviert. „Zum Glück hat mein Chef zu mir gehalten. Ich habe die Täter angezeigt.“ Inzwischen hat der israelische Koch vier Anzeigen erstattet, doch alle Verfahren wurden von der Staatsanwaltschaft eingestellt.

Solche Angriffe zielen nicht mehr auf eine politische Debatte, sondern auf Einschüchterung

„Vor dem 7. Oktober hatte ich noch nie Einsamkeit erlebt“

Nathan Dawidowicz

und persönliche Bedrohung. Gleichzeitig betont Dashevsky, dass er weiterhin den Dialog sucht: Er organisiert und moderiert Veranstaltungen, unter anderem mit palästinensischen Stimmen wie Hamza Howidy und Ahmed Albaba, und versucht, Räume für Gespräche zu schaffen, auch dort, wo sie zunehmend enger geworden sind.

Im Juni sollte an der Evangelischen Hochschule Berlin ein Dialogpanel unter dem Titel „Israel und Palästina – gegen den Hass, für den Dialog“ stattfinden, das Dashevsky organisiert und zu dem er den palästinensischen Psychologen Ahmed Albaba auf die Bühne eingeladen hatte. „Das Event wurde abgesagt, weil es an der Hochschule zu viel Druck von propalästinensischen Aktivisten gab.“

nahaufnahme 05

die strengen orthodoxen Institutionen der Kindheit gewesen.

Doch in den queeren und diversen jüdischen Kollektiven Berlins fand Dawidowicz Orte, in denen they die eigene Geschichte nicht erst übersetzen mussten: „Das Gefühl, einfach so kommen zu können, wie ich bin, ohne mich erklären oder rechtfertigen zu müssen, hat mir Hoffnung zurückgegeben.“

Im Oktober will Dawidowicz nach Israel reisen, um dort bei den angekündigten Parlamentswahlen mitzustimmen. „Zum ersten Mal fahre ich nach Israel, um zu sehen, ob eine Rückkehr für mich irgendwann eine Option sein könnte, falls der Antisemitismus in Deutschland weiter zunimmt.“ Dieser Gedanke wäre Dawidowicz vor dem 7. Oktober nicht in den Sinn gekommen.

Dawidowicz hat sich entschieden, öffentlich über diese Erfahrungen zu sprechen, auch wenn das für they Konsequenzen haben könnte. „Mir ist bewusst, dass dieser Artikel auch mein Berufsleben beeinflussen könnte. Manche Veranstalter:innen könnten sich fragen, ob es einfacher ist, mit jemandem zu arbeiten, der nicht mit einem so kontroversen Thema verbunden ist.“

Trotzdem wolle they darüber sprechen, weil Antisemitismus oft erst dann wahrgenommen werde, wenn Juden angegriffen oder getötet werden und nicht in den vielen Formen davor, sagt Dawidowicz.



Friedensaktivist Shay Dashevsky

„Es ist mehr als ein ungutes Gefühl“

Tal Josef Tamir hat untersucht, wie sich Antisemitismus auf die Betroffenen auswirkt. Diese seelische Belastung müsse ernster genommen werden, sagt er

Interview **Clara Nack**

taz: Herr Tamir, was hat Sie dazu gebracht, die psychischen Auswirkungen von Antisemitismus auf jüdische Studierende zu untersuchen?

Tal Josef Tamir: Das Thema hat sich fast aus der Not ergeben. Ich habe festgestellt, dass es zu diesem Thema viel weniger Forschung gibt, als ich erwartet hatte. Es gab zwar viele Diskussionen über Antisemitismus, aber kaum Untersuchungen dazu, was er psychisch mit den Betroffenen macht. Ich hatte auch das Gefühl, viele Menschen in der jüdischen Community sind gerade sehr belastet, und wollte die Frage beantworten, ob das nur eine persönliche Wahrnehmung ist oder sich wissenschaftlich zeigen lässt?

taz: Warum haben Sie sich für einen quantitativen Forschungsansatz entschieden?

Tamir: In der psychologischen Forschung gibt es manchmal Ergebnisse, bei denen man nur bestätigt, was man ohnehin schon erwartet hat. Wir wollten deshalb überprüfen, ob die Annahme, dass Antisemitismus die psychische Gesundheit beeinträchtigt, tatsächlich messbar ist. Wir wollten eine gewisse Distanz schaffen und nicht nur aus einer persönlichen Perspektive argumentieren.

taz: Was hat dieser Ansatz sichtbar gemacht?

Tamir: Die Betroffenen haben nicht einfach eine schlechte Stimmung oder ein ungutes Gefühl. Depression, Angst und chronischer Stress sind klinisch relevante Zustände, die auch körperliche Folgen haben können. Wenn Menschen dauerhaft das Gefühl haben, angegriffen oder abgelehnt zu werden, hat das Auswirkungen auf ihre Ge-

sundheit. Antisemitismus ist eine Frage der öffentlichen Gesundheit.

taz: Warum ist das so wichtig zu verstehen?

Tamir: Antisemitismus wird oft als politische oder gesellschaftliche Frage diskutiert, aber hinter dieser Diskussion stehen Menschen, die gestresster, ängstlicher oder depressiver sein können. Wir fragen in unserer Studie nicht: Was ist Antisemitismus? Wir schauen auf die Perspektive der Betroffenen. Das ist ein Ansatz, den man auch aus der Minority-Stress-Forschung kennt.

taz: Was genau bedeutet Minority Stress?

Tamir: Minority Stress beschreibt chronischen Stress, der durch die Zugehörigkeit zu einer marginalisierten Gruppe entsteht. Nicht die Identität selbst verursacht Stress, sondern die gesellschaftli-

chen Bedingungen, unter denen Menschen leben. Für jüdische Menschen bedeutet Antisemitismus einen zusätzlichen Stressfaktor.

taz: Ein Ergebnis Ihrer Studie war, dass jüdische Identität selbst nicht nur belastend ist. Warum ist das wichtig?

Tamir: Ich hatte erwartet, dass das Selbstwertgefühl jüdischer Studierender niedriger sein würde. Das war aber nicht der Fall. Selbstwert entwickelt sich über viele Jahre und ist relativ stabil. Das zeigt, dass jüdische Identität auch eine Ressource sein kann. Gleichzeitig kann das Tragen sichtbarer jüdischer Zeichen, wie einer Kippa, aber auch angreifbarer machen.

taz: Was bedeutet es für Sie, wenn mehr als die Hälfte Ihrer Befragten sich nicht sicher fühlt?

Tamir: Das zeigt vor allem das Ausmaß des wahrgenommenen

Antisemitismus. Viele Menschen erleben Deutschland nicht als einen Ort, an dem sie ihre Identität selbstverständlich leben können. Viele Menschen versuchen zu betonen: Jüdische Menschen sind nicht gleich Israel. Aber gleichzeitig haben viele jüdische Menschen eine persönliche oder familiäre Verbindung zu Israel – das macht die Realität komplex.

taz: Was sollten Universitäten und Gesellschaft aus Ihren Ergebnissen ableiten?

Tamir: Universitäten sind ein wichtiger Ort, an dem etwas passieren muss. Es braucht Beratungsangebote und es braucht sichere Räume. Vor allem aber sollten wir nicht über jüdische Studierende sprechen, sondern mit ihnen. Es geht darum, ihre Erfahrungen ernst zu nehmen und daraus konkrete Unterstützung abzuleiten.



Foto: Noam Rosenthal

Tal Josef Tamir ist an der Sigmund Freud Privatuniversität in Berlin und hat mit Irina Jarvers im Mai 2026 die Studie veröffentlicht.



Dein Zukunfts- briefing, jeden Donnerstag

taz  **TEAM ZUKUNFT**

Der kostenlose Newsletter
zu Klima, Wissen, Utopien

Jetzt abonnieren





„Die CDU eiert rum“: Das findet Bodo Ramelow, wenn es um die Zusammenarbeit mit der Linken geht
Foto: Foto: Martin Schutt/ dpa

Ramelow für Zusammenarbeit Linke und CDU

Wegen fehlender Mehrheiten arbeiten Linke und CDU in Thüringen seit Jahren zusammen. Bodo Ramelow empfiehlt das nun auch dem Nachbarland Sachsen-Anhalt

Thüringens Ex-Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hat für eine Kooperation von CDU und Linke plädiert, um eine AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt zu verhindern. „Wer Schaden vom Land Sachsen-Anhalt abwenden will, der muss also in der Lage sein, über Parteigrenzen hinweg miteinander zu reden“, sagte Ramelow dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

„Es ist die CDU, die rumeiert, statt zu sagen: Wir arbeiten bei Themen zusammen, bei denen wir zusammenarbeiten können.“ Ramelow ist heute Vizepräsident des Bundestages. Von 2014 bis 2024 war Ramelow Ministerpräsident in Thüringen. Dort gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Linke und CDU seit Jahren – die Mehrheitsverhältnisse im Landtag erfordern es, weil alle Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD ablehnen.

Auch der Linkspartei-Co-Vorsitzende Luigi Pantisano hatte am Sonntag im ZDF erklärt: „Wir haben in den letzten Jahren als Linke gezeigt, dass wir Verantwortung für dieses Land übernehmen.“ Das gelte vor allem, wenn es darum gehe, eine AfD-Regierung zu verhindern. Ramelow distanzierte sich im Gespräch mit dem RND von Äußerungen der Co-Parteichefin Ines Schwerdtner, die dem Stern gesagt hatte, mit der Berliner Linken in der Regierung werde es Vergesellschaftungen geben. Parteivorsitzende sollten sich vor Wahlen zurückhaltend zu landespolitischen Themen äußern, mahnte Ramelow. „So fand ich die Äußerung von Ines Schwerdtner zur Enteignung von Wohnungsgesellschaften als Bedingung für eine Koalition in Berlin nicht sehr hilfreich.“ (dpa/afp) **meinung+ diskussion 12**

Hessens Grüne helfen im nahen Osten aus

Grünen-Chef Banaszak eröffnete letztes Jahr fern der Heimat ein Wahlkreisbüro in Brandenburg. Andere West-Abgeordnete expandieren jetzt nach Thüringen

Von Tobias Schulze

Vor den Landtagswahlen im September zittern die Grünen: In den ostdeutschen Ländern Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern steht ihr Wiedereinzug in die Parlamente auf der Kippe. Fliegen sie raus, wirkt sich das nicht nur auf die Landeshauptstädte aus – sondern auch auf die politische Praxis der Partei in der Fläche.

Im thüringischen Eisenach lässt sich das schon jetzt begutachten. Im Freistaat scheiterten die Grünen bereits bei der Landtagswahl 2024 an der Fünfprozenthürde. Auch das Wahlkreisbüro, das ein Landtagsabgeordneter bis dahin in der 40.000-Einwohner-Stadt unterhielt, musste daraufhin schließen. Hauptamtliche Mitarbeiter haben die Grünen in Eisenach jetzt nicht mehr. Know-how, Ressourcen und Sichtbarkeit fehlen – zumal mit Katrin Göring-Eckardt nur eine einzige grüne Bundestagsabgeordnete aus Thüringen kommt

„Hier in der Region wird zum Beispiel gerade über Standorte für neue Windräder entschieden. Wir können nicht mal fix einen Abgeordneten für eine Infoveranstaltung darüber einladen“, sagt Nele Bär, Co-Vorsitzende des grünen Regionalverbands. „Und wenn ich sagen würde, ich mache eine Sommertour durch den Landkreis, hätte das natürlich viel weniger Gewicht als bei einem Abgeordneten.“

Jetzt bekommen die 24-jährige und ihr Verband aber Unterstützung: Ende August werden die sieben grünen Bundestagsabgeordneten aus dem benachbarten Hessen nach Thüringen expandieren. Sie legen zusammen, schichten Mittel und Personal aus ihren Büros in Berlin und den Wahlkreisen um und mieten sich in die Eisenacher Grünen-Geschäftsstelle ein. Gemeinsam betreiben sie dort in Zukunft ein Regionalbüro.

Es ist schon die zweite Ost-Niederlassung, die West-Abgeordnete der Grünen eröffnen: Parteichef Felix Banaszak, über die Landesliste Nordrhein-Westfalen

in den Bundestag eingezogen, unterhält seit letztem Herbst ein Büro in Brandenburg an der Havel. Nach Parteiangaben war er seitdem im Schnitt dreimal pro Quartal vor Ort, zum Beispiel für Bürgergespräche oder Treffen mit THW und DLRG.

Bei der Eröffnung bezeichnete er sein Projekt als „Lernort“ und sein „Fenster in den Osten“ – und rief Fraktionskolleg*innen auf, seinem Beispiel zu folgen. Die Hess*innen sehen sich jetzt aber nicht als Nachahmer*innen. „Die Idee und die Kontakte hatten wir schon länger. Felix’ Aktion in Brandenburg hat unsere Planung dann beschleunigt“, sagt der Kasseler Abgeordnete Boris Mijatović.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Projekten: Banaszak, Wahlkreis Duisburg, hatte zuvor wenig Berührungspunkte mit Brandenburg. Eisenach liegt dagegen nur wenige Kilometer von der hessischen Grenze entfernt. Man kennt sich und hat schon lange gemeinsame Themen: den Bau

der A44 zwischen Kassel und Eisenach oder die Versalzung des Grenzflusses Werra durch den Kalibergbau.

Etwa ein Mal pro Monat soll in Zukunft eine*r der hessischen Abgeordneten für Gespräche oder Veranstaltungen nach Eisenach kommen. Dauerhaft wird eine Mitarbeiterin die Stellung halten. In der Ausschreibung setzten die Abgeordneten für den Job eine Wochenarbeitszeit von 10 bis 14 Stunden an.

Was die ganze Aktion bringt? „Vor Ort zu sein, macht einen Unterschied“, sagt Boris Mijatović. „In die eine Richtung wollen wir die Entscheidungen vermitteln, die wir im Bundestag treffen. In die andere Richtung wollen wir Thüringer Perspektiven mit nach Berlin nehmen – zum Beispiel die Sorgen um das Opelwerk in Eisenach oder die Folgen der Landflucht.“ Gelegenheit, die Grünen zu kritisieren, werde man den Menschen natürlich auch geben.

Ob nicht trotzdem die Gefahr besteht, dass die Hess*innen am Ende als „Besserwessis“ wahrgenommen werden, die dem Osten die Welt erklären? „Ich weiß, was Sie meinen“, meint darauf angesprochen die Eisenacher Grüne Nele Bär. Aber die Unterstützung ermögliche es ihrem Regionalverband, Strukturen vor Ort aufzubauen, und die neue Mitarbeiterin im Büro komme aus der Region.

„Außerdem ist die AfD im Osten doch auch mit Politikern aus dem Westen erfolgreich. Warum soll das bei uns nicht funktionieren?“ Man müsse eben ehrlich auf die Menschen zugehen und ernsthaftes Interesse zeigen.

Kenntnisse über Land, Leute und kulturelle Schätze beweist zumindest der Kasseler Abgeordnete Mijatović schon mal. „In Eisenach haben sie leckere Bratwurst“, sagt er. „Und sie haben den Korkenzieher erfunden.“



Bislang nur wenig grün: der Marktplatz von Eisenach
Foto: Michael Nitzschke/ imagebroker/ imago

Anzeige



fernverbindung

Gespräche um den Globus

Ob Proteste im Iran oder Regionalwahlen in Italien – im Podcast „fernverbindung“ sprechen die taz-Redakteur*innen wöchentlich mit einer taz-Korrespondent*in über das Auslandsthema der Woche.

Moderiert von: Judith Poppe, Anastasia Zejneli, Tanja Tricarico, Fabian Schroer und Leon Holly

Hier hören: taz.de/fernverbindung

Der unbequeme Aufdecker

Als Student jagte Reinhard Strecker ehemaligen NS-Richtern hinterher – und stieß damit auf heftigen Widerstand. Nun ist er mit 95 Jahren gestorben

Von Peter Nowak

In den vergangenen Jahren wurde es stiller um Reinhard Strecker. Dabei verfolgte er bis ins hohe Alter mit Sorge den Aufschwung neuer rechter Bewegungen. Als „Pionier der NS-Aufarbeitung“ kämpfte er jahrzehntelang gegen die alten Nazis in westdeutschen Institutionen.

Als Jugendlicher verließ Strecker Deutschland mit dem festen Vorsatz, nie in das Nachkriegsdeutschland der Adenauer-Ära zurückzukehren, das die NS-Verbrechen totschwieg. Auf Drängen seiner Eltern kehrte er in den 1950er-Jahren doch in die BRD zurück. Bald erkannte er, dass er selbst handeln musste. „Wenn ich in Deutschland bleiben sollte, musste sich das Land ändern. Dass man mit den alten Verbrechern die Demokratie aufbauen konnte, hielt ich für idiotisch“, sagt Strecker im Gespräch mit der Deutschen Welle im Jahr 2019.

An der Freien Universität Berlin, wo er Sprachwissenschaften



Reinhard Strecker als Student der FU Berlin 1959
Foto: Privatarchiv Strecker

studierte, fand Strecker Gleichgesinnte. Gemeinsam untersuchten sie die personellen Kontinuitäten ehemaliger Nazijuristen in der westdeutschen Justiz. Ihre Recherchen mündeten in die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“, die Anfang der 1960er-Jahre für großes Aufsehen und heftige Anfeindungen sorgte. Strecker und seine Mitstreiter wurden als Handlanger Ostberlins diffamiert, weil sie auch Dokumente aus DDR-Archiven nutzten.

Die SPD, deren Mitglied Strecker war, distanzierte sich von der Ausstellung. In München verbot die Polizei die öffent-

liche Werbung dafür. In Westberlin versuchte der Senat vergeblich, die Galerie Springer am Kurfürstendamm unter Druck zu setzen, die Ausstellung abzusagen. Diese Repressionen trugen dazu bei, dass die Ausstellung und ihr Inhalt auch international bekannt wurden.

Strecker und seine Mitstreiter*innen erreichten ihr Ziel: Die ungesühnten NS-Verbrechen wurden öffentlich diskutiert. Mit Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS) erstatteten sie mit Verweis auf die von ihnen gesammelten Dokumente Anzeigen gegen NS-Täter und er-

mutigten Opfer, ebenfalls juristisch gegen ihre Peiniger vorzugehen.

Erst später erhielt Strecker in Deutschland Anerkennung für seine Arbeit. So erhielt er 2015 das Bundesverdienstkreuz. Zu seinem 85. Geburtstag organisierten die Landeszentrale für politische Bildung Berlin, der Verein Forum Justizgeschichte und das Zentrum der TU Berlin eine gemeinsame Veranstaltung. Der Historiker Michael Kohlstruck schrieb im Begleittext, Strecker habe mit der Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ erstmals die personellen Kontinuitäten zwischen NS-Regime und Bundesrepublik offengelegt und damit einen wichtigen Beitrag zum historischen Lernen geleistet. Vor wenigen Wochen verlieh ihm die Freie Universität Berlin die goldene Ehrennadel und korrigierte damit ihre Entscheidung von 1960, der Ausstellung keine Räume zur Verfügung zu stellen.

Am 2. August starb Reinhard Strecker im Alter von 95 Jahren in Berlin.

Von **Ralf Pauli**

Krefeld hat, wovon viele Kommunen nur träumen können: Alle 68 Schulen der nordrhein-westfälischen Stadt sind seit diesem Frühjahr digital auf dem neuesten Stand. Dank 237 Kilometer neu verlegter Kabel, mehr als 10.000 verbauter Datendoppeldosen und fast 2.500 Access Points für WLAN können die Krefelder Schüler:innen quasi überall im Schulgebäude online sein.

„Bis auf ein paar wenige haben wir alle Schulen sogar schon ans Glasfasernetz angeschlossen“, erzählt Stadtdirektor und Schuldezernent Markus Schön (SPD) der taz. Insgesamt 19 Millionen Euro hat die Stadt für diese Maßnahmen investiert, das Geld dafür kam größtenteils aus dem Digitalpakt Schule. Allein der Bund stellte für das ambitionierte Programm zwischen 2019 und 2024 insgesamt 6,5 Milliarden Euro bereit.

Trotz dieser Erfolge ist Schön heute nicht gut auf den Digitalpakt zu sprechen – und das hat mit einer Förderlücke von anderthalb Jahren und einem gebrochenen Versprechen des Bundes zu tun. „Wir haben 2025 fünf Millionen Euro für neue Hardware und Wartung ausgegeben – in dem Glauben, dass wir das über den Digitalpakt 2.0 abrechnen können“, so Schön. Wie es jetzt aussehe, bleibe die Stadt aber auf diesen Kosten sitzen.

Und das, obwohl Krefeld wie viele andere Kommunen derzeit finanziell arg unter Druck steht. Für das vergangene Jahr rechne die Stadt mit einem Defizit zwischen 130 und 150 Millionen Euro, so Schön: „Dass der Bund in so einer Situation nicht zu seinen Zusagen steht und das Land keinen Finger rührt, macht mich ehrlicherweise ganz schön sauer.“

Tatsächlich wollten Bund und Länder nach dem Auslaufen des ersten Digitalpakts Schule Ende Mai 2024 eine lückenlose Förderung garantieren. Doch weil die damalige Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) auf einer hälftigen Beteiligung der Länder beharrte, kam eine Einigung erst nach dem Aus der Ampel zustande. Trotzdem setzte sich der Bund durch: Die Hälfte der insgesamt 5 Milliarden Euro bis 2030 für den Digitalpakt 2.0 müssen die Länder zahlen. Im Dezember 2025 übernahm die neue Bundesregierung diese Einigung dann eins zu eins – und versprach einen rückwirkenden Förderstart zum Ja-



Vor dem Digitalpakt 2.0 erstmal in die Ferien
Foto: Jens Kalaene/dpa/picture alliance

Wieder Ärger mit dem Digitalpakt 2.0

Verspäteter Start, geringere Mittel: Vielen Kommunen wachsen die Kosten der Schul-IT über den Kopf. Das liegt auch an einem gebrochenen Versprechen des Bundes

nuar 2025. Doch daraus wird wohl nichts.

Im März wurde bekannt, dass der Bund den Digitalpakt 2.0 plötzlich ein Jahr später, rückwirkend ab Anfang 2026, starten möchte. Der Grund: Das Finanzministerium sah „finanzverfassungsrechtliche Bedenken“ für jene Digitalpaktausgaben, die schon 2025 getätigt worden sind. Das liegt an den Vorgaben für das Infrastruktursondervermögen, aus denen die Gelder kommen sollen. Bleibt es dabei, muss Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) ihre Zusage zurücknehmen, dass auch 2025 getätigte Investitionen übernommen würden.

Die kommunalen Spitzenvertreter sind entsprechend verärgert: Auf solche Zusagen „müssen wir uns verlassen können“, heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme des Deutschen Städtetags, des Deutschen Landkreistags sowie des Deutschen Städte- und Ge-

meindebundes. „Wir erwarten, dass es beim rückwirkenden Start des Digitalpakts 2.0 zum 1. Januar 2025 bleibt. Alles andere wäre ein gravierender Verstoß gegen den Vertrauensschutz.“

Eine Umfrage der taz unter den Ländern zeigt, dass bislang nur wenige Landesregierungen eingesprungen sind, damit die Kommunen nicht auf ihren Kosten hocken bleiben. So haben Hessen (50 Millionen Euro) und Sachsen (14 Millionen Euro) nach eigenen Angaben einen Teil der Kosten für Administration- und IT-Personal übernommen. Andere Länder wie Bayern oder Rheinland-Pfalz schießen den Kommunen immerhin ein paar Millionen Euro jährlich für die Wartung der IT zu, also auch 2025. Ob und wie stark die Kommunen im vergangenen Jahr aber in Vorleistungen gegangen sind, ist in keinem Ministerium bekannt.

Unklar ist auch, wie schnell der Digitalpakt 2.0 selbst für das Jahr 2026 ins Laufen kommt. Bisher haben längst nicht alle Länderparlamente der entsprechenden Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund zugestimmt. Es könnte noch Monate dauern, bis in allen Ländern dann die entsprechenden Förderanträge für die Schulträger bereitstehen.

Alexander Handschuh, Sprecher beim Deutschen Städte- und Gemeindebund, mahnt deshalb zur Eile: Er schätzt, dass sich die Kosten der Kommunen für Wartung und neue Hardware allein im Jahr 2025 auf eine dreistellige Millionen-summe belaufen. Solange nicht überall die entsprechenden Förderanträge vorlägen, könne es sein, dass die Schulträger noch länger in Vorleistung gehen müssten.

Handschuh sieht aber noch gravierende Probleme beim Digitalpakt 2.0: „Selbst wenn die Länder hier einspringen, haben wir im-

mer noch deutlich weniger Geld zur Verfügung als beim ersten Digitalpakt“, kritisiert Handschuh gegenüber der taz. Tatsächlich fehlen den Kommunen im Vergleich zum ersten Digitalpakt mehr als zwei Milliarden Euro. Handschuh sieht hier vor allem die Länder in der Pflicht.

Die Entwicklung hält auch der Krefelder Schuldezernent Markus Schön für falsch. „Wenn es gut läuft, können wir mit den Geldern die aufgebaute Infrastruktur halten.“ So müssten irgendwann die angeschafften Tablets ausgetauscht werden, weil sie schlicht zu alt geworden sind. Doch für wichtige neue Investitionen, etwa die Entwicklung und Bezahlung datenschutzkonformer KI-Tools, reiche das Geld hinten und vorne nicht, so Schön.

Dass die ersten Krefelder Schulen kürzlich Lizenzen für solche spezielle KI-Software erwerben konnten, sei einer Spende aus der Wirtschaft zu verdanken.

„Was bei Microsoft mit den Daten passiert, ist eine große Blackbox“

Viele Schulen setzen auf die Software des US-Konzerns. Warum die Medienpädagogin Jessica Wawrzyniak das problematisch findet – und was sie Schulen und Eltern rät

Interview **Svenja Bergt**

taz: Frau Wawrzyniak, wenn etwa eine Schulleiterin oder Elternvertreter Ihnen sagen, dass sie Microsoft an ihrer Schule einführen wollen – was raten Sie?

Jessica Wawrzyniak: Ich würde ihnen zuerst mit auf den Weg geben, dass sie das natürlich DSGVO-konform machen müssen, also im Einklang mit der Datenschutz-Grundverordnung. Und dass das aktuell schwierig bis unmöglich ist.

taz: Warum?

Wawrzyniak: Weil Microsoft nicht die nötigen Informationen zur Verfügung stellt. Ein Beispiel: Wenn eine Schülerin wissen möchte, welche Daten über sie gespeichert werden, dann ist die Schulleitung verpflichtet, die Auskunft zu erteilen. Das ergibt sich aus Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung. Das Problem: Die Schulleitungen können die Auskunft gar nicht erteilen, weil sie selbst nicht wissen, was Microsoft speichert. Diese Informationen gibt der Konzern ih-

nen nicht. Außerdem erfasst Microsoft unglaublich viele Daten, die auch in die USA übertragen werden, wo Persönlichkeitsrechte kaum geschützt werden und man sich fragen muss: Wollen wir das?

taz: Welche Risiken sehen Sie für die Kinder und Jugendlichen?

Wawrzyniak: Zunächst sind das die ganzen personenbezogenen Daten, die eingegeben werden. Das können etwa Noten und andere Bewertungen sein, Allergie- oder Gesundheitsinformationen, wie sie zum Beispiel im Kontext von Klassenfahrten angefragt werden, sowie Krankheits- und andere Fehltag. Dazu kommen weitere Daten. Zum Beispiel: Wie schnell tippt ein Kind? Durch Tippmuster und -geschwindigkeit lassen sich übrigens Personen auch eindeutig identifizieren. Wie häufig schlägt die Rechtschreibkorrektur an? Hat ein Kind vielleicht eine Rechtschreibschwäche? Was steht in einem Aufsatz, etwa zu einem politischen Thema? Und was bei Microsoft mit den Daten passiert – das ist eine große Blackbox. Es ist mög-

lich, dass Microsoft ganze Lernkurven der Schüler:innen nachverfolgt.

taz: Schulen, die Microsoftprodukte nutzen wollen, argumentieren oft mit den Kosten. Die Basisversion des Office-Pakets ist für Bildungseinrichtungen kostenlos.

Wawrzyniak: Open-Source-Alternativen wie Libre Office, Only Office oder Collabora gibt es auch kostenlos.

Wawrzyniak: Open-Source-Alternativen wie Libre Office, Only Office oder Collabora gibt es auch kostenlos.

taz: Schulen argumentieren nicht nur mit den Lizenzkosten, sondern auch mit der Installation und Verwaltung der Software: Da erforderten die Open-Source-Alternativen zusätzliches Personal für die Installation und den Betrieb. Bei Microsoft gebe es weniger Probleme und der Konzern biete Support.

Wawrzyniak: Eigentlich ist eine Schule wie ein mittelständisches Unternehmen zu betrachten und diese kommen in der Regel ohne IT-Abteilung nicht aus. Mehrere Hundert Schüler:innen, dazu die Lehrkräfte,

die Verwaltung ... Und alle arbeiten mit IT-Systemen. Das heißt, es muss an jeder Schule eigentlich sowieso gewährleistet werden, dass IT-Fachkräfte fest angestellt sind und solche Aufgaben nicht noch zusätzlich von Lehrkräften übernommen werden.

taz: Die Schulen haben dafür oft kein Budget.

Wawrzyniak: Bildung ist derzeit Ländersache, diese müssten also ausreichend bereitstellen. Aber es gibt auch Alternativen: Was ich zum Beispiel sehr gut fand, ist, dass beim Digitalpakt Schule die Finanzierung zur Bundessache gemacht wurde. So etwas sollte es viel häufiger geben, damit nicht jedes Bundesland, jede Kommune oder jede Schule ihr eigenes Süppchen kochen muss.

taz: Wie groß ist der Einfluss, der bei IT-Produkten von der Schule auf die Kinder und Jugendlichen ausgeht? Es muss ja nicht immer Microsoft sein – manche Schulen setzen etwa auf iPads.

Wawrzyniak: Ich halte den Einfluss für sehr groß. Zum einen, weil Kinder und Jugendliche damit auf-

wachsen, die Nutzung dieses Gerätes oder dieser Software lernen. Und Eltern gehen in der Regel davon aus, dass das, was aus der Schule kommt, auch gut oder geprüft ist. Schulen sagen übrigens häufig, dass sie Microsoft einsetzen, weil das später im Beruf genutzt wird. Und Unternehmen sagen, sie nutzen Microsoftprodukte, weil sich alle damit auskennen. Auf diesen Kreislauf setzt der Konzern natürlich und bietet seine Lizenzen für Bildungseinrichtungen kostenlos bis extrem günstig an.

taz: Was raten Sie Eltern, die versuchen wollen, die Schule umzustimmen?

Wawrzyniak: In erster Linie sollten Eltern sich zusammenschließen. Es hilft auch, sich eine breite Argumentationsliste zu erstellen: von den Persönlichkeitsrechten der Schüler:innen, über die rechtlichen Probleme bis hin zur digitalen Souveränität. Wenn man diese Argumente gesammelt hat und zusammen vorträgt, sind die Chancen größer, ein Umdenken zu erreichen.



Foto: privat

Jessica Wawrzyniak
35 Jahre alt, ist Erziehungs- und Medienwissenschaftlerin. Sie arbeitet als Referentin und ist Co-Projektleiterin des #DigitalCheck-NRW, einem Medienkompetenzprojekt für Erwachsene der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK).

Niedrigwasser im Rhein schadet Industrie

Trockenheit und Hitze beeinträchtigen den Verkehr auf Deutschlands wichtigster Wasserstraße, Ökonom*innen sorgen sich um das Wirtschaftswachstum

Von **Kai Schöneberg**

Ökonom*innen sorgen sich wegen der Folgen des Niedrigwassers im Rhein und anderen Flüssen um die deutsche Wirtschaft. „Südlich von Kaub droht jetzt ein komplettes Abschneiden der Transportwege und damit eine Zweiteilung des Rheins“, sagte Verkehrsexperte Thomas Puls vom Institut der deutschen Wirtschaft der *Rheinischen Post*. Da weder Straße noch Schiene in der Lage seien, „die anfallenden Güter aufzunehmen, besteht die wahrscheinlichste Reaktion der Grundstoffindustrien in einer Produktionsreduktion“.

Der Chemiekonzern Covestro meldete bereits erste Probleme: „Aufgrund der akuten Niedrigwasserlage ist der Rohstoff- und Warenverkehr derzeit erheblich eingeschränkt.“

Fachleute fürchten eine Zweiteilung des Rheins und damit eine Unterbrechung der Lieferketten. Im Laufe der Woche werde an dem wichtigen Pegel im rheinland-pfälzischen Kaub erstmals „ein nur noch einstelliger Wert prognostiziert“, sagte Jens Schwanen, Geschäftsführer des Binnenschiffahrtsverbands (BDB). Das bedeute das Aus für die gewerbliche Schifffahrt in der Region.

Der Rhein ist Deutschlands größter Fluss – und die mit Abstand wichtigste Bundeswasserstraße. Dort werden rund 70 Prozent Güter der Binnenschifffahrt in Deutschland transportiert, vor allem Erze, Kohle, Mineralölprodukte, chemische Grundstoffe, Baustoffe, Metalle, Schrott, Getreide, zunehmend auch Container. Wegen der aktuell niedrigen Pegelstände können Binnenschiffe jedoch deutlich weniger Ladung aufnehmen. Das erhöht die Transportkosten und belastet Branchen, die auf die Massenguttransporte angewiesen sind.

Die Schifffahrt auf dem Mittel- und Niederrhein zwischen Mainz und der niederländischen Grenze sei „auf einen kleinen Bruchteil zurückgegangen“, sagte ein Sprecher des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Rhein in Bingen.

Derzeit seien die wirtschaftlichen Folgen noch beherrschbar, erklärte Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Die Situation könne sich jedoch zu einem „echten Risiko für die Konjunktur“ entwickeln. „Sollte das Niedrigwasser noch vier bis sechs Wochen andauern, könnte das einen signifikanten Schaden für die Wirtschaft bedeuten“, so Fratzscher zum Portal Politico.

Historische Daten zeigen, dass ein Niedrigwasser von 30 Tagen etwa ein Prozent weniger für die deutsche Industrieproduktion bedeutet. Nach dem schweren Niedrigwasser des Jahres 2018 sank diese sogar um 1,5 Prozent. Es gab Lieferkettenprobleme und Produktionsausfälle in der Chemie-, Stahl- und Energiebranche.

Insgesamt sank der Anteil der Binnenschifffahrt am deutschen Gütertransport bereits in den vergangenen 25 Jahren von 13,5 auf 6,7 Prozent. Gleichzeitig stieg der des Schienenverkehrs von 16,5 auf 21 Prozent. Der Rest, also mehr als 70 Prozent, wird deutlich klimaschädlicher vor allem von Lkw auf Straßen transportiert.

Mehrere Bundesländer haben das Fahrverbot für Lkw an Sonn- und Feiertagen ausgesetzt oder dies angekündigt, um die Wasserstraßen zu entlasten. Wie weit das hilft, ist fraglich. Transporte über den Rhein seien „auf der Straße praktisch nicht zu kompensieren, denn ein Binnenschiff mit einer Tragfähigkeit von 1.500 Tonnen ersetzt circa 60 Lkw“, sagte ein Sprecher von Covestro.

„Wir müssen davon ausgehen, dass die Niedrigwasserproblematik im gesamten August uns noch erhalten bleibt“, sagte Bundesverkehrsminister Steffen Bilger (CDU) am Dienstag. „Die Lage ist wirklich weiterhin sehr angespannt.“ Der Rheinpegel in Koblenz lag Dienstagfrüh bei nur noch 8 Zentimetern – nahe am bisher niedrigsten bekannten Wasserstand von 6 Zentimetern im Jahr 1929, zeigen Daten der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Historische Niedrigstände gab es auch in Mainz, Bonn oder Düsseldorf. Entspannung durch Regen ist nicht in Sicht. Es wird zum Wochenende hin teilweise sogar noch mal richtig heiß.

Zahl des Tages

3,5
Reaktoren

Die Natur ist hartnäckig, sie versucht es immer wieder, bis es vielleicht doch fruchtet: Nachdem in Frankreich schon mehrere Atomkraftwerke wegen Hitze und Wassermangel vom Netz genommen werden mussten, haben jetzt auch die **Quallen wieder zugeschlagen**. Wie schon 2025 mogelten sich die glitschigen Antiatomkämpfer wieder an den Standort Gravelines heran und legten **drei der sechs Reaktoren ganz und einen teilweise lahm**. Da ein Reaktor gerade gewartet wird, liefert also nur noch einer Strom. Vergangenes Jahr waren die Tierchen in den Filtern der Wasserpumpen gelandet und hatten immerhin ein paar Tage durchgehalten. Méduses, vous triompherez!

Streit um Ölvorkommen

Ein Unternehmen aus Texas will den fossilen Energieträger an der grönländischen Ostküste fördern. Auf die Genehmigungen zu warten, dauert ihm zu lang

Aus Härnösand
Anne Diekhoff

Wieder einmal sieht sich Grönland genötigt, auf unwillkommene Signale aus den USA zu reagieren: Am Montag erklärte Rohstoffminister Múte B. Egede die Zuversicht einer US-amerikanischen Ölgesellschaft für vollkommen unrealistisch, noch dieses Jahr in Grönland mit Probebohrungen loslegen zu können.

Entscheidende Figuren der Greenland Energy Company zählen dem britischen *Guardian* zufolge zu den Gefolgsleuten von US-Präsident Donald Trump. Das Unternehmen aus Texas hatte vergangene Woche seine Aktionäre über Fortschritte seines Ölprojekts im Nordosten Grönlands informiert. Eines „der letzten, vielleicht das letzte vielversprechende, noch unerforsch-

ten Ölvorkommen der Welt“, so schwärmen die Amerikaner von der Region Nunap Qeqqa an der grönländischen Ostküste.

Dafür, dass das Vorkommen nicht mehr lange unerforscht bleibt, sollen nun „konstruktive hochrangige Treffen“ mit zuständigen Stellen in Grönland gesorgt haben. Damit man durch das lange Genehmigungsverfahren keine Zeit verliere, fange man währenddessen schonmal mit den Vorbereitungen an. Auch das steht in dem Brief an die Aktionäre.

Genau diese Herangehensweise aber brachte Grönland erst Ende Juli dazu, eine „deutliche Warnung“ auszusprechen: Da hatten Greenland Energy und der britische Lizenzinhaber 80 Mile die für Probebohrungen nötige Ausstattung in die Nähe des Gebietes transportiert – ohne Ge-

nehmigung. Die Regierung in Nuuk stellte klar: Alle künftigen logistischen Vorhaben müssten vor der Durchführung angemeldet und genehmigt werden, sonst würden Restriktionen folgen.

Der Regierung zufolge ist noch nicht einmal der erste Schritt zur Genehmigung einer Probebohrung, die Projektbeschreibung, abgeschlossen. Öffentliche Anhörungen und Bewertungen von Umwelt- und Gesellschaftsfolgen stehen danach erst an. „Nichts davon ist fertig“, sagte Múte B. Egede dem grönländischen Rundfunk KNR. Daher die Einschätzung, die Pläne seien unrealistisch.

Grönland hatte 2021 beschlossen, keine weiteren Lizenzen zur Öl- und Gasförderung in Grönland zu vergeben. Bereits erteilte Lizenzen hat die Regierung allerdings nicht zurückgezogen.



Kühe auf einer trockenen Weide in Baden-Württemberg
Foto: Boris Roessler/dpa

Weniger Bio wegen der Dürre

Weil Hitze und Trockenheit ihre Existenz bedrohen, dürfen Biobetriebe in Süddeutschland für ihre Tiere nun auch konventionelles Grünfutter einkaufen

Aus Freiburg
Bernward Janzing

Es ist eine Notfallverordnung: Baden-Württemberg und Bayern haben der Biolandwirtschaft erlaubt, auch Grünfutter einzukaufen, das konventionell angebaut ist. Grund ist ein erheblicher Mangel an Futtermitteln aufgrund der extremen Dürre.

Manche Landwirte hätten vor einigen Wochen schon begonnen, ihre Reserven zu verfüttern, die eigentlich für den Winter gedacht waren, sagt die baden-württembergische Landwirtschaftsministerin Marion Gentges (CDU). Da nach Biostandards angebautes Futter nochmals schwerer zu bekommen ist als konventionelle Kost, wolle das Land den betroffenen Betrieben nun neuen Freiraum verschaffen, um sie zu entlasten.

In Süddeutschland hat sich die Lage in den vergangenen

Wochen nämlich dramatisch zugespitzt. Es gibt Höfe, die angesichts des Mangels an heimischem Futter bereits Luzerne aus der norditalienischen Poe-

„In dieser Notstandssituation musste das Land eine praktikable Lösung finden“

Martina Braun, Biolandwirtin

bene einkaufen. Andere haben begonnen, ihre Tierbestände „abzustocken“, also planmäßig zu verringern. Entsprechend ist die Zahl der Schlachtung von Kühen in den vergangenen Wochen angestiegen.

Die Entscheidung der südlichen Bundesländer zur Locke-

rung der Biorichtlinien basiert auf dem europäischen Ökorecht, das bei außergewöhnlichen Situationen Ausnahmen von den Produktionsvorschriften ermöglicht. Die Länder sind allerdings nur für das EU-Ökosiegel zuständig. Wer strengere Siegel nutzen will, muss zusätzlich die privatrechtlichen Vorgaben der entsprechenden Verbände wie Bioland, Demeter oder Naturland erfüllen.

In dieser Notsituation gehen die Verbände aber bei den Entscheidungen der Länder mit. Der Demeter-Verband bestätigte auf Anfrage, er schließe sich dem Vorgehen Bayerns und Baden-Württembergs an und habe für seine Biobetriebe die Vorgaben entsprechend gelockert. Ebenso äußerte sich Naturland. Auch die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg unterstützt angesichts der

„existenzbedrohenden Lage“ die „formal-rechtlichen Freiräume“.

Demeter betont, dass man trotzdem bemüht sei, durch verstärkte Vernetzung unter den Landwirten sicherzustellen, dass das vorhandene Demeter- und Biofutter bevorzugt verwendet wird. Generell ausgeschlossen für Demeter-Betriebe sei weiterhin der Zukauf von konventionellem Mais. Bei Naturland gilt diese Regel gleichermaßen.

Eine gute Kennerin der Materie ist auch Martina Braun, Biolandwirtin im Schwarzwald und zugleich Abgeordnete der Grünen im Stuttgarter Landtag. Sie trägt die vorübergehende Freigabe von konventionellem Futter für Biobetriebe ebenfalls voll und ganz mit: „Für unseren Betrieb hat Biofutter natürlich weiterhin höchste Priorität, aber in dieser Notstandssituation musste das Land eine praktikable Lösung finden.“ In ihrem eigenen Familienbetrieb würde man, wenn es wirklich nicht mehr anders gehen sollte, das konventionelle Futter zuerst an jene Tiere verfüttern, die nicht unmittelbar der Lebensmittelproduktion dienen, wie etwa Jungtiere.

Ähnlich wie in Baden-Württemberg ist die Lage in Bayern. „Wo über Wochen der Regen fehlt, wächst irgendwann auch das beste Futter nicht mehr“, sagt die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU). Gerade für die Biobetriebe werde das zum Problem, wenn die eigenen Vorräte knapp werden und auch am Markt nicht genügend Biogrundfutter wie Gras, Heu, Klee oder Silage verfügbar ist. „Deshalb ermöglichen wir betroffenen Betrieben, unter klaren Voraussetzungen auf konventionelles Grundfutter zurückzugreifen und so die Versorgung ihrer Tiere sicherzustellen“, sagt Kaniber. Jeder Betrieb muss dafür individuell nachweisen, dass gleichwertiges Futter nicht am Markt verfügbar ist. Die Ausnahmeregelung gilt ohne regionale Einschränkung, da die Versorgung der Betriebe mit Biogroundfutter flächendeckend gefährdet ist.

Das bayerische Ministerium betont zugleich, dass die Ausnahmen nur für den Zukauf von Grundfutter gelten, nicht aber für Kraftfutter, das auch weiterhin aus ökologischer Produktion stammen muss. Die Ausnahmeregelungen gelten, bis sich die Versorgung wieder verbessert hat, maximal aber 12 Monate.

Niemand will die „Caroline Bezeni“ anfassen

Der riesige Öltanker liegt vor Oman auf Grund. Weil er zur russischen Schattenflotte gehören soll, droht Helfern ein Platz auf einer US-Sanktionsliste



Der havarierte Tanker ist 274 Meter lang und hat 100.000 Tonnen Rohöl an Bord: Satellitenbild vom 19. Juli
Foto: Planet Labs PBC via reuters

Von **Mathias Brüggmann**

In der Golfregion droht eine riesige Ölkatastrophe durch ein Schiff der russischen Schattenflotte: Seit Wochen liegt der Öltanker „Caroline Bezeni“ im Arabischen Golf vor der Küste Omans auf Grund. Er hat 110.000 Tonnen Rohöl im Wert von 44 Millionen Euro im Bauch und droht auseinanderzubrechen. Inzwischen zeigen Satellitenbilder einen fast 800 Quadratkilometer großen Ölteppich – mehr als die Fläche Hamburgs – in den Gewässern vor den Hallanijat-Inseln. Hier ist maritimes Schutzgebiet, es gibt Korallenriffe, seltene Schildkröten, Wale und Seevögel. Das 274 Meter lange, 2001 auf einer südkoreanischen Werft gebaute Schiff dümpelt schon eine ganze Weile im Wasser. Mit russischem Urals-Rohöl, der wichtigsten russischen Rohölsorte, das es im Schwarzmeerhafen Noworossijsk geladen hatte, war es auf dem Weg zum Ölhafen Sika in der westindischen Provinz Gujarat, als es am 8. Juni vor der Küste Omans zu einer Explosion mit verheerenden Folgen kam. Neun Tage zuvor hatte die „Caroline Bezeni“ den Suezkanal passiert. Danach wurde der Schiffstransponder offenbar ausgeschaltet, der sonst automatisch die Position meldet.

Am 12. Juni, vier Tage nach der Explosion, wurde die Besatzung unverletzt vom Schiff gebracht, das dann auf die Klippen trieb, seither mit Schlagseite teilweise unter Wasser liegt und Öl in großen Mengen verliert. Bei einer Inspektion der Seebehörden Omans am 12. Juli an Bord des Schiffes soll laut lokalen Medien festgestellt worden sein, dass der Tanker bis auf einen der sechs Tanks vollständig beladen ist. Dieser leere Tank war offenbar der einzige, der nicht beschädigt war. Alle anderen Behälter enthielten Rohöl und wiesen Anzeichen einer Verunreinigung durch Seewasser auf. Zudem war Öl in den Ballast sowie in den Doppelhüllenraum ausgelaufen. Die dabei entstehenden Dämpfe wurden als potenziell explosiv eingestuft – was ein Abpumpen gefährlich machen würde. Die Sorge ist, dass der normalerweise um diese Jahreszeit einsetzende Monsun den Öltanker auseinanderbrechen lassen könnte. Deshalb versuchen die omanischen Behörden seit Mitte Juli, den Schiffseigner zum Handeln zu bringen. Sie wollen, dass er das Rohöl an Bord auf ein anderes Schiff pumpt. Dadurch soll der Tanker leichter und wieder manövrierfähig werden, sodass er aus dem Schutzgebiet gebracht werden könnte.

Das unter kamerunischer Flagge fahrende Schiff ist Teil der russischen „Schattenflotte“. Diese besteht aus veralteten Tankern, die Russland nach der Verhängung der westlichen Liefer sperren eilig zusammengekauft hat, um das so sanktionierte Rohöl unauffällig zu transportieren. Die meisten Tanker werden spätestens im Alter von 20 Jahren verschrottet, da Reparaturen, erhöhte Versicherungsprämien und Abnutzung der Stahlhülle auf die Rentabi-

Satellitenbilder zeigen einen fast 800 Quadratkilometer großen Ölteppich im Meeresschutzgebiet – mehr als die Fläche Hamburgs

lität durchschlagen. Der lecke Kahn in der Golfregion ist 25 Jahre alt. Offiziell gilt Rentoor Ship Management mit Sitz in Huangpu Qu, einem zentralen Stadtteil Shanghais, als Eigner. Westliche Experten halten das Unternehmen für eine Briefkastenfirma, denn die Adresse

liegt in einem Wohnblock. Es ist bekannt, dass die sanktionierte russische Staatsreederei Sovcomflot, die auch als wahrer Eigner der „Caroline Bezeni“ gilt, ihre Schattenflotte nach zahlreichen Hin- und Verkäufen oder Vercharterungen unter solchen Adressen meldet. Der Tanker hieß zuvor auch schon „SCF Altai“ – SCF steht für Sovcomflot und Altai ist ein zentralasiatisches russisches Gebirge. Das Problem bei der Rettung der havarierten „Caroline Bezeni“ ist, dass sie nicht nur unter EU-, britischen, Schweizer und kanadischen Sanktionen steht. Sie ist auch von der US-Finanzaufsicht Ofac (Office of Foreign Assets Control) gelistet. Diese ist besonders rigide und stellt alle Firmen und Einzelpersonen, die mit von der Ofac sanktionierten Gesellschaften kooperieren, ebenfalls unter harte US-Sanktionen – Einreiseverbot in die USA, Einfrieren von Konten, Ausschluss aus Operationen mit Dollars, Stopp der Nutzung von Kreditkarten, die von US-Konzernen wie Visa, Mastercard oder American Express stammen. Für Oman ist es nun eine Abwägung: Jede Operation an dem Schiff könnte die beteiligten Unternehmen ebenfalls auf die Ofac-Liste bringen. Die Behörden wollen mit

Bergung oder Flottmachung deshalb nichts zu tun haben. Aber ein weiteres Hinauszögern des Abpumpens des schwefelhaltigen Urals-Öl aus den Tanks kann zu einer gigantischen ökologischen Katastrophe führen. Und die könnte schlimmer ausfallen als 1989 bei der unter US-amerikanischer Flagge fahrenden „Exxon Valdez“, die eine Ölpest vor Alaska auslöste. Damals liefen gut 34.000 von fast 168.000 geladenen Tonnen Rohöl aus und verseuchten fast 2.000 Kilometer Küste. Schlimmer war bisher nur die Katastrophe der „Deepwater Horizon“, bei der 2010 die Küsten Louisianas, Mississippis, Alabamas und Floridas verunreinigt wurden. Laut dem katarischen Satelliten-sender Al Jazeera versucht Oman aktuell, die Ausbreitung des Ölfilms einzudämmen. Greenpeace verlangt ein sofortiges Eingreifen internationaler Organisationen, das „unmittelbare Risiko einer beispiellosen Ölpest“ mit verheerenden Folgen für die Küsten und Meeresökosysteme der Region zu bannen. Auch die niederländische Umwelt- und Friedensorganisation Pax fordert internationales Handeln. Anders könne das bereits in den Ozean fließende Öl nicht gestoppt werden.

Nicht abschaffen, sondern abwandeln

Ein Mobilitätsfachmann fordert die Abschaffung der E-Auto-Prämie. Andere Expert:innen widersprechen und wollen sie noch klimafreundlicher sowie sozialer gestalten

Von **Nanja Boenisch**

Ist es die E-Auto-Prämie, die den Absatz elektrischer Fahrzeuge in Deutschland ankurbelt? Oder sind es die hohen Spritpreise? Wahrscheinlich beides, meint Jorrit Bosch, verkehrspolitischer Sprecher der Linken im Bundestag – und verteidigt die Kaufprämie damit gegen Kritik des Autoanalysten Ferdinand Dudenhöffer. Dudenhöffer, Wirtschaftswissenschaftler und Gründer des Bochumer Center Automotive Research (CAR), hatte am Montag gefordert, die Kaufprämie für E-Autos abzuschaffen. „Es wäre vollkommen widersinnig, die E-Auto-Förderung wieder einzustellen“, sagt Bosch dazu. „Es ist ein Erfolg, dass es dank der Prämie, und auch wegen der dramatisch gestiegenen Spritpreise, endlich vorangeht mit der E-Mobilität.“ Dudenhöffer hatte argumentiert, dass die Förderung nicht mehr notwendig sei, weil

sich die Elektroautos schon auf dem Markt etabliert hätten. Im Juli war der Anteil der batterieelektrischen Fahrzeuge an allen neu zugelassenen Wagen nach Angaben des Kraftfahrtbundesamtes auf rund 29,3 Prozent geklettert. Die umstrittenen Plug-in-Hybride, für die der Kaufbonus ebenfalls gilt, kamen auf 11,4 Prozent. Einzelne Staaten, die Elektromobilität schon länger konsequent fördern, lagen aber noch deutlich vor Deutschland: In den Niederlanden zum Beispiel machten reine Stromer im Juli 47,3 Prozent der Neuzulassungen aus. Tatsächlich legten die Neuzulassungen der E-Autos hierzulande schon zwischen August und November des letzten Jahres zu, flachten dann kurz ab – und machten besonders im März 2026 dann wieder einen Sprung in die Höhe, einen weiteren im Juni. Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) hatte die neue Kaufprämie für E-Au-

tos Mitte Januar vorgestellt und dafür 3 Milliarden Euro versprochen, verteilt auf 4 Jahre. Sie kann seit Mai beantragt werden, auch rückwirkend zum Jahresbeginn. Ende Februar begann der Krieg zwischen den Regierungen der USA, Israels und Irans, in dessen Folge die Mineralölkonzerne praktisch weltweit die Spritpreise deutlich erhöhten. Eine aktuelle Umfrage der Kfz-Versicherung HUK-Coburg hat ergeben, dass 9 Prozent der befragten Versicherten wegen der hohen Benzinpreise zum ersten Mal über die Anschaffung eines E-Autos nachgedacht haben. 15 Prozent hatten eine Anschaffung demnach schon vorher in Betracht gezogen, wollten sie wegen des teuren Sprits aber schneller umsetzen. Welche Rolle die Kaufprämie für die Versicherten spielte, wurde nicht abgefragt. Linkenpolitiker Bosch verweist nun darauf, dass die Kaufprämie nicht allein den Absatz

in Schwung bringen sollte, sondern auch den Anspruch hat, E-Mobilität sozial gerecht anzubieten. „Besonders erfreulich ist, dass die Hälfte der bewilligten Förderanträge Menschen mit geringerem Einkommen zugutekommt“, sagt Bosch. Allerdings gingen fast zwei Drittel der Bewilligungen an Haushalte ohne förderrelevante Kinder. Bosch fordert: „Wir brauchen eine stärkere soziale Staffelung und mehr Kinderprämie.“ Ökonom Dudenhöffer wiederum hatte kritisiert: „Mit der Elektroautoprämie schießen die Verkäufe des chinesischen Autobauers BYD wie Pilze aus dem Boden.“ Deutsche Autobauer seien benachteiligt, weil sie ihre Modelle nicht so günstig anbieten könnten – die Prämie sei verschwendetes Steuer-geld. Ähnliche Vorwürfe hatte das Bundesumweltministerium jedoch schon Mitte Juni zurückgewiesen. Susanne Goetz, Re-

ferentin für Elektromobilität beim Umweltverband Transport & Environment, ergänzt: Damit Fördermittel europäischer Wertschöpfung zugutekommen, brauche es wirksame Regeln für die lokale Produktion geförderter Autos. Mit dem sogenannten Industrial Accelerator Act habe die EU-Kommission einen Ansatz vorgelegt. Und Steuergelder könnte die Bundesregierung alternativ sogar einnehmen, wenn sie „eine echte Reform der Dienstwagenbesteuerung“ angehen würde.

„Diese Wagen werden sehr kurz gehalten und landen schnell auf dem Gebrauchtwagenmarkt. Mit einer ökologischen Reform stünden kurze Zeit später mehr gebrauchte E-Autos zur Verfügung“, sagt Goetz. Goetz und Bosch sind sich einig, dass Plug-in-Hybride und Range-Extender nicht weiter gefördert sollten, weil sie nachweislich kaum Emissionen sparen. „Nicht die Prämie an sich, sondern nur ihre Fehlanreize müssen abgeschafft werden“, meint Bosch.

Anzeige



Die Welt verstehen.
Immer dienstags,
mit dem taz-Newsletter.

taz.de/newsletter



Lettland startet Operation „Werwolf“

Mit Drohnen will Riga illegale Migranten an der Grenze zu Belarus abwehren. Erstmals wurde dort auch ein unterirdischer Tunnel entdeckt

Aus Riga **Ieva Strazdina**

Lettland verschärft seinen Kurs gegen Geflüchtete an der belarussischen Grenze. „Ab heute ist der organisierten Migration ein Ende gesetzt“, kündigte Ministerpräsident Andris Kulbergs am Dienstag mit markigen Worten in Riga an. Die Operation „Werwolf“ soll den Schutz der lettischen Außengrenzen gewährleisten. Laut Kulbergs ist seit rund fünf Jahren ein sprunghafter Anstieg der Zahl der Geflüchteten zu beobachten, die versuchen, über Belarus nach Lettland einzureisen. In Litauen und Polen sei die Lage ähnlich. Bei den Geflüchteten handelt es sich Berichten zufolge nicht um Personen, die vor dem belarussischen Regime fliehen, sondern aktuell vor allem um Menschen aus dem Nahen Osten und aus afrikanischen Staaten. Organisierte Schleusergruppen sollen die Geflüchteten an die Grenze bringen, die belarussischen Behörden würden sie nicht aufhalten.

Die EU hat diese Strategie bereits als hybride Kriegsführung bezeichnet. Kulbergs betonte daher auch, dass die Vorfälle an der Grenze nicht nur die Sicherheit Lettlands betreffen, sondern auch die der europäischen Außengrenzen. Die Operation „Werwolf“ soll den gesamten August über laufen. Kulbergs hofft, dass sie den Schleusern einen schweren Schlag versetzt und keine Geflüchteten mehr über die Grenze kommen.

Der lettische Verteidigungsminister Rāvis Melnis will dafür mit „modernster Technologie“ aufrüsten, also mit dem Einsatz von Drohnen und Videoüberwachung die Grenze schützen. Warum? „Der bloße Einsatz von Soldaten an der Grenze gewährleistet keinen angemessenen Grenzschutz, da wir dann alle 50 bis 60 Meter Personal stationieren müssten“, sagte Melnis.

Wie brisant die Lage vor Ort ist, zeigt auch dieser Fund: In der Nacht zu Dienstag wurde an der lettisch-belarussischen Grenze ein unterirdischer Tunnel entdeckt, der von illegalen Migranten genutzt wurde. „Bislang ist dies der erste Tunnel dieser Art in Lettland“, sagte Innenminister Jānis Dombrava. Normalerweise versuchten Migranten, über den Grenzzaun zu klettern. Derzeit wird ermittelt, ob es weitere Tunnel gibt. Auch in Litauen wurden bereits unterirdische Tunnel entdeckt, die höchstwahrscheinlich für die illegale Migration aus Belarus bestimmt sind. Zudem griff Ende Juli eine Gruppe von Migranten litauische Grenzschutzbeamte an, nachdem sie über einen Tunnel an der Grenze zu Belarus ins Land eingedrungen war.

Die lettische Operation „Werwolf“ wird vom Krisenmanagementzentrum der Staatskanzlei koordiniert. Die staatliche Grenzschutzbehörde, die Staatspolizei und die Nationalen Streitkräfte werden an der Umsetzung beteiligt sein. Und Lettland will auch juristisch schärfer gegen die Schleuser vorgehen. „In Zusammenarbeit mit dem Justizministerium werden wir prüfen, wie schnell wir Helfer vor Gericht bringen können“, sagte Arvis Zile, Leiter des Krisenmanagementzentrums.

In Lettland gilt bis Ende dieses Jahres ein verschärftes Grenzsicherheitsregime entlang der Grenze zu Belarus. Während dieses Zeitraums gelten strenge Strafen für die illegale Beförderung von Personen über die Staatsgrenze sowie für die „wissentliche Beihilfe zum illegalen Aufenthalt einer Person in Lettland“. Behördenangaben zufolge wurden allein in diesem Jahr bereits mehr als 9.500 Personen an einem illegalen Grenzübertritt gehindert. 2025 waren es insgesamt rund 12.000 Personen.

Riga setzt zudem auf eine engere Zusammenarbeit mit Litauen, Estland und Polen, um die illegalen Grenzübertritte zu reduzieren. Nato-Truppen werden nicht an der Operation „Werwolf“ beteiligt sein.



Lettischer Grenzschützer an der Grenze zu Belarus Foto: Alexander Welscher/dpa

Todesurteile gegen al-Assad und Cousin Najib

Syriens Ex-Diktator al-Assad ist in Abwesenheit verurteilt worden, sein Cousin und Mittäter Nadschib in Anwesenheit. Der Richter litt einst selbst unter dem Regime

Aus Beirut **Julia Neumann**

Fachr al-Din al-Arian wurde einst vom syrischen Regime zum Tode in Abwesenheit verurteilt. Am Dienstag hat er dieses Urteil selbst ausgesprochen: als Vorsitzender Richter gegen den ehemaligen Machthaber Baschar al-Assad und seine Komplizen.

Al-Arian hatte zunächst als Richter Karriere unter Assads Regime gemacht. Doch 2013 – nachdem das Regime die Opposition brutal niedergeschlagen, bombardiert und mit Giftgas angegriffen hatte – gab er öffentlich seinen Übertritt zur Opposition bekannt. Ein Richter dürfe bei Unrecht nicht schweigen, so al-Arian. Er wurde verfolgt und ins Exil gezwungen, ein Gericht verurteilte ihn in Abwesenheit zum Tode.

Der Sturz des Regimes von al-Assad machte es möglich, dass al-Arian nun als Chef auf der Richterbank in Damaskus sitzt. Am Dienstag verkündete er das Todesurteil für Baschar al-Assad. Dieser sei schuldig des vorsätzlichen Mordes an zahlreichen Menschen, darunter Kindern, sowie Folter und Folter mit Todesfolge sowie willkürlicher Verhaftung und mehrfacher Freiheitsberaubung. Die Taten seien „Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.“

Es ist das erste Urteil gegen den ehemaligen Präsidenten, der im Dezember 2024 durch eine Militäroffensive gestürzt wurde. Er war nach Moskau geflohen, Syrien forderte seine Auslieferung, Russland weigert sich.

Syriens Regime hatte auf Proteste ab 2011 mit Gewalt und spä-

ter großflächiger Bombardierung und sogar dem Einsatz von Chemiewaffen reagiert. Schätzungsweise mehr als 500.000 Menschen wurden getötet. Hunderttausende verschwanden in Folterknechten oder Massengräbern, zwischen 130.000 und 300.000 Menschen werden vermisst.

Todesurteile in Abwesenheit verhängte das Gericht auch gegen Assads Bruder Maher, den früheren Verteidigungsminister Fahd al-Freidsh und vier weitere frühere Militär- und Sicherheitsverantwortliche.

Anwesend war nur Atef Nadschib, Assads Cousin mütterlicherseits. In gestreifter Häftlingsuniform stand er in einem Käfig mit schwarzen Gittern und verzog keine Miene, als Richter al-Arian das Urteil verlas. Auch er wurde zum Tode verurteilt. Nad-

schib war Sicherheitschef im südlichen Ort Daraa, als dort die Proteste im Jahr 2011 begannen.

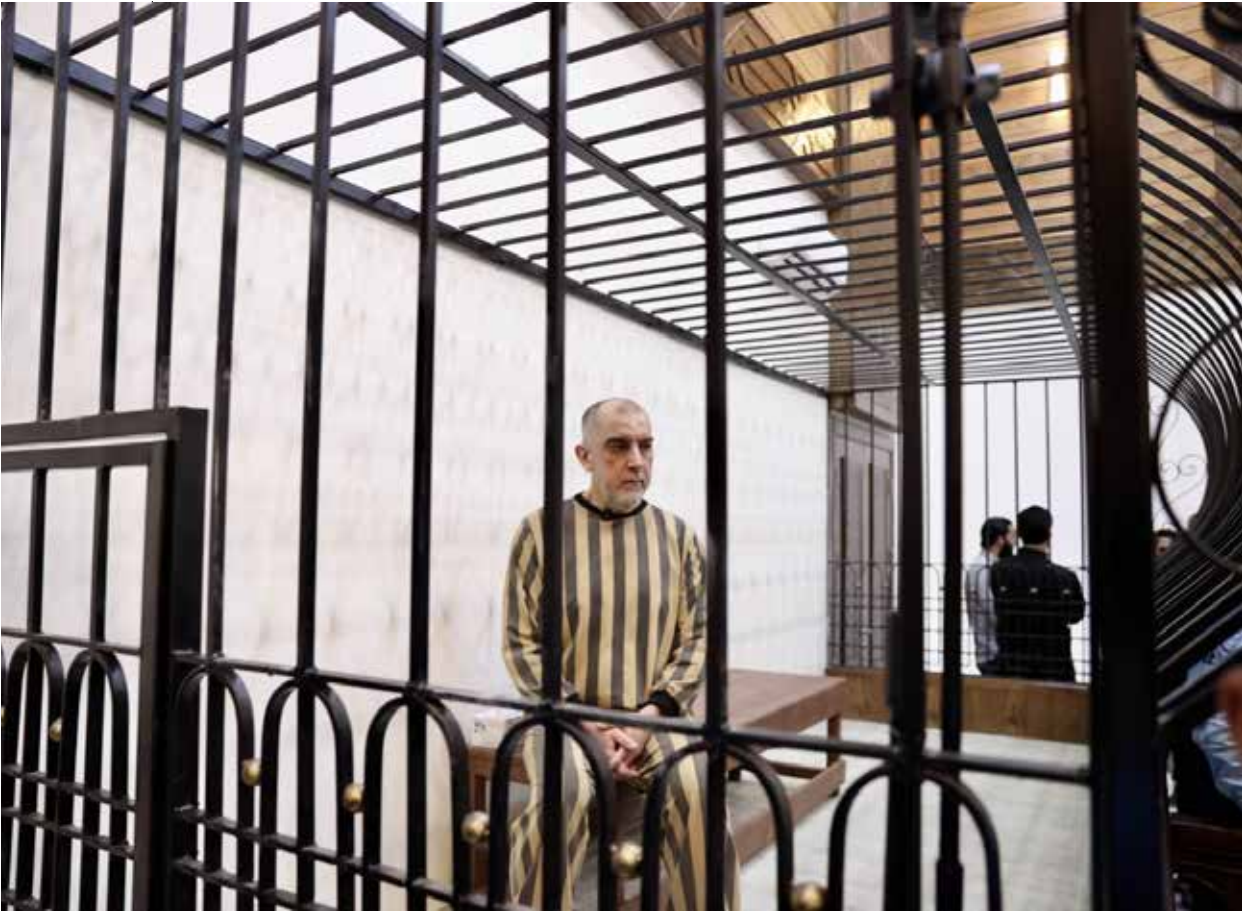
Der Prozess hatte gezeigt, wie Nadschib Kinder im Gefängnis foltern ließ. Ein Zeuge sagte aus, er sei damals 15 Jahre alt gewesen und habe Parolen gegen Assad an Wände geschrieben. Sicherheitskräfte drohten dem Vater, die gesamte Familie festzunehmen. Der Vater sah sich deshalb gezwungen, seinen Sohn auszuliefern. Der Zeuge sagte, ihm seien auf der Polizeiwache die Augen verbunden worden und er sei dann gefoltert worden. Er erzählte von schweren, heftigen und brutalen Schlägen, unter anderem mit einer Zange.

Der Angeklagte Atef Nadschib sei dabei im Folterraum gewesen und habe den Zeugen beschimpft. Dann soll die Militärpolizei übernommen und die Kinder gezwungen haben, Dokumente zu unterzeichnen, deren Inhalt sie nicht kannten. Es ist nur ein Zeugnis von vielen über die Brutalität des damaligen Regimes. Das Urteil für Nadschib wurde begründet mit „systematischem Massenmord“ und willkürlichen Verhaftungen.

Im Vorsaal des Justizpalastes in Damaskus wurde nach der Urteilsverkündung gepfiffen, jubelt und geklatscht. Weil eine faire Strafverfolgung in Syrien bislang nicht möglich war, wurden immer wieder Verfahren gegen die syrischen Verantwortlichen in Deutschland, Frankreich oder Schweden geführt.

Auch Nouha al-Masri hat 15 Jahre lang auf diesen Moment der Gerechtigkeit gewartet. Sicherheitskräfte hatten ihren Bruder bei Protesten in Daraa im März 2011 getötet. Für Masri markiert das Urteil ein neues Kapitel. „Unsere Forderung lautet, dass dies nicht das Ende der Prozesse ist“, sagte sie dem britischen Sender BBC. „Im neuen Syrien wird es von diesem Tag an keine Straflosigkeit mehr geben.“

Tiefe Augenringe, Häftlingskleidung: Atef Nadschib während des Gerichtsprozesses in Damaskus, Mai 2026 Foto: Izz Aldien Alqasem/Anadolu Agency/imago



Bloß nicht als Blockierer dastehen

In der Türkei stimmt die oppositionelle Yeni Parti trotz Kritik dem Gesetz zu einem Friedensprozess mit der kurdischen Guerilla zu. Ob es umgesetzt wird, ist sowieso unklar

Aus Istanbul **Wolf Wittenfeld**

Erstmals in der Geschichte der Republik Türkei ist am Montagabend ein Gesetz verabschiedet worden, das zu einer Befriedung im jahrzehntelangen Konflikt mit der kurdischen Guerilla PKK beitragen soll. Das Gesetz ist eine gemeinsame Initiative der Regierungspartei AKP, der rechtsnationalistischen MHP und der kurdischen DEM-Partei.

Es sieht vor, dass die Strafverfolgung ehemaliger PKK-Kämpfer ausgesetzt werden kann und sie sich dann entweder fünf oder zehn Jahre „bewähren“ müssen, bevor die Strafverfolgung endgültig eingestellt wird. PKK-Mitglieder, denen Mord oder andere schwere Straftaten vorgeworfen werden, kommen für die Teilamnestie nicht infrage. Das gilt auch für die Führer der PKK – einschließlich des seit 27 Jahren inhaftierten Abdullah Öcalan.

Die Debatte über das Gesetz begann am Montagvormittag und

dauerte bis in den Abend. Es war das erste Mal, dass im Parlament vor laufenden Kameras über die „PKK-Terroristen“ und die Kurden offen debattiert wurde. Dabei war allen klar, dass die Debatte im Kern um die Kurdenfrage insgesamt geführt wurde und nicht nur über die extrem vorsichtigen Formulierungen des konkret vorliegenden Gesetzestextes.

Während AKP, MHP und DEM sich schon vorab über eine Zustimmung zu dem Gesetz geeinigt hatten und damit bereits die Mehrheit sicherstellen konnten, wurde in der neu gegründeten Oppositionspartei Yeni Parti hart um eine Position gerungen. Oppositionsführer Özgür Özel, gleichzeitig Vorsitzender der Yeni Parti, nutzte die Gelegenheit für eine Grundsatzrede zur Kurdenfrage und nannte das Gesetz völlig unzulänglich. Er kritisierte, dass Präsident Recep Tayyip Erdoğan die DEM mit dem Gesetz nur dazu bringen wolle, einer Verfassungsänderung zuzustimmen,

die diesem eine erneute Kandidatur bei den bevorstehenden Wahlen ermöglichen würde. Um aber dennoch nicht als Blockierer dazustehen, stimmte die Yeni Parti schlussendlich mit großer Mehrheit zu.

Auch die PKK selbst hatte am Wochenende in einer schriftlich vorgelegten Erklärung das Gesetz als völlig unzulänglich kritisiert. Auf Basis der nun vorgelegten gesetzlichen Grundlage könne man kein Vertrauen darin haben, dass es PKK-Kämpfern möglich sei, in die Türkei zurückzukehren und dort am politischen Leben teilzunehmen. Außerdem müsse Abdullah Öcalan freigelassen werden, damit der Prozess weitergehen könne.

Tatsächlich steht selbst dieses extrem vorsichtige Gesetz noch unter Vorbehalt: Der türkische Geheimdienst MIT muss zunächst bestätigen, dass die PKK vollständig ihre Waffen abgegeben und sich die Partei vollständig aufgelöst hat. Erst wenn der Nationale Sicherheitsrat

auf Grundlage eines entsprechenden MIT-Berichtes grünes Licht gibt, kann das Gesetz in Kraft treten. Wann und ob das der Fall sein wird, ist völlig unklar. Niemand außerhalb der PKK und des MIT weiß, wie weit der Prozess fortgeschritten ist.

Die Regierung möchte die gesamte Debatte auf das Ziel einer „terrorfreien Türkei“ beschränken. Für die DEM und die Yeni Parti hingegen ist das jetzt verabschiedete Gesetz nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Integration der kurdischen Minderheit im Rahmen einer echten Demokratisierung der Türkei.

Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen den beiden: Die DEM tut so, als sei eine solche Entwicklung unter Erdoğan möglich. Die Yeni Parti, die wie zuvor die CHP seit zwei Jahren Opfer einer massiven Repressionskampagne ist, sieht die Möglichkeit einer Demokratisierung erst nach einer Entmachtung Erdogans und seiner AKP.

Thailand ringt mit seinem Waffenproblem

Das südostasiatische Königreich steht unter Schock: Ein 14-Jähriger hat erst seine Großeltern erschossen und dann an seiner Schule Lehrer, Schüler und sich selbst getötet



Angehörige und Mitschüler bei der Trauerfeier für eine am Freitag bei einem Schulmassaker in Nonthaburi erschossene Schülerin
Foto: Athit Perawongmetha/reuters

Aus Nonthaburi **Julian Küng**

Graue Wolken hängen über der Debsirin-Schule in Nonthaburi nordwestlich von Bangkok. Die Fahnen auf dem Gelände sind vom Regen durchnässt. Blumen und Plüschtiere bedecken den Eingangsbereich, während immer wieder Menschen vorbeikommen, beten oder schweigend vor dem Schul-tor stehen.

Unter den Trauernden ist auch der 22-jährige Jay Weerapon. Er hält einen Milchtee in der Hand, den er sorgfältig zwischen den Blumen ablegt. Vor wenigen Jahren drückte er hier selbst die Schulbank. „Ich bin gekommen, um meiner Lehrerin zu gedenken. Sie war in der neunten Klasse meine Vertrauenslehrerin“, sagt Weerapon der taz. „Ich hatte eine starke Bindung zu ihr.“ Bei den Schüssen am Freitagmorgen in der Schule gehörte sie zu den ersten Opfern.

Laut Polizei griff ein 14-Jähriger während des laufenden Unterrichts zur Waffe. Er zog durch mehrere Stockwerke und Flure, während sich

Schülerinnen und Schüler in den Klassenzimmern verbarrikadierten. 9 Menschen starben. Mehr als 20 Menschen wurden verletzt. Der mutmaßliche Täter richtete sich im Anschluss selbst.

Die Ermittler durchleuchten seit Tagen das digitale und persönliche Umfeld des Jungen. Nach bisherigen Erkenntnissen informierte er sich in sozialen Medien über den Umgang mit Schusswaffen, konsumierte gewalttätige Inhalte im Netz und musste sich bereits im Vorjahr von einem Lehrer eine Luftdruckwaffe auf dem Schulgelände abnehmen lassen.

Doch bislang lässt sich weder ein einzelnes Motiv noch ein konkreter Auslöser der Tat ausmachen. Klar ist bisher, dass die Tatwaffe offenbar legal auf seinen Großvater registriert war. Nach der Scheidung seiner Eltern lebte der 14-Jährige im Haus seiner Großeltern. Dort soll er am frühen Freitagmorgen zunächst beide erschossen haben. Anschließend ging er mit der Waffe zur Schule.

Vor dem Schulgelände trauert auch der 23-jährige Narunart Sa-

wangsri. In den Händen hält er ein Plüschtier, das er für eine verstorbene Lehrerin mitgebracht hat.

„Ich bin zutiefst erschüttert und hätte niemals gedacht, dass so etwas passieren könnte“, sagt er der taz. Viele Schülerinnen, Schüler und

Das Schulmassaker in Nonthaburi reiht sich ein in eine Serie schwerer Schusswaffentate in Thailand

Lehrkräfte seien ihm ans Herz gewachsen.

Besonders beschäftigt ihn, warum der Täter offenbar zuerst auf Lehrkräfte zielte. Drei von ihnen gehörten laut Polizei zu den ersten Opfern. „Vielleicht hat der Schüler die Kritik seiner Lehrer als Ablehnung empfunden“, vermutet er. Eine abschließende Antwort auf das Warum wird es vielleicht nie geben.

Das Schulmassaker in Nonthaburi reiht sich ein in eine Serie von schweren Schusswaffentaten, die Thailand in den letzten Jahren erschütterten: Im Februar 2020 erschoss ein Soldat in Nakhon Ratchasima 29 Menschen und wurde anschließend von Sicherheitskräften getötet.

Im Oktober 2022 tötete ein ehemaliger Polizist in einer Kindertagesstätte in Nong Bua Lamphu 36 Menschen, darunter 24 Kinder. Anschließend tötete er seine Frau und seinen Sohn und nahm sich selbst das Leben. Im Oktober 2023 eröffnete ein 14-Jähriger im Einkaufszentrum Siam Paragon in Bangkok das Feuer. Zwei Menschen wurden getötet, fünf weitere verletzt.

Nach der jüngsten Schusswaffentat in Nonthaburi stellt sich in Thailand erneut die Frage nach der Sicherheit vor bewaffneter Gewalt. Das südostasiatische Königreich hat zwar formal strenge Regeln für den privaten Waffenbesitz, gilt laut einer Studie aber als das am stärksten bewaffnete Land Südasiens.

Nach Schätzungen der Schweizer Forschungsorganisation Small Arms Survey befanden sich 2017 in Thailand rund 10,3 Millionen Schusswaffen in ziviler Hand, legale wie illegale. Das entsprach rund 15,1 Waffen pro 100 Einwohner.

Nach der jüngsten Bluttat will die Regierung das Waffenrecht weiter verschärfen. Premierminister Anutin Charnvirakul kündigte ein neues Waffengesetz und strengere Kontrollen an. Unter anderem sollen Schusswaffen in der Öffentlichkeit künftig nur noch von Staatsbediensteten im Dienst getragen werden dürfen.

Ob die Maßnahmen ausreichen, um das Trauma der Nation zu lindern, bleibt fraglich, zumal die Sicherheitslage angespannt bleibt. Nur drei Tage nach dem Schulmassaker wurde am Montag wieder in Nonthaburi ein Vorsteher der lokalen Provinzverwaltung erschossen.

Am selben Tag drohte ein Schüler in Chiang Mai, Mitschüler zu erschießen und löste damit einen verstärkten Polizeieinsatz an seiner Schule im Norden Thailands aus.

Die kubanische Stasi hat noch Ressourcen

In Kuba funktioniert kaum noch etwas. Doch inselweit koordinierte Proteste bleiben aus – auch wegen des gut geölten Repressionsapparats

Von **Knut Henkel**

1.415 Proteste hat es im Juli 2026 laut dem Observatorio Cubano de Conflictos (OCC) in Kuba gegeben. Inselweit kam es zu Protesten und meist versammelten sich Menschen in ihren Wohnvierteln und forderten in den sogenannten cacerolazos, dem rhythmischen Schlagen mit Suppenkelle oder Kochlöffel auf leere Töpfe, Strom, Wasser und Nahrungsmittel. Die drei Dinge sind in Kuba mitten im Hochsommer besonders knapp.

Die Menschen lechzen nach Abkühlung bei Temperaturen von bis zu 38 Grad in Santiago de Cuba und rund 35 in Havanna, kein Wunder. In Havanna schlafen Anwohner der Uferpromenade Malecón nachts oft draußen und die Hauptstadt war mit 64 meist spontanen Demonstrationen laut der seit rund sechs Jahren existierenden Beobachtungsstelle das Zentrum der Proteste auf den Straßen.

Die finden allerdings oft spontan, isoliert und eben nicht koordiniert statt. Das hat Gründe, so Manuel Cuesta Morúa. Der 64-jährige Dissident, der im Stadtteil Alamar von Havanna lebt, hat

im Juni versucht, mit anderen Aktivisten aus der Zivilgesellschaft einen inselweiten cacerolazo zu koordinieren. „Die Staatssicherheit hat jedoch Wind davon bekommen. Ich wurde festgenommen, geschlagen, verhört, bedroht und weit außerhalb von Havanna ausgesetzt“, so der Vorsitzende des Arco Progresista.

Die sozialdemokratische Partei, die Stimmen für ein Referendum über die politische Zukunft auf der Insel sammelt, ist in Kuba illegal. Cuesta Morúa wurde mehrfach als Söldner bezeichnet und einer der Beamten der Staatssicherheit warnte ihn, dass er ihn erschießen würde, falls die Amerikaner eine Invasion Kubas durchführen würde. „Prügel sind mir oft angedroht worden, der Schuss in den Kopf zum ersten Mal“, erklärte der Historiker der taz.

Über mehrere Tage wurde er nach der Festnahme am 20. Juni von Beamten observiert. „Das ist nun wieder vorbei, aber es zeigt, dass die Staatssicherheit über Ressourcen verfügt, die in anderen Sektoren nicht zur Verfügung stehen“, so Cuesta Morúa.

Das bestätigt auch die in Matanzas lebende Historikerin Alina Bárbara López,

die in den letzten Wochen wiederholt observiert, am 18. Juli festgenommen und für fünf Stunden festgehalten und verwarnt wurde. „Sie haben versucht, mir mit dem Verweis auf ein laufendes Verfahren mein Grundrecht auf friedlichen Protest zu nehmen“, ärgert sich López, die mehrfach gegen die staatliche Repression protestiert hat und inselweit bekannt ist.

In den letzten Monaten hat sie sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen ausgesprochen. 1.328 sind es der spanischen Nichtregierungsorganisation Prisoners Defenders zufolge. Im offiziellen Kuba wird deren Existenz negiert, auch wenn politische Gefangene immer wieder als Verhandlungsmasse bei den Konsultationen mit der Europäischen Union dienen. Das könnte auch in den laufenden Verhandlungen mit den USA passieren, die mehrfach die Freilassung der politischen Gefangenen eingefordert haben.

Bisher ohne jeden Erfolg. Ob sich das ändert, weiß Alina Bárbara López nicht. Sie weiß jedoch, dass die Staatssicherheit weiterhin gut ausgerüstet ist und dass deren Mitarbeiter und

Mitarbeiter:innen nach wie vor gut versorgt sind – aus eigener Anschauung. „Es scheint Reserven zu geben, ich habe noch nicht erlebt, dass es der Staatssicherheit an Benzin fehlt, bei Krankenwagen ist das oft der Fall“, sagt die unbequeme Frau. Ihre Tochter ist Ärztin, das sorgt für Einblick und oft auch für Wut über die Verteilung von knappen Ressourcen.

Dass es Rücklagen gibt, daran zweifeln weder Cuesta Morúa noch Iván García. Der Journalist, Korrespondent der in Miami erscheinenden Tageszeitung Diario Las Américas, vermutet, dass die Sparkonten der Regierung sich innerhalb des Firmengeflechts befinden, das sich unter dem Dach der Gaesa befindet. So heißt die militärisch geprägte Holding mit mehr als 60 Unternehmen, über die bis vor Kurzem rund 90 Prozent der Devisengeschäfte Kubas abgewickelt wurden.

„Über die Konten eines oder auch mehrerer der Unternehmen läuft die Versorgung des repressiven Apparats und es gibt viele Indizien, dass etliche hundert Millionen US-Dollar auf Konten in Panama und anderswo liegen“, so García. Er ist immer wieder ins Vi-

sier der Staatssicherheit geraten, hat Verhöre ertragen, sanften wie harten Druck und beobachtet derzeit, dass der Druck auf Blogger, Youtuber und Influencer beiderlei Geschlechts wieder größer wird.

„Ein Beispiel ist die 23-jährige Ana Sofia, eine Youtuberin aus Havanna, ein anderes sind die Jugendlichen aus Holguín, die unter dem Synonym C4tico aktiv sind, performen und kritisieren“, meint García. Er glaubt schon lange nicht mehr, dass die derzeitige politische Führung einen Dialog mit der Bevölkerung über die politische Zukunft der Insel führen will.

Allerdings weiß er, dass die Staatssicherheit derzeit anders agiert als noch vor vier, fünf Jahren. „Jeder Protest wird genau analysiert, Kameras werden ausgewertet, Mobiltelefone und mehr. Man geht nicht mehr gegen die Demo, die Protestierenden vor, sondern sucht sich die aktivsten, die Wortführer, Frauen wie Männer raus, die dann bedroht werden“, erklärt García das Prozedere. Das ist erfolgreich, bestätigt auch Manuel Cuesta Morúa.



schlagl_ch

Haben wir verloren?

Die Bewegung für palästinensische Rechte und Selbstbestimmung hat schmerzlich wenig erreicht. Darüber zu sprechen, ist kein Defätismus

Haben wir verloren? Die Frage mag anmaßend klingen. Denn wer, bitteschön, soll dieses Wir sein? Ich meine alle, die sich in den vergangenen drei Jahren bemüht haben, palästinensisches Leid in Deutschland sichtbarer zu machen, in der Hoffnung, dies werde Folgen haben, humanitär und politisch. Das ist die denkbar breiteste Definition. Dennoch soll sich hier niemand zwangsintegriert fühlen. Meine Überlegungen sind das Resultat einer gewissen Verzweiflung – und vielleicht kann eine nüchterne Bilanz dazu beitragen, Auswege zu finden.

Die Bewegung für palästinensische Rechte und Selbstbestimmung hat schmerzlich wenig erreicht. Darüber zu sprechen, ist kein Defätismus. Und ob sich gewisse andere dabei die Hände reiben, interessiert mich nicht. Wir haben das gesellschaftliche Bewusstsein verändern können, aber nicht das Handeln der politischen Klasse. Und

Erschöpft sich die deutsche Zivilisiertheit in der braven Nicht-Erregung?

vieles ist statt besser schlimmer geworden. Die Menschen in Gaza verbringen nun schon den dritten Sommer in offenen Zelten, umgeben von Trümmern und Unrat, zusammengedrängt auf einem Drittel ihres einstigen Territoriums. Israel verweigert alles, was Erleichterung verschaffen könnte, und die deutsche Politik steht – grosso modo – an Israels Seite.

Die Mehrheit der Deutschen lehnt Israels Unrechtspolitik ab, ein passiver Dissens, ohne Bewusstsein für die deutsche – und damit die eigene – Mitverantwortung. Die Zahl prominenter Stimmen, die das Massensterben und die Strangulierung palästinensischen Lebens als Genozid verurteilen, ist kaum gestiegen, obwohl sich alle relevanten internationalen Menschenrechtsorganisationen nach und nach dem Befund Völkermord anschlossen.

In immer schnellerer Folge treffen alarmierende Aufrufe israelischer Menschenrechtsaktivisten ein, die mit den Worten beginnen: „Urgent call to the international community ...“ Jeder neue Appell, Siedlerterror und Armeegewalt im Westjordanland Einhalt zu gebieten, fällt wie Flaschenpost in ein Meer der Teilnahmslosigkeit. Als Deutsche, als Europäerin sitzt man da und schämt sich stellvertretend für die Untätigkeit derer, die handeln könnten. Statt die Nahostpolitik völkerrechtskonform neu auszurichten, wie es die Mehrzahl hiesiger Nahostexperten fordert, hat sich die Bundesregierung noch enger an ein zunehmend rechtsextrem agierendes Israel gebunden, durch große Rüstungsgeschäfte und den Cybersicherheitspakt. Die Bundesregierung trägt so zu jener Straflosigkeit bei, die Israel paradoxerweise zusätzliche Macht verleiht – für fortgesetzt neue Verstöße gegen internationales Recht. Damit ist Deutschland in einer Rolle, in die es gerade vor dem Hintergrund seiner Geschichte niemals hätte kommen dürfen.

Nach einem meiner Vorträge bedankte sich die Leiterin einer Bildungseinrichtung, weil es „so zivilisiert“ zugegangen sei – niemand hatte geschrien oder den Saal verlassen. Erschöpft sich in der braven Nicht-Erregung deutsche Zivilisiertheit? Das liberale Establishment liebt die Sekundärtugenden, wenn es eigentlich um die Primärtugend, die ethische Substanz eigenen Handelns geht. Am schwersten zu ertragen ist die dreist auftretende Deutsch-Dummheit, wie jüngst in Gestalt der CDU-Generalin Franziska Hoppermann, die ohne jegliche Expertise in der Sache trötet, für ihre Partei existiere kein Völkermord in Gaza. Die Dummstreichen können einfach losbehaupten, sie ficht kein Zweifel an, denn sie spüren nicht, wie klein sie selbst sind gegenüber der Größe des Leids, über das sie wegschwadronieren.

Anstatt zu fragen, ob wir verloren haben, wäre es vielleicht besser zu fragen, was verloren hat, was auf der Strecke geblieben ist? Bei mir ist es die Hoffnung in ein Minimum an Humanität. Binnen dreier Jahre durften gerade einmal zwei – in Worten zwei! – schwerverletzte Kinder aus Gaza zur Behandlung in Deutschland einreisen. Mehr würden, ach, unsere Sicherheit gefährden. Was tun wir uns an mit dieser Vorstellung von Sicherheit? Die moralische Selbstbeschädigung, über die ich immer wieder geschrieben habe – sie bekümmert einfach nicht.

Verloren ging das Vertrauen in die Wirkung des Wortes. Bedrückender als ein durch Cancelln erzwungenes Schweigen ist mittlerweile das folgenlose Sprechen. Ein Schwall von Plädoyers, Dokumentationen, Berichten, Videos, Podcasts ergießt sich Woche für Woche, prallt gegen eine unsichtbare Barriere – und versickert. „Niemals waren wir sichtbarer, lesbarer, gegenwärtiger im Diskurs der Welt. Und doch geht die Vernichtung weiter“, schreibt der palästinensische Intellektuelle Abdaljawad Omar. „Bei westlichen Institutionen hat das Ausmaß an Beweisen nicht etwa eine Krise des Gewissens bewirkt, sondern im Gegenteil Übersättigung und den Wunsch, dies alles hinter sich zu lassen.“

Gewiss: In den vergangenen drei Jahren sind zahllose gute Initiativen, Projekte und Bündnisse entstanden, die gleiche Rechte für alle in Israel-Palästina zusammendenken und eine Erinnerungskultur jenseits der autoritären Staatsraison erschaffen. Solche Prozesse haben ihren eigenen Wert. Doch ab welchem Grad an politischer Wirkungslosigkeit ist die Grenze zur reinen Selbsttröstung überschritten? Tröstung darin zu finden, dass man sich der eigenen Humanität versichert, ist nicht verwerflich. Nur hilft es der Mutter in den Trümmern von Gaza wenig.

Haben wir Fehler gemacht? Gewiss. Die Bewegung war, bitte ankreuzen, zu radikal, zu zahm, zu laut, zu leise, zu zersplittert ... Aber keine dieser Schwächen, kein Versäumnis war entscheidend für die deprimierende Bilanz von so viel Bemühen. Entscheidend war und ist die Liturgie der Verweigerung und der Gewissenlosigkeit auf Seiten jener, an die wir appellierten. Was daraus folgt? In Mut- und Tatenlosigkeit zu versinken, ist keine Option. Aber es scheint Zeit für einen kollektiven Reflexionsprozess und für neue Strategien.



Charlotte Wiedemann ist Autorin in Berlin, viele Jahre mit dem Schwerpunkt Islamische Lebenswelten. Zuletzt erschien „Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis“ (Propyläen).

Schlagloch-Vorschau: 19. 8. Mathias Greffrath 26. 8. Gilda Sahebi 2. 9. Georg Diez 9. 9. Robert Misik 16. 9. Georg Seeßlen

Rainer Rutz über CDU und Linke in Sachsen-Anhalt

Niemand will eine Koalition bauen

Die CDU in Sachsen-Anhalt hat den Schuss immer noch nicht gehört. Eine „Koalition oder andere Form der Zusammenarbeit“ mit der Linkspartei lehne man kategorisch ab, erklärte jetzt erneut der sachsen-anhaltische CDU-Fraktionschef. Nach der Landtagswahl am 6. September werde sich seine Partei auf „keine Kompromisse“ einlassen. Stattdessen werde es „fünf Jahre CDU pur“ geben.

Kleiner Servicehinweis: Vier Wochen vor der Wahl liegt die so pure CDU von Ministerpräsident Sven Schulze in Umfragen bei 22 Prozent und damit 20 Punkte hinter der gesichert rechtsextremen AfD. Es sieht also ohnehin düster aus. Sicher ist aber, dass es selbst im günstigsten Fall ohne die Linken keine demokratischen Mehrheiten geben wird.

Nichts anderes hat Bundestagsvize Bodo Ramelow zuvor festgestellt, als er für eine Kooperation von Linkspartei und CDU in Magdeburg plädierte. „Wer Schaden vom Land Sachsen-Anhalt abwenden will, der muss in der Lage sein, über Parteigrenzen hinweg miteinander zu reden“, sagte der Linken-Realo.

Vermutlich wird es nicht lange dauern, bis jetzt auch die Fraktion Fundamentallopposition in Ramelows eigener Partei zornig mit dem Fußchen aufstampft. Jene Strömungen, die auf dem letzten Bundesparteitag der Linken einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der CDU durchdrücken wollten. Weil: CDU gleich AfD gleich Faschismus. Und überhaupt: Was ist eigentlich mit Palästina?

Was in der Debatte untergeht: Niemand will ernsthaft eine Koalition. Es geht in Sachsen-Anhalt allenfalls um eine CDU-geführte Minderheitsregierung, die von der möglicherweise einzig verbliebenen Oppositionskraft im demokratischen Lager, eben der Linken, toleriert wird. Minderheitsregierungen sind keine Ideallösungen. Das Regieren wird dadurch nicht leichter, wie die sich seit Jahren ohne eigene Mehrheiten durchwurstelnden Koalitionen in Sachsen und Thüringen zeigen. Hier läuft faktisch nichts ohne Kompromisse. Doch Demokratie lebt von Kompromissen, auch schmerzhaften. Politiker:innen, die das nicht begreifen wollen, sollten ihre Berufswahl noch einmal überdenken.

Barbara Ortel über den Wahlausschluss von Jabloko in Russland

Zu gefährlich für Putin

Wer hätte das gedacht: Die liberale russische Partei Jabloko darf bei den Wahlen zur Staatsduma im September nicht antreten. Das Fallbeil niedergehen ließ der vorsitzende Richter des Verfahrens beim obersten Gericht Wjatscheslaw Kirilow – stets zu Diensten, wenn es darum geht, Kritiker*innen der Politik des Kreml kaltzustellen.

Das „Sündenregister“ von Jabloko ist sattsam bekannt: illegale Finanzierung aus dem Ausland, Extremismus, Unregelmäßigkeiten in den Unterlagen der Kandidat*innen sowie Unterstützung der LGBTQIA+Community. Vor allem dürfte jedoch ihre Position zu Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine der Partei den Garaus gemacht haben: Jabloko tritt für ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen ein und sagt öffentlich, was immer mehr Menschen in Russland nollens volens zur Kenntnis nehmen müssen: dass Wladimir Putins sogenannte militärische Spezialoperation auch ihr Land in den Abgrund führt.

Als die Zentrale Wahlkommission Jabloko im Juli überraschend zur Wahl zuließ, rätselten viele Beobachter*innen

über das Warum: Um einen Testballon steigen zu lassen? Um dem Urnengang, der diesen Namen nicht verdient, einen pseudodemokratischen Anstrich zu verpassen? Schöner scheitern lassen, lautete Putins Motto in der Vergangenheit: Seit 2003 blieb Jabloko offiziellen Angaben zufolge stets unter der Fünfprozenthürde. Doch das ist angesichts des wachsenden Zulaufs seit der Zulassung zur Wahl vor allem junger Menschen dieses Mal offensichtlich keine Option.

Ein weiterer Grund, warum der Kreml bei Jabloko nun doch den Stecker gezogen hat, könnten die Spekulationen über einen Konflikt zwischen der Präsidialverwaltung und dem Geheimdienst FSB sein, die sich beide um die Wahlen „kümmern“. Ob da etwas dran ist und was das für die Zukunft bedeuten könnte, bleibt vorerst offen.

Vertreter*innen von Jabloko haben angekündigt, gegen das Urteil vom Montagabend in Berufung gehen zu wollen. Diesen Schritt, so verständlich er auch sein mag, könnten sie sich eigentlich sparen. Denn positive Überraschungen sind im Drehbuch von Wladimir Putin nicht vorgesehen.

Susanne Schwarz über die E-Auto-Prämie

E-Mobilität weiter fördern!

Es gibt nicht viel, für das man Schwarz-Rot loben kann, erst recht nicht in der Klimapolitik. Die E-Auto-Prämie ist aber so ein Fall. Die Ampel-Regierung hatte sie abgeschafft, die E-Auto-Zulassungen krachten zusammen, die aktuelle Regierung führte zu Jahresbeginn wieder eine Zahlung ein. Dass jetzt diskutiert wird, sie wieder zu streichen, ist ein Fehler.

Im Juli waren fast 30 Prozent aller Neuwagen in Deutschland vollelektrisch. Der Ökonom und Mobilitätsexperte Ferdinand Dudenhöffer zweifelt angesichts der Absatzzahlen nun am Sinn der Förderung. Dudenhöffer steht nun wirklich nicht im Verdacht, der Elektromobilität Schaden zu wollen, vielmehr ist er ein langjähriger Verfechter. Er sorgt sich eher um das Steuergeld und dass die Prämie ausländische Unternehmen statt die kriselnde deutsche Branche begünstige.

Das stimmt zwar – ist aber sogar ein positives Symptom der sozial gestaffelten Prämie. Fast die Hälfte der Bewilligungen entfällt auf Haushalte mit einem zu versteuernden Einkommen von bis zu 45.000 Euro. Diese Personen

entscheiden sich tendenziell für kleine E-Autos, wie es sie vor allem von chinesischen Anbietern gibt. Ihnen macht die Prämie die Elektromobilität erst zugänglich.

Die deutschen Hersteller haben das Segment verpennt. Das ist ein Problem für den Industriestandort und für die Menschen, deren Arbeitsplätze in einer lange sicher geglaubten Branche nun auf dem Spiel stehen. Fürs Klima aber ist es egal, aus welchem Land ein E-Auto kommt. Relevant ist, dass es kein Verbrenner ist.

Die Kehrseite: Die bislang meistgeförderte Marke ist Tesla. Es ist davon auszugehen, dass deren Käufer*innen dieses Geld nicht gebraucht hätten. Ist das Verschwendung von Steuergeldern? Vielleicht.

Trotzdem gibt es viel wichtigere Baustellen. Der Staat finanziert klimaschädliche Zwecke wie etwa das Diesel-Privileg mit rund 65 Milliarden Euro im Jahr, unter Schwarz-Rot dürfte es noch mehr werden. Dort sollte die Regierung sparen, bevor sie jeden halbwegs klimafreundlichen Euro doppelt und dreifach umdreht.

taz

reisen

in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



Foto: Christian Charisius, dpa

FINNLAND + ESTLAND

In beiden Grenzländern zu Russland wird der Ukraine-Krieg als eigene Bedrohung gesehen. Unsere neue Reise erkundet: wie stellen sich die Menschen darauf ein, wie reagieren Zivilgesellschaft und Politik?

27. August bis 5. September 2026
ab 2.280 €



Ganz so wie Friedrich Merz es will

Entgegen dem gängigen Klischee gehen immer mehr junge Erwachsene einer Beschäftigung nach. Wie schön: Die Politik der Bundesregierung wirkt

Von Leon Holly

Die Gen Z hat einen Grund, sich zu freuen. In der Achtung des Bundeskanzlers dürfte sie in den letzten Jahren gestiegen sein. Um 7,1 Prozentpunkte zwischen 2015 und 2025, um genau zu sein. So groß ist laut einer Auswertung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Anstieg die Erwerbsquote unter den 20- bis 24-Jährigen. Und wir wissen ja, dass nichts Friedrich Merz so sehr freut wie tatkräftiges Engagement auf dem Arbeitsmarkt.

So fanden die Forscher heraus, dass fast 77 Prozent der jungen Erwachsenen einer Beschäftigung nachgehen. Bemerkenswert ist auch, dass die Erwerbsquote trotz schwacher Konjunktur seit 2023 noch mal um 0,9 Prozentpunkte gestiegen ist.

Laut den Autoren der Studie arbeiten die jungen Menschen überdurchschnittlich oft im Handel und in der Gastronomie – typische Studienjobs. „Arbeit ist nicht nur eine Unterbrechung der Freizeit“, sagte Merz Anfang 2025 im Wahlkampf. Und die Studis der Gen Z finden diese Erfüllung offenbar auch immer mehr abseits der Hörsäle ihrer Unis und Hochschulen.

Wie trefflich also, wenn die Volkswirtschaft den orientierungslosen Jungen auf die Sprünge hilft. Steigende Mieten und Lebenshaltungskosten sind nicht allein eine Umverteilung von unten nach oben. Sie sind auch ein Anreiz, sich als tätiger Mensch selbst zu verwirklichen.

In der nationalen Kraftanstrengung darf man es mit den Fakten nicht zu eng sehen. Wenn der Bundeskanzler im Sommerinterview des ZDF darauf hinweist, dass die Schweizer 200 Stunden mehr arbeiten als die faulen Deutschen, dann muss man nicht – wie der Journalist Mau-

rice Höfgen – darauf rumreiten, dass die OECD-Studie, auf die sich Merz beruft, explizit nicht für Ländervergleiche gedacht ist. Oder dass Länder wie Kolumbien und Mexiko, in denen am meisten und fast doppelt so viel gearbeitet wird wie in Deutschland, dadurch nicht gleich doppelt so reich sind, weil Arbeitszeit nicht das Gleiche ist wie Produktivität.

Nein, man muss den Fokus auf das Mindset bewahren – und sich nicht durch Forderungen nach einem Konjunkturprogramm aus dem Konzept bringen lassen. Denn öffentliches Geld ist aktuell eben vor allem für eine Branche da, und das ist die Rüstungsindustrie.

Während die Regierung in den kommenden vier Jahren 607 Milli-

Wieso Lifestyle-Teilzeit-Studis Geld geben, wenn man damit auch Waffenfabrikanten alimentieren kann?

arden Euro für Kriegsgerät ausgeben will, müssen die Studierenden noch bis zum Sommersemester 2029 auf ihre Erhöhung der Bafögsätze auf Grundsicherungsniveau warten. Auch die Zahl junger Menschen, die die staatliche Ausbildungsförderung beziehen, ist auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren.

Das dürfen die Jungen ruhig als weiteren Ansporn verstehen. Wieso müßigen Lifestyle-Teilzeit-Studis mehr Geld geben, wenn man damit auch Waffenfabrikanten alimentieren kann? Jene Konzerne wie Rheinmetall, bei denen auf Rüstungsmessen schon mittags der Champagner fließt. Und wer weiß: Vielleicht springt ja dort – oder bei einem der sympathischen neuen Drohnen-Start-ups – der nächste Nebenjob raus.

Mit Freude bei der Arbeit: Zwei Azubis in einem Bäckereibetrieb Foto: Georg Ulrich Dostmann/ERZ-Foto/imag

Keine Wallfahrtsorte

Der Attentäter des CSD wurde in Berlin bestattet. Wie gehen andere deutsche Städte mit der Tatsache um, dass auch Mörder beigesetzt werden müssen?

Von **Marlene Thaler**

Am 4. August wurde Abdul B. auf dem Landschaftsfriedhof Gatow im Berliner Bezirk Spandau beige­setzt, „im sehr kleinen Familien­kreis ohne Öffentlichkeit“, wie Jörn Iffländer, Pressesprecher der Poli­zei Berlin, der taz sagte.

Abdul B. ist der Attentäter, der am 25. Juli 2026 auf dem Berliner CSD eine Frau tötete und 31 Perso­nen verletzte. Bei der Toten han­delt es sich um eine Mutter aus Polen, die mit ihrer Tochter in Berlin war. Einen Tag nach dem Anschlag erschoss die Polizei Abdul B. bei ei­nem Einsatz. Zur Begründung führt sie an, dass Abdul B. sie mit einer Stichwaffe bedroht habe.

Im Januar dieses Jahres hatte das Landeskriminalamt Abdul B. als islamistischen Gefährder ein­gestuft. Bei seiner Beerdigung am Dienstag waren 190 Einsatzkräfte der Polizei vor Ort, sagt Iffländer. Die Friedhofsverwaltung habe die Polizei gebeten, das Hausrecht zu wahren, also zu entscheiden, wer

das Gelände betreten darf. Diese und andere Bestattungen sollten dadurch störungsfrei und pietät­voll ablaufen.

Der Friedhof in Gatow wurde 1982 eröffnet. Seit 37 Jahren fin­den dort auch Bestattungen nach islamischem Ritus statt. Laut Be­zirksamt Berlin-Spandau wurden hier mittlerweile etwa 9.000 Mus­lime beige­setzt. Auch die Erdbestat­tung von Abdul B. habe nach isla­mischem Ritus stattgefunden. Ein Bestattungsunternehmen habe die Beisetzung von Abdul B. beim Be­zirksamt angemeldet. Das Amt habe dann geprüft, ob es die Bestattung in Spandau ablehnen könne. Das wäre rechtlich nur möglich ge­wesen, wenn der Friedhof keine Ka­pa­zitäten mehr für die Beisetzung ge­habt hätte. Der Bezirk habe dann die Beisetzung auf den engsten Kreis der Angehörigen beschränkt.

„Das Bezirksamt wollte vermei­den, dass das Grab von Abdul B. zu einem Ort des Anstoßes auf dem Friedhof wird“, hieß es von einem Sprecher.

Gleichzeitig wies er darauf hin, dass jede Leiche bestattet werden muss. Das schreibt das Berliner Be­stattungs­gesetz in Paragraf 15, Ab­satz 1 vor. Zudem sei es ein Grund­anliegen des Bezirks, Angehörigen einen möglichst würdevollen Ab­schied zu ermöglichen.

Den Landschaftsfriedhof Gatow umgibt Ackerland. Die Angehörigen

Das Amt habe dann geprüft, ob es die Bestattung in Spandau ablehnen könne

seien zum Schutz der Privatsphäre über einen Weg an das Grabfeld her­angeführt worden, der vielmehr für die Forst- und Landwirtschaft ge­dacht ist als für den allgemeinen Straßenverkehr. „Der Einsatz verlief ohne Zwischenfälle“, sagte der Polizeisprecher.

Auf dem Friedhof liegt auch Ha­tun Aynur Sürücü, der das Bezirk­sam­ Spandau erst in diesem Jahr ein Ehrengrab widmete. Die in Ber­lin geborene Sürücü war vor ihrer Zwangsehe in der Türkei zurück nach Deutschland geflohen, wo sie am 7. Februar 2005 von einem ihrer Brüder ermordet wurde.

Nachdem 2020 in Hanau ein At­tentat mit rechtsextremistischem Hintergrund verübt worden war, ging die Stadt anders mit der Bestat­tung des Attentäters um. Am 19. Fe­bruar 2020 ermordete der 43-jäh­rige Attentäter Tobias R. neun Men­schen mit Migrationshintergrund. Ein weiteres Opfer, Ibrahim Akkuş, starb im Januar 2026 an den Spät­folgen seiner schweren Verletzun­gen. Im Anschluss an den Anschlag brachte der Attentäter zudem seine Mutter um und beging Suizid.

Die Stadt Hanau ließ die Asche des Attentäters anonym auf See bestat­ten. Die Behörden hätten damit ver­hindern wollen, dass das Grab von Tobias R. geschändet oder von Rech­ten zur Pilgerstätte erkoren werde.

In Deutschland liegt es in der Hand der einzelnen Bundeslän­der, wie sie das Bestattungsgesetz auslegen. Auf Anfrage der taz, wie genau die Stadt Hanau zu der Ent­cheidung über die Beisetzung von Tobias R. kam, antwortet der Ober­bürgermeister Claus Kaminsky in­direkt.

Er zählt die Namen der Mord­opfer auf, die bei dem Attentat noch am selben Tag ums Leben gekommen sind: Gökhan Gülte­kin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Has­hemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili-Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Ka­loyan Velkov. „Bis heute wirkt das rassistische Attentat in der Stadtge­sellschaft nach und das wird noch viele Jahrzehnte so sein, beson­ders für die Angehörigen der Op­fer“, sagt Kaminsky.

Um einen historischen Fall des Umgangs mit der Beisetzung von Menschenfeinden aufzugreifen, ein Anruf im fränkischen Wunsiedel.

„Bis vor drei Jahren hatten wir den 3. Weg hier“, sagt Peter Bauer, geschäftsführender Pfarrer auf dem Friedhof Wunsiedel. Dort lag bis 2011 das Grab von Rudolf Heß, des Stellvertreters von Adolf Hit­ler. Nach dem Zweiten Weltkrieg saß er im Berliner Kriegsverbre­chergefängnis Spandau, bis er sich am 17. August 1987 das Leben nahm. Noch im selben Jahr wurde der Massenmörder Heß auf dem Friedhof Wunsiedel in Bayern bei­gesetzt.

In seinem Testament hatte er sich gewünscht, im Familiengrab seiner Eltern zu liegen, die in der bayeri­schen Stadt ein Ferienhaus beses­sen hatten. „Der Friedhof gehört der Kirchengemeinde und der Kirchen­vorstand hat der Beisetzung damals zugestimmt“, sagt Bauer. Sein Grab wurde ab 1987 zum Wallfahrtsort für Neonazis.

Im Jahr 2011 lief der Pachtvertrag des Grabes aus. Laut Bauer wollte der Kirchenvorstand keine Aufmärsche von Neonazis mehr auf seinem Friedhof haben. Der Vorstand habe mit den Kindern von Heß abgespro­chen, die Knochen von Heß zu ver­brennen und die Asche im Meer zu verstreuen.

Damit seien die Märsche jedoch nicht so schnell vorbei gewesen. „Dafür, dass die Neonazis seltener aufmarschiert sind, ist vor allem das zivilgesellschaftliche Netzwerk Wunsiedel ist bunt verantwortlich, das auch Gegendemonstrationen veranstaltete“, sagt Bauer. Erst seit 2023 seien die Aufmärsche der Neonazis ausgeblieben.

Eine Anfrage der taz an das Be­zirksamt Spandau, wie es vermei­den möchte, dass Abdul B. an sei­nem Grab gefeiert wird, blieb bis Re­daktionsschluss unbeantwortet.

Ein bewusster Ort der Erinnerung statt einem Wallfahrtsort für den Täter
Foto: Soeren Stache/dpa



Fabian Schroer
Freidrehen

Protziges Paris

Ich kann mir schöne Gebäude nicht lange angucken. Ich frage mich irgendwann, wer sie gebaut hat und woher die Steine kamen“, sagt J., mit ihren gebräunten Beinen auf der Kai­mauer. Früher Abend am Canal Saint-Martin im 10. Arrondissement der fran­zösischen Hauptstadt. Vor den Stra­ßencafés quetschen sich die schönen Menschen auf bunte Rattanstühle. Auf einer Brücke spielt jemand einen Swing

von Django Reinhardt und alles schreit laut Klischee in den königsblauen Him­mel.

Ich bin für einen Sprachkurs in Pa­ris. Das letzte Mal war ich vor vielen Jahren hier, erinnere mich noch an das Hotelzimmer, in dem wir rauchen durften und an die Menschen in arabischen Gewändern an der Rezeption. Ob es das Hotel noch gibt, weiß ich nicht. Und auch wenn heute alles zu teuer und schick ist, muss ich zugeben, dass die Stadt wirklich so male­risch aussieht wie auf den Postkarten, wie Van Goghs Sternenhimmel über der Seine im Film „Midnight in Paris“ von Woody Allen.

Und überall stöhnt der Geist von Be­freiung und Aufklärung. Meine kleine Wohnung ist nicht weit von der Place de la Bastille entfernt, wo am 14. Juli 1789 die gleichnamige Festung von Re­volutionären gestürmt wurde – der Tag, der das moderne Frankreich ein­

läutete, heute Nationalfeiertag. Sogar das runtergerockte Café mit den übli­chen Schnapsnasen an der Ecke heißt Liberté.

Doch wie ich damals in der Uni in den komplizierten Texten Saïds, Spi­vaks und Fanons lernen durfte, sollte ich dem allen lieber nicht trauen. Der langjährige Wahlpariser Achille Mbembe mahnte immer wieder die „Nachseite“ der europäischen Mo­derne an, die Kolonisierten und Skla­ven, die auf den Plantagen der Periphe­rie des Imperiums die bürgerliche Frei­heit im Zentrum erschufeten.

Denn das Leben der französischen Arbeiter:innen, die den Pariser Prunk erbauten, änderte sich auch nach dem Fall des Ancien Régime, das sie bis aufs Blut besteuert hatte, kaum. Erst unter Napoleon III. begann man, ihnen Zuge­stände zu machen – und die Aus­beutung nach Afrika und in die Kari­bik auszulagern.

Im formal dekolonisierten Heute haben sich, wie Mbembe sagt, Plan­tage und Kolonie ironischerweise ver­lagert „und ihre Zelte direkt hier, vor den Stadtmauern (in den Banlieues) aufgeschlagen“. Verlässt man das auf­geräumte Paris, wo sich die Spitzenver­dienenden tummeln, Richtung Norden, schließen sich nahtlos die zugemüllten Straßen des bitterarmen Saint-Denis an. Fast alle hier haben eine Migrati­onsgeschichte, jeder dritte ist nicht in Frankreich geboren.

Klar, auch das Paris von heute ist multikultureller als je zuvor. Doch noch immer dürfen nur die mit dem nöti­gen Kleingeld rein ins Innere. Und es sind die Kindeskin der Kolonisierten, die auf den Gerüsten die majestä­sischen Fassaden bepinseln.

Manchmal frage ich mich: Was ma­che ich als Europäer aus all der Dekon­struktion? Was kommt, wenn ich die Machtstrukturen hinter dem Pomp,

den hippen Restaurants und den brei­ten Fahrradwegen erkannt habe? Es ist kompliziert, würde Mbembe viel­leicht sagen. Für offene Grenzen und freie Passage einzutreten, wäre für ihn wohl ein Anfang.

M., der Chilene, in dessen Wohnung ich tauschweise wohnen darf, hat mir ein PDF mit dem Titel „Le Parisien“ ge­schickt, in dem er mir die besten Crois­sants im Viertel ans Herz legt und vor der bösen Katze im Hinterhof warnt, die durchs Badezimmerfenster ein­steigt und in die Wohnung uriniert. Er empfiehlt auch ein hervorragendes Bis­tro direkt um die Ecke.

Falls das zu teuer sein sollte, könne ich auch eine der Bouillons ausprobie­ren, alteingesessene Ess- und Trinkhal­len, die günstig deftige Gerichte ser­vieren, von der Küche der Arbeiter:in­nenklasse inspiriert – „aus Zeiten, als sie noch in Paris wohnen durfte“. M. erlaubt sich kleine Scherze.



Geister, die durch Bangkok driften

Im Spielfilm „Funeral Casino Blues“ wählt der Regisseur Roderick Warich einen formbewussten, offenen Ansatz. Assoziationen gehen bei ihm vor Action

Von Jens Balkenborg

Sie sind nicht (mehr) dort, wo wir sind. Und doch sind sie nicht weg, sie schimmern durch die Realität hindurch, hinterlassen, ob verstorben, verschwunden oder immer schon imaginiert, ihre Spuren und begleiten uns und vor allem unsere Gedankenwelt: die Geister. Im deutschen Kino geraten sie dank eines Filmemachers wie Christian Petzold nicht in Vergessenheit. Wie kein Zweiter hat der der Berliner Schule zugerechnete Regisseur von metaphorischen Geistern und lebendigen Gespenstern erzählt.

Auch Roderick Warich findet in seinem inhaltlich wie formal produktiv mäanderndem Film „Funeral Casino Blues“ einen ganz eigenen Zugang zum Geisterhaften. Sein Film, der gleich einer nächtlichen Elegie in die neonlichtgetränkte thailändische Hauptstadt Bangkok eintaucht, erzählt von (ökonomischen) Getriebenen, von der Anonymität im urbanen Turbokapitalismus und vom Verschwinden und kommt dabei selbst als Geist daher: Der Film ist schwer zu fassen und doch total faszinierend.

Die Geschichte entzündet sich, und das hat etwas Augenzwinkerndes, an der Suche nach Feuer. Als Wason (Wason Dokkathum) in dem Apartmenthaus, in dem er lebt, an der Rezeption auf Jen (Jutamat Lamoon) trifft, reicht die junge Frau hinter der Rezeption ihm Streichhölzer – ein Moment, in dem die Zeit kurz stillzustehen scheint. Jen arbeitet in dem Hotel und trifft sich als bezahlte Teilzeitfreundin vor allem mit „Farang“, wie die westlichen Ausländer in Thailand genannt werden. Mit dem eingenommenen Geld unterstützt sie ihre auf dem Land lebende Familie.

Nachdem Barkeeper Wason ihr bei einem übergriffigen Typen zur Hilfe kommt, kommen die beiden sich näher und Wason fährt Jen fortan zu ihren Dates. Verbunden sind sie auch durch den finanziellen Druck, denn Wason hat Schulden bei einem zwielichtigen Typen. Was genau das für eine Beziehung zwischen den beiden ist, macht „Funeral Casino Blues“ dennoch nie ganz konkret. Sie könnten auf dem Weg sein, ein Paar zu werden, und zugleich wirkt Wason, wenn er Jen mit seinem Motorrad durch die Nacht fährt, auch wie ein großer Bruder.

Vieles bleibt in der Schwebe in diesem Film, der nicht klassisch plotgetrieben oder psychologisch gedacht ist, sondern von der Form, den Bildern und Stimmungen her. Sein Film sei allerdings, erzählt Roderick Warich bei der Weltpremiere in der Sektion Orizzonti auf dem Filmfest in Venedig, sehr „clean“ gebaut. „Wir versuchen im Schnitt zu verstecken, dass wir Plotpunkte setzen. Das hat ein bisschen was mit meinem Robert-Altman-Einfluss zu tun: in der Peripherie zu existieren und ein bisschen vor sich hin zu schwimmen“, meint der Regisseur.

Der 1983 in Köln geborene Warich hat in Ludwigsburg Drehbuch studiert und bereits sein Regiedebüt „2557“ in Bangkok gedreht. Bekannt geworden ist er als Co-Autor für Timm Krögers Debüt „Zerrumpelt Herz“ und dessen retrobewusstes Multiversumspektakel „Die Theorie von Allem“, das im Wettbewerb von Venedig Premiere feierte. Auch an Sandra Wollners Drehbuch zu „The Trouble with Being Born“ hat er mitgeschrieben, bei ihrem letzten Film „Everytime“, der in Cannes mit dem Hauptpreis der Sektion „Un Certain Regard“ geehrt wurde und

letzte Woche startete, war er als dramaturgische Beratung beteiligt.

Warich, Wollner und Kröger sind gemeinsam mit Produzentin Viktoria Stolpe Teil der 2018 gegründeten Produktionsfirma „The Barricades“ – quasi als Gefäß, in dem das Kollektiv agiert. Alle haben in Ludwigsburg studiert und unterstützen einander seit Jahren bei ihren Arbeiten.

„Durch unsere Zusammenarbeit haben wir gemerkt, dass wir alle ähnliche Interessen haben“, erzählt Warich. „Vor allen Dingen sind wir daran interessiert, Film als audiovisuelles Medium zu verstehen und nicht als etwas, das nur an ein Drehbuch gebunden ist.“ Natürlich sei das Drehbuch als strukturgebendes Element wichtig, aber Film heiße eben auch: Musik, Bild, Licht, Atmosphären, Form. Sie alle stehen für einen formbewussten, offenen Ansatz, bei dem das Kino zur Assoziationsmaschine wird.

Seine Liebe für den Kontinent und das asiatische Kino teilt Warich mit seinem Freund und weiteren Co-Produzenten Dominik Rockenmaier, der viele Leute in Bangkok kennt und eine Beziehung dort führte. „Wir sind nach Thailand gefahren, weil wir beide große Hongkong-Film-Fans sind und etwas in Asien realisieren wollten“, erinnert sich der Regisseur an die Zeit vor seinem Debüt „2557“. „Wir haben mit Spucke und Kaugummi einen Film gemacht, der auf Festivals lief“, meint Warich.

Bei „Funeral Casino Blues“ war es die Geschichte selbst, die ihn erneut nach Bangkok brachte. Die Idee seines zweiten Films, der westliche Protagonisten komplett außen vor lässt und mit seiner Länge von zweieinhalb Stunden im Slow-Cinema-Modus für deutsche Ver-

hältnisse episch daherkommt, ist einem Bild entsprungen. „Es gab immer dieses Bild, ich weiß gar nicht, wo es herkommt, mit einem Mann, der eine Frau auf dem Motorrad zu Dates fährt“, erzählt Warich. Wobei sein Film ganz bewusst den darin impliziten Voyeurismus meidet und sogar umkehrt, wenn Jen später direkt in die Kamera schaut.

Die Grenzen zwischen Leben und Tod scheinen in „Funeral Casino Blues“ ausgehebelt

Als Inspirationsquellen für „Funeral Casino Blues“ nennt er die „Taiwanese New Wave“ und hier ganz besonders die Regisseure Hou Hsiao-hsien und Edward Yang. Auch Filme wie „Miami Vice“ oder das Kino Wong Kar-Wais und David Lynchs haben ihn stark beeinflusst, ihre Filme „In the Mood for Love“ und „Mulholland Drive“ sind für Warich mit das Beste von Anfang der 2000er Jahre.

Weitere Referenzen, vor allem für den von Retrosynthesizern dominierten musikalischen Teppich, waren Computer- und Playstationspiele und Animes. „Der Film sollte sich anfühlen wie ein dokumentarischer Anime mit Lynch-affiner Romantik, die ein bisschen dunkler und kaputt ist. Aber natürlich ist niemand Lynch außer Lynch.“

In seinen drei Kapiteln entwickelt „Funeral Casino Blues“ einen düster-ro-

mantischen Sog, ohne zu sehr ins Melodram zu kippen. Und auch wenn eine Waffe eine zentrale Rolle spielt und der Film Entwicklungen nimmt, die an eine Gangsterballade denken lassen, bleibt er doch durchweg in der Schwebe zwischen verschiedenen Genres. Das zentrale Motiv ist das Geisterhafte. „Es war von Anfang an klar, dass es um Geister gehen wird“, erzählt Warich.

Dieses Geisterhafte schreibt sich in die Figuren ein, die recht isoliert durch ihre Existenzen driften und nach und nach auch in die Schwarz-Weiß-Aufnahmen von Überwachungskameras, die den Film begleiten. Irgendwann bewegt sich auf einem solchen Überwachungsvideo ein gespenstischer Schatten durch Räume, Türen öffnen sich wie von Geisterhand. Spätestens mit Jens Verschwinden und der Suche von Wason und ihrer Mitbewohnerin Pim (Jutarat Burinok) sind die Spuren ihrer Abwesenheit überall. Was ist mit ihr passiert?

Gegen Ende scheinen die Grenzen zwischen Leben und Tod in „Funeral Casino Blues“ so konkret wie abstrakt ausgehebelt. Gibt es sie überhaupt? Oder sind die Figuren immer schon lebende Tote auf der Suche nach ein bisschen Glück? Wenn schließlich, wie zu Beginn, rötlich leuchtende Baumwipfel über die Leinwand ziehen und Moby's Song „My Weakness“ zu hören ist, fragt man sich: Was habe ich da gerade gesehen? Und das ist absolut als Kompliment zu verstehen.

„Funeral Casino Blues“.

Regie: Roderick Warich. Mit Jutamat Lamoon, Wason Dokkathum u. a. Deutschland 2025, 153 Min.

Lebendig oder doch nicht?
In „Funeral Casino Blues“ weiß man das nicht so genau
Foto: eksyent

szene

Eingehüllt in fremdes Bettzeug

Das war aufregend! Wie so oft in den letzten Monaten saß ich neu-lich wieder im Nachtzug von Österreich nach Berlin. Diese Strecke habe ich in meinem Leben wohl schon Hunderte Male zurückgelegt, und meist trägt sie jene eigen-tümliche Romantik in sich, die dem Unspektakulären inne-wohnt – ruhig, gleichmäßig, fast schon vertraut. Meistens.

Doch es gab auch Nächte, in denen mich der Schlaf abrupt verließ. Wie jenes eine Mal, als wir ohne rechte Erklärung auf-gefordert wurden, den Zug zu verlassen, um mitten im win-terlichen Tschchien in einen bereitstehenden Bus umzu-steigen. Ich trug noch meinen Schlafanzug, warf nur hastig den dicken Wintermantel da-rüber, griff nach meinen Sa-chen und reihte mich in die verwirrte Menge ein, die in die Dunkelheit hinaus einem Bus entgegengelotst wurde.

Auf meinem Handy ver-folgte ich unsere Route, ohne zu wissen, wohin man uns brachte. Es hatte etwas Ge-spenstisches. Am Ende be-stiegen wir einen Zug, der, aus Berlin kommend, wegen einer gesperrten Strecke nicht hatte weiterfahren können. Eingehüllt in das bereits benutzte Bettzeug fremder Menschen, fuhren wir mit ebenjenem Zug wieder gen Berlin zurück – während die eigentlichen Fahrgäste unseren, aus Wien kommenden Zug bestiegen.

Auch die Fahrt vor weni-gen Tagen endete mit einem nächtlichen Umstieg, dies-mal jedoch nur um einige Waggons versetzt. Die Klima-anlage war ausgefallen. Nach langem Gezeter der Reisen-den und ratlosem Achselzuck-en des Bahnpersonals fiel schließlich die Entscheidung: Eine Weiterfahrt bei 35 Grad ohne Kühlung sei zu riskant. Also schnürten wir unsere Sa-chen samt Bettzeug und wech-selten den Wagen: ein stiller Abstieg vom Liege- zum Sitz-platz. Kaum hatten wir uns dort eingerichtet, hieß es, die Klimaanlage funktioniere nun doch wieder. Ob sie aber halten würde, blieb ungewiss – und mit ihr die bange Frage, ob uns nicht bald ein weiterer Umzug bevorstünde.

Sophia Zessnik

Von Robert Mießner

Ortstermin im Mauerpark: Die Transitzone zwischen Prenzlauer Berg und Wed-ding liegt zwischen den Rui-nen des Großen Stadions im Friedrich-Ludwig-Jahn-Sport-park, das einem mit guten Ab-sichten verbrämnten Neubau weichen soll, dem Gelände des sonntäglichen Flohmarkts und einer alltäglichen Wohn-anlage. Wer durch die Oder-berger oder Schwedter Straße kommt, passiert vor der De-markationslinie Eberswalder Straße einen Erdbeeriosk. Wo die Bude steht, war von 1961 bis 1989 Weltende, zumin-dest das der nominalsozialis-tischen. Hinter dem Stadion begann das Grenzgebiet der Berliner Mauer. Die Wende-schleife der Straßenbahn er-innert bis heute daran.

Für den studierten Bild-hauer Wolfgang Krause lag in dem Dreistraßeneck die End-station „aller Zukunft und ge-sellschaftlichen Hoffnung“. In Berlin-Prenzlauer Berg lebt er seit DDR-Zeiten. 1991 hat Krause in der Oderber-ger Straße die Galerie o zwei gegründet, an deren Adresse jetzt eine Cafëbar namens „Kapital ist ein scheues Reh“ firmiert. Das Zitat wird gerne Karl Marx zugeschrieben, der es so nicht formuliert hat; der Laden heißt bei Kennern und Kunden kurz und bündig „Ka-pitalist“.

Wolfgang Krause hat die Verwandlung des Arbeiter-und Künstlerbezirks Prenz-lauer Berg in eine Kapitalan-lage erlebt. Mit Aktionen wie dem „Knochengeld“, einer be-zirkseigenen Schwundwäh-rung, oder „Schulschluss“ zur Schließung der Gustave-Eif-fel-Oberschule, deren Haus-nummer in der Kastanienallee jetzt die einer privaten Spra-chenschule ist, hat er interve-niert. Den Mauerpark aller-dings sieht Krause als Beispiel für eine „gelungene Transfor-mation von 1961/89 bis heute“.

Um diese These zu unter-mauern, haben er und sein Kompagnon Peter Müller 2025 das Kunstprojekt „Poller up“ initiiert. Der Fotograf Tho-mas Adebahr dokumentiert es. Ausgangspunkt sind die 40 grauen Zugangsbegrenzun-gen zwischen Hundauslauf und der Kneipe Mauerseg-ler. Ab dem 13. August bis in den Herbst werden nun fünf Künstler die Pfoften in Sockel für ihre Werke umwidmen. Die Künstlerin Silvia Lorenz, sie und Krause haben bereits mehrmals zusammengearbei-

tet, weist darauf hin, dass die Poller über die ideale Posta-menthöhe verfügen: „Auf dies-es komisch skulpturale Ele-ment will man einfach etwas draufsetzen“.

Lorenz hat sich der Hin-terlassenschaften und Rück-stände der Mauerparkwo-chenenden angenommen und die Verschlüsse von Schnaps-, Softdrink- und Champag-nerflaschen zu betrunken schwankenden Türmen for-miert. „All in“ greift die Form der Poller auf und treibt sie zum Kippunkt. „Marken ver-schwinden und neue tauchen auf“, sagt Lorenz, die seit Lan-gem in den Deckeln liest.

Viele der Arbeiten kommen in Popfarben daher und greifen historische wie aktuelle Warenästhetik auf

Katharina Lüdicke geht in ihrer Arbeit „Himmelschrau-ber“ ähnlich vor. Allerdings baut sie in den mittleren ihrer drei schiefen Recyclingtürme von Prenzlauer Berg das Re-gendach eines Grablichtes ein und setzt zum Abschluss ei-nen Tischtennisball darauf. Die drei fragilen Gebilde mö-gen sich in Richtung Firma-ment strecken, ob sie dort an-kommen, ist mehr als fraglich.

Viele der Arbeiten kommen in Popfarben daher und greifen historische wie aktuelle Warenästhetik auf. Daniela Gugg setzt mit „Mauser“ einen anderen Akzent. An die Rän-der eines braunen Tonkuchens aus der Erdschicht des Mauer-parks drapiert sie weiße Vogel-federn mit den Spitzen nach außen. „Mauser“ kann den re-gulären und erneuernden, an-dererseits schockartigen Fe-derverlust bei Vögeln meinen. An einem Ort wie dem Mau-erpark allerdings lässt Guggs Exponat an einen Wach- und Wehrturm denken und assozii-ert Abwehr und Verteidigung.

„Vom Todesstreifen zum Erdbeerengel“ möchte Wolf-gang Krause als Untertitel von „Poller up“ sehen. Aber auch eine seiner Arbeiten ist dop-peldeutig: „bienensicher“ sind sieben Glasflaschen mit Kor-ken in Erdbeeroptik. So wie sie da scheinbar aus einem Kübel ragen – tatsächlich sind alle der fragilen Arbeiten so fest



Katharina Lüdicke's „Himmelschrauber“ Foto: Thomas Adebahr

Vom Todesstreifen bis zum Erdbeerengel

Zum 65. Jahrestag des Berliner Mauerbaus werden im Zuge des Projekts „Poller up“ die 40 einstigen Zugangsbegrenzungen zu Sockeln für poppige Kunst

wie möglich auf umgedrehten weißen Dekorschalen fixiert –, könnte es sich auch um Molo-towcocktails handeln.

Angekündigt ist auch der Künstler Frank Diersch. Er hat hinter dem Mauerpark, in der Kopenhagener Straße, sein Atelier gehabt. Was Frank Diersch im Rahmen von „Pol-

ler up“ genau tun wird, über-legt der Zeichner und Radio-macher noch. Er weiß nur: „Es wird grenzwertig sein.“ In Wolfgang Krauses Projekt „da-heim“ hat Diersch mit einem Text des Schriftstellers Bert Papenfuß gearbeitet. Der Bau-soldat (als solcher konnte man in der DDR den Kriegsdienst

mit der Waffe verweigern) Pa-penfuß wusste, dass es zum Türenöffnen und Panzerkna-cken mehr als eine Pressekon-ferenz braucht.

„Poller up“: Vernissage 13. August, 15 Uhr, Mauerpark, Bernauer Straße 63, 13355 Berlin

Anzeige

TAZ THE RICH

Wenn sich immer mehr Macht in den Händen von Superreichen konzentriert, braucht es diejenigen, die ihnen auf die Finger schauen. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.



10x wochentaz für nur 10 Euro

Mo – Fr digital, samstags gedruckt



taz.de/abo

Vor seinem Tod dachte Roman Ratuschnyj an seine Familie, an seine Freunde, an sein geliebtes Kyjiw – und an einen Maulbeerbaum. Er sorgte sich um einen berühmten, zweihundert Jahre alten Baum im Hof des Gedenkhauses Taras Schewtschenko in der ukrainischen Hauptstadt. „Schewtschenko-Baum“ wird er auch genannt, weil er den wohl berühmtesten ukrainischen Dichter inspirierte und direkt an dessen einstigem Wohnort steht. Ratuschnyj wollte, dass der beschädigte Baum überlebt – auch für den Fall, dass er selbst nicht überlebt.

Roman Ratuschnyj setzte sich nicht nur für den Erhalt dieses Baums ein, er war einer der prominentesten Umweltschützer der Ukraine. Auf ihn ging eine Bürger*inneninitiative zurück, die den kleinen Stadtwald Protasiv Yar nahe dem zentralen Bahnhof Kyjiw-Passaschyrskij vor der Bebauung schützen sollte. Als der Immobilienkonzern Daytona Group LLC im Jahr 2019 an dieser Stelle drei 40-stöckige Gebäude errichten wollte und bereits Bauzäune aufgestellt hatte, gründete er die NGO Save Protasiv Yar. Zuvor hatte er als Demokratieaktivist Berühmtheit erlangt, bereits als 16-Jähriger protestierte er 2013 auf dem Euromaidan und wurde von Sicherheitskräften verprügelt. Direkt nach Beginn des russischen Angriffskriegs schloss er sich der ukrainischen Armee an. Am 9. Juni 2022 wurde er bei Isjum getötet. Heute ist eine Straße in Kyjiw nach ihm benannt, es gibt einen Comic über ihn, zahlreiche Ehrungen.

Protasiv Yar ist nicht vergessen, Roman Ratuschnyj ist nicht vergessen. Das liegt an Freund*innen, die seiner gedenken, vor allem aber an seiner Mutter, der Lyrikerin und Journalistin Svitlana Povalyaeva. Sie richtet an dem grünen Flecken mitten in Kyjiw einmal im Jahr ein Festival aus, bei dem Aktivist*innen, Künstler*innen und Intellektuelle zusammenkommen. Povalyaeva hat nicht nur Roman im Krieg verloren. Auch ihr ältester Sohn Vasyl Ratuschnyj starb im Februar 2025 bei Gefechten. Er hatte sich als Drohnenpilot den Streitkräften angeschlossen, war ebenfalls ein Aktivist. Das Festival soll an beide erinnern. Auch Vasyl Ratuschnyj ist nicht vergessen.

Hilft das Fest der Mutter, über die schrecklichen Verluste hinwegzukommen? „Überwinden lässt sich die Trauer, die der Verlust eines Kindes mit sich bringt, eher nicht, das ist nur eine Redewendung“, sagt sie im Zoom-Gespräch. „Die Trauer wird immer Teil deines Lebens sein. Ich habe



Eine Grünfläche für Roman Ratuschnyj

Der ukrainische Umweltaktivist Roman Ratuschnyj wurde im Krieg getötet. Mit einem Festival führen seine Familie und Freunde sein Engagement fort

Von **Jens Uthoff** und **Yelizaveta Landenberger**

keine Freunde, die nicht jemanden im Krieg verloren hätten. Und das hilft, wenn man so will. Die Trauer, das ist die neue Realität, in der alle Ukrainer derzeit leben.“ Der Preis, den man für die Freiheit zu zahlen habe, sei allen Ukrainer*innen schmerzlich bewusst.

Svitlana Povalyaeva setzt das Umweltengagement ihres Sohnes Roman fort, denn Protasiv Yar ist weiterhin von Bebauung bedroht. Ende Juni errang die Initiative aber einen wichtigen Sieg vor Gericht, der Oberste Gerichtshof stuft die Fläche als Naturschutzgebiet ein. Doch der juristische Streit könnte in die nächste Instanz weitergehen. Wenn es nach Povalyaeva geht, soll die Grünfläche ein Gedenkort bleiben. Einer, der für das Weiterleben, das Weiterwirken, das Wachsen steht. „Erinnerung bedeutet Handeln“, sagt die 52-Jährige, „wir in der Ukraine haben durch diesen Krieg gelernt, dass Erinnerung eigentlich etwas sehr Aktives ist.“ Es gehe darum, das Handeln des Verstorbenen fortzuführen,

Das Gebiet Protasiv Yar ist in der Ukraine vor allem als Skigebiet bekannt, es gibt dort kleinere Abfahrten und Skilifte. Zum Ursprung des Namens Protasiv Yar („Schlucht von Protas/Protasiv“) gibt es zwei Überlieferungen: Eine sagt, er gehe auf einen General Nikolai Protasov zurück, der das Land einst besaß; eine andere, er beziehe sich auf einen Hofbesitzer namens Protas, der einst dort lebte.

Die Vorgeschichte der Bebauung Protasiv Yars beginnt in den Nullerjahren. Der Kyjiwer Stadtrat hat damals einen Teil des etwa 30 Hektar großen Gebiets verpachtet, es sollte ein Wohn- und Gewerbekomplex entstehen. Seither wird um den Schutz des Gebiets gerichtlich gestritten. Die Umweltaktivist*innen um Roman Ratuschnyj wurden zu Beginn ihrer Initiative von Seiten der Bauherren massiv eingeschüchtert und bedroht. Im September 2019 griff einer der Wachleute laut der ukrainischen Antikorruptions-NGO AntAC die zuständige Gemeindekordinatorin auf der Baustelle körperlich an, sie erlitt eine Gehirnerschütterung und eine Kieferverletzung.

Nach dem Tod Roman Ratuschnyjs wurde „Save Protasiv Yar“ auch vom Kyjiwer Stadtrat und von Bürgermeister Vitaly Klitschko unterstützt, der sonst eher als Freund der Immobilienwirtschaft bekannt ist. „Die Schaffung des Naturschutzgebiets ist eine Hommage an das Andenken an Roman Ratuschnyj und ein Beweis dafür, dass seine Arbeit und die Arbeit vieler Kyjiwer Bürger, die für diese grüne Zone gekämpft haben, nicht vergeblich waren“, erklärte er damals.

Svitlana Povalyaeva trauert auch dichtend um ihre Söhne. 2022 hat sie im Ukrainischen einen Lyrikband („Minlyva khmarnist’ z projasnenjamy“, „Wechselnd bewölkt, mit Auflockerungen“) veröffentlicht. Darin verarbeitet sie deren Tod so, dass man immer wieder innehält, staunend ob der reduzierten Sprache, der treffenden Worte. Ein Gedicht lautet so:

Er ist kurz vorbeigekommen, um Wäsche zu waschen. Ich glaube daran, dass er überleben wird, aber er wird nicht zurückkommen, denn aus dem Krieg kehrt man nicht zurück.

— Warum schon wieder wir? Warum immer – wir? Warum schon wieder meine Söhne? — Nun, erstens, wir – nicht „wieder“, wir – allzeit. Zweitens: Wie viele Reime gibt es auf „nicht erloschen“? Beide Eltern haben die Söhne überlebt, beide Elternteile sind selbst als Aktivist*innen bekannt. Der Vater Taras Ratuschnyj setzt sich ebenfalls schon lange für den Schutz der Grünflächen

und des architektonischen Erbes in Kyjiw ein und war Teil der Gruppe „Save Old Kyiv“. Mutter Povalyaeva packt heute als PEN-Ukraine-Mitglied beim Projekt „Unbreakable Libraries“ mit an. Die Initiative bringt Bücher in die Städte in Frontnähe, wo Bib-

liotheken, Kultur- und Bildungsinstitutionen zerstört wurden oder fehlen. „In den befreiten frontnahen Gebieten gibt es nur noch wenige Menschen, es gibt auch weniger Kindergärten und Schule“, sagt sie. Bibliotheken würden diese Strukturen nun ersetzen. „Die Bibliothek ist nicht nur ein Ort, an dem Menschen Bücher ausleihen und lesen, sondern sie ist ein echter Hub, an den die Menschen ihre Kinder mitbringen und sich treffen. Sie ist auch ein Freiwilligenzentrum. Dort treffen sich Frauen, um Tarnnetze zu flechten oder um Uniformen zu nähen.“

Im Kollektiv etwas Neues auf die Beine stellen, das ist Povalyaeva auch mit dem Protasiv-Yar-Festival gelungen. Mitinitiiert wurde das Festival, das 2023 erstmals über die Bühne ging, von der bekannten TV-Journalistin Myroslava Barchuk. In diesem Jahr fand das Festival am ersten Juliwochenende statt, unter anderem waren Serhij Zhadan und Oksana Sabuschko zu Gast, zwei der berühmtesten Schriftsteller*innen der Ukraine. Personen wie Svitlana Povalyaeva ist es zu verdanken, dass die Ukraine bereits während des Kriegs eine lebendige Erinnerungskultur aufbaut. Der Zivilgesellschaft gelingt es nicht nur, die Front zu unterstützen, sondern auch, die Toten zu ehren, deren Engagement fortzusetzen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Umwelt: Auf dem Protasiv-Yar-Areal kommen Umweltschutz und Gedenkkultur zusammen.

„Ich habe alles dafür getan, dass meine Taten und Handlungen auch nach meinem Leben fortwirken“, hat Ratuschnyj oft gesagt. Auch im Fall des Maulbeerbaums am Taras-Schewtschenko-Gedenkhaus hat sich dies bewährt. Der Baum wurde vor einiger Zeit behandelt, ein Baumpfleger hat sich um den von Pilzen befallenen, instabilen Baum gekümmert. Fürs Erste ist er gerettet.

„Helden sterben nicht“, so die Inschrift – Trauerfeier für Roman Ratuschnyj im Juni 2022
Foto: Ruslan Kaniuka/Ukrinform/ABA-CA/dpa

unterm strich

Ein jeder wird geboren: Zur Bekanntgabe der Buchpreis-Longlist

Ohne Giuliano Musio zu nahe treten zu wollen, ist sein nun für den Deutschen Buchpreis nominiertes Roman vielleicht der einzige auf der Liste, der keinesfalls der eigenen Biografie entlehnt sein kann. „Aus anderem Holz“ (luftsacht) folgt dem jungen Pinò bei seinen familiären Nachforschungen und bearbeitet darin, der Titel verrät es, den Pinocchio-Stoff neu. Gut, wenig biografische Nähe besteht auch zwischen Elias Hirschl und seiner Protagonistin aus „Schleifen“ (Zsolnay), der sprachverrückten Mathematikerin Franziska Denk aus dem Wien des frühen 20. Jahrhunderts und genauso wenig muss im Fall von Svenja Leibers „Nelka“ (Suhrkamp) ein persönliches Interesse am Schicksal der NS-Zwangsarbeiterinnen vorliegen, doch ansonsten fällt wie auch in den letzten Jahren auf: Der Trend geht in Richtung Familiengeschichte, in Richtung Stammbaumerkundung.

Ein jeder wird geboren, ein jeder stirbt. Während Letzteres ganz gut allein geht, ist die notwendige Anwesenheit mindestens einer anderen Person bei Ersterem schon in der Verbform angelegt. Familie ist eine komplizierte Angelegenheit, davon kann etwa Lilli Tolkien ein Lied singen, die in „Mit beiden Händen den Himmel stützen“ (Aufbau) das eigene Aufwachsen in einem verwahten Kreuzberger Männerhaus verarbeitet.

Bei Leh-Wei Liao sorgt das plötzliche Auftauchen einer Mutter in „Glasezeit“ (Luchterhand) für Kopfzerbrechen. Franziska Gänslers geht in „Orca“ (Kein & Aber) zurück in die Zeit der großen Fragen und großen Jugendfreundschaften, und auch Ingo Schulze erzählt in „Das Wasser im August“ von der ersten Liebe wie den ersten Schreibversuchen.

Dabei drängen so einige Familienerkundungen gen Osten: Lukas Rietzschel

etwa mit seinem Roman „Sanditz“ (dtv) über eine DDR-Kleinstadt im Braunkohlerevier oder Helene Bukowski, deren Roman „Wer möchte nicht im Leben bleiben“ (claasen) schon im Frühjahr für den Preis der Leipziger Buchmesse nominiert war. Fünf der auf der Longlist stehenden Romane bohren so DDR-Geschichte an, was in Hinblick auf die realen Bevölkerungsverhältnisse (nur etwa 15 Prozent der Deutschen leben in den einstigen ostdeutschen Bundesländern) für eine gewisse Dringlichkeit spricht, die sich in politischen Debatten spiegelt: Immerhin droht im Osten Deutschlands erstmals seit doch einigen Jahren die Macht wieder dem rechtsradikalen Lager zuzufallen.

Zum Thema Repräsentation vielleicht noch dies: 14 nominierte Autorinnen stehen sechs Autoren gegenüber. Und Heimaterkundung bedeutet im Jahr 2026 eben nicht zwangsläufig

den Sprung in die bundesrepublikanische Ursuppe. In Shida Bazyars literarischer Provinzforchung des Hunsrücks, „Die Lücken“ (Kiepenheuer & Witsch), greifen die Schicksale von NS-Profiteuren, enteigneter jüdischer Familien und aus dem Iran Geflüchteter ineinander. Alisha Gamisch erzählt in „Parasiti“ (Voland & Quist) vom Leben russlanddeutscher Frauen, und Muri Darida verknüpft in „King Cobra“ (dtv) ein Familiengeheimnis mit dem Ungarnaufstand 1956.

Vonseiten der Jury formuliert man es so: „Wir sind sehr angetan davon, wie markant und erhellend biografische Mehrsprachigkeit in literarischen Reichtum mündet“, sagt Jury-Sprecherin Cornelia Geißler (*Berliner Zeitung*). Neben Geißler beschieden in diesem Jahr Theresa Donner (Buchhandlung heiter bis wolkig, Halle/Saale), Jan Ehler (NDR), Maha El Hissy (freie Kriti-

kerin), Emily Grunert (Literaturbüro NRW), Stefanie Kreuzer (Universität Kassel) und Adam Soboczynski (*Die Zeit*) über die 205 eingereichten Romane – und darüber, wer am Ende das Preisgeld von 25.000 Euro einstreicht. Die Preisverleihung findet am 5. Oktober zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse statt.

Neben den bereits Genannten stehen ferner Miriam Carbe, „Unerwünschte Töchter“ (Hanser), Tomer Gardi, „Liefer“ (Tropen), Valeria Gordeev, „Die Zikade entschlüpft ihrer goldglänzenden Hülle“ (S. Fischer), Peggy Mädlers, „Selbstregulierung des Herzens“ (Galiani), Yade Yasemin Önder, „Anti Müller“ (park x ullstein), Heinz Strunk, „Memories of Heidelberg“ (Rowohlt), Karosh Taha, „Gulistan“ (Dumont) und Dana Vowinkel, „Anton und Alma“ (Suhrkamp) auf der Longlist.

Julia Hubernagel

Von **Nina Apin**

italien, Sommer 1972. Der 12-jährige Gigio verbringt den Sommer an der toskanischen Küste von Versilia. Zusammen mit seiner kleinen Schwester Gilda muss er sich dem strengen Sonnenschutzregiment seiner irisch-rothaarigen Mutter unterwerfen. Solange sein Vater, ein segelsportbesessener Staatsanwalt, von der Arbeit in Florenz festgehalten wird, retten Gigio nur seine „Linus“-Comic-Hefte über die langweiligen Schattenzwangs-pausen im Haus. Nicht einmal Musik kann er hören, der neue tragbare Plattenspieler, sein ganzer Stolz, ist zu Hause geblieben.

Zum Glück kommt der undurchsichtige Onkel Giotti aus Amerika zu Besuch. Er amüsiert die Geschwister mit seiner Marotte, immer etwas Essen auf dem Teller zu lassen (eine Angewohnheit aus einem Gefängnis hungerstreik, wie es heißt), und leistet Gigio in seiner nervigen Begeisterung für alle Arten von Sportübertragungen Gesellschaft: Ob Schach, Radsport am Radio oder der Große Preis der Formel 1 im Fernsehen, der ältere Mann und der Heranwachsende widmen sich mit größter Ernsthaftigkeit der Saison.

Als schließlich die 13-jährige Astel, Tochter des reichen, aber grobschlächtigen Strandbesitzers und einer äthiopischen Schönheit, auftaucht und ihn bittet, ihr Schulenglisch mittels übersetzter Songtexte zu verbessern, scheint der Sommer perfekt zu sein.

Der zweifache Premio-Strega-Preisträger Sandro Veronesi entfaltet in „Schwarzer September“ eine herzerwärmende, leicht schrullige Coming-of-Age-Geschichte, die aufgrund ihrer kleinteiligen popkulturellen Referenzen oberflächlich an Nick Hornby erinnert – in die aber von Anfang an ein kommendes Unheil eingeschrieben ist. Von der ersten Seite an werden nicht genauer benannte Erschütterungen angedeutet, brutale und unwiderrufliche Veränderungen, Fehler, die teuer bezahlt werden würden.



Coming-of-Age in Sanremo
Foto: Ullrich Gnoth/imag

Länger werdende Schatten über dem Bagno Stella

Sandro Veronesi entfaltet vor dem historischen Hintergrund des Olympia-Attentats 1972 ein Coming-of-Age-Drama am italienischen Mittelmeer

Der Sommer 1972 ist nicht nur für Gigios Leben ein Wendepunkt, so heißt es immer wieder. Doch zunächst passiert nicht mehr, als dass Gigio beim Friseur ein Pornoheft kauft, sich anschließend mit seinen länger werdenden Locken anfreundet und über Astels Zöpfe fantasiert. Während Bobby Fischer Boris Spasski im Schach besiegt und Ferrari auf dem Nürburgring mit Jacky Ickx auf Platz eins und Clay Regazzoni auf Platz zwei triumphiert, kommen Gigio und Astel sich näher ...

Weitere Störmomente schieben sich ins Bild: Nicht nur die Mütter der beiden Teenager haben unschöne Geheimnisse, die teils mit Rassismus zu tun haben, sondern auch der Anwaltsvater und andere Erwachsene, allen voran Onkel Giotti. Veronesi punktiert sein sich heiter zwischen Da-

vid-Bowie-Tanzeinlagen und Segeltörns entfaltendes Teenager-Sommermärchen immer dichter mit unheilvollen Andeutungen: „Ob Kind oder

Nicht nur die Mütter der beiden Teenager haben unschöne Geheimnisse, sondern auch der Anwaltsvater

Teenager ist nicht mehr wichtig für mich. Am 6. August 1972 hat der Schmerz sie beide weggefeht, genauso wie er auch Papa, Gilda, Mama, alle meine Freunde aus dem Bagno Stella weggefeht hat und alle meine

Freunde aus Vinci, meine Mitschüler, die Lehrer, den Schuldirektor, den Priester.“

Was, um Himmels willen, ist denn passiert?, ist die Frage, deren Beantwortung Veronesi bis zu den letzten Seiten hinauszögert. Umso wirkungsvoller entlädt sich die abschließende Katastrophe, für die das blutige Attentat auf die israelische Mannschaft bei den Olympischen Spielen in München nur die politische Rahmung bildet.

Dieser bis zur letzten Seite fesselnde Page-Turner ist die perfekte Strandlektüre für alle, die es auch auf dem Handtuch nicht zu idyllisch mögen.

Sandro Veronesi: „Schwarzer September“. Aus dem Italienischen: Karin Krieger. Paul Zsolnay Verlag, Wien 2026, 288 Seiten, 24 Euro, E-Book 17,99 Euro

zu Wort kommen lassen. Vor allem entdecken sie den iranischen Filmemacher Sohrab Shahid Saless wieder, der, 1974 in die BRD emigriert, hier 13 Langfilme drehte.

„rückblickend betrachtet“ zeigt Ausschnitte aus dem Film „Empfänger unbekannt“, der Anfang der 1980er Jahre die Zunahme von Rassismus im Zuge der Wirtschaftskrise aufzeigt. Immer wieder kommt die Kreuzung neben dem Olympia-Einkaufszentrum ins Bild. Am Schluss überlappen sich diese Aufnahmen, als würden alle Zeitebenen für einige Sekunden gleichzeitig aufploppen. Eine Filmeinstellung wie eine Mahnung.

Unter den Opfern des Anschlags im Olympia-Einkaufszentrum war auch der junge Sinto Giuliano Kollmann, der Vorfahren im Holocaust verloren hat. Seine Oma Gisela spricht im Film über ihren Kampf gegen das Vergessen.

Autorin und Protagonist stehen in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis.

Annekathrin Kohout
Feed Interrupted

Plattformpessimismus

Erinnert sich noch jemand an Veranda Spuk? Bis heute ist unklar, wer sich hinter dem Pseudonym verbarg. 1981 ging bei Suhrkamp ein Manuskript ein – anonym und mit rotem Schleifchen verziert. Das Tagebuch einer mutmaßlich jungen Frau wurde prompt veröffentlicht, in einer pralinenschachtelartigen Verpackung. Ich habe es vor einigen Jahren entdeckt und vergnügt gelesen. Vor ein paar Tagen stieß ich dann zufällig auf Diedrich Diederichsens Rezension von 1982. Er zeigte sich sichtlich erfreut, denn die etablierte wie alternative Literatur war für ihn damals nur noch eine „reichgeschmückte Leiche“, abgestanden und versaut von „Oberschulen, Universitäten, Feuilleton“.

Von der Wortwahl abgesehen, liest sich das ähnlich wie mein aktueller Feed. Nur dass man sich nun die alten Gatekeeper zurückwünscht, da man den neuen (Hallo, Algorithmus!) noch weniger leiden kann. Eine Auswahl an Takes gefälltig? „We need to bring back GATEKEEPING!“, „KI verflucht alles!“, „Wir dürfen nicht nur reproduzieren, was dem Algorithmus schmeichelt!“, „Wir müssen wieder verzaubert werden!“, „Die Originalität stirbt!“

Viele erleben die gegenwärtige Kultur als homogen, wenig fordernd, zu erklärend und zugänglich. Sie vermissen Reibung, Geheimnis, spüren einen Distinktionsverlust und sehnen sich nach Individualität und Persönlichkeit. Verständlich. Unheimlich ist nur, wie schnell aus der Kritik an den Bedingungen kultureller Sichtbarkeit eine an kultureller Zugänglichkeit und Teilhabe wird. Weil alles auffindbar ist, erscheint das Schwerauffindbare plötzlich wertvoll, und weil alles erklärt wird, das Rätselhafte begehrenswert.

Teilweise klingt es auch nach einem Hilfschrei aus der Mittelschicht der Aufmerksamkeitsökonomie. Die Kritik kommt meist von Creators mit genug Reichweite, um den Formatzwang zu spüren und ihn wirksam zu artikulieren, aber zu wenig, um ihn zu ignorieren. Sie beschreiben aber etwas, das viele kennen, die sich durch die Feeds bewegen: Ermüdung angesichts von Inhalten, die bedeutungslos wirken, und Ohnmacht ob der scheinbaren Unmöglichkeit, dem etwas entgegenzusetzen. Hinzu kommt – gerade unter Kreativen – die Angst vor dem Verlust der Wertigkeit des kulturellen Kapitals durch KI.

Diese Gefühle sind berechtigt. Zwar sind derartige Verlustklagen traditionsreich, genauso wie die Analyse ihrer Bedingungen – Mark Fisher lässt grüßen. Doch sie bleibt relevant, solange sich damit Veränderungen anstoßen lassen. Das war schon im „bloßen“ Kapitalismus Sisyphusarbeit, doch was früher Monate oder Jahre brauchte, um von Mainstream vereinnahmt zu werden, geschieht auf Plattformen innerhalb eines Tages. Oft kommt es aber gar nicht erst dazu, denn der Algorithmus spielt Inhalte, die keine catchy Hook haben und keinen digitalen Sehkonventionen entsprechen, nur einer winzigen Testgruppe aus. Werden sie nicht sofort geliked, begräbt er sie lebendig.

So entsteht eine merkwürdige Schieflage. Die Beschwerde über fehlende Gegenkultur und Gatekeeping ist relativ leicht und algorithmisch erfolgreich. Die tatsächliche Praxis davon ist es aber nicht. Denn echter Widerstand kostet Reichweite und ökonomische Unsicherheit. Viele bleiben deshalb bei der (wohlfeilen) Diagnose stehen. Und notwenige Plattformkritik läuft Gefahr, als Plattformpessimismus, der Verfallsge-schichten hochhält und sich nach alten Hierarchien sehnt, zur Pose zu werden.

Aber sind wir Follower nicht auch viel zu träge geworden? Könnten wir unsere Verantwortung, wenn wir schon nicht boykottieren, nicht wenigstens ernster nehmen – gezielter und konsequenter Content unterstützen, der etwas riskiert? Massiv liken und kommentieren, was *keine* Hook hat? Dinge empfehlen, die *nicht* eh überall auftauchen? Kleine Publikationen abonnieren, Menschen folgen, deren Arbeit einen nicht bestätigt? Aber bitte nicht als heroischer Widerstand gegen den Algorithmus, das ist es nicht. Eher als Erinnerung daran, dass Kultur glücklicherweise nie nur aus dem besteht, was uns angeht und nicht.

Wasser marsch!

Trotz monatelang fehlenden Regens wird die Reit-WM in Aachen auf saftig grünen Wiesen zelebriert. Wie? Mit einer umstrittenen Erlaubnis der Behörden

Aus der Soers **Bernd Müllender**

Wir reden nicht vom Stadion, wo die Wettkämpfe der Reit-Weltmeisterschaft (bis 23. August) am Dienstag mit 90 piaffenden Pferden im Dressurviereck begonnen haben. Sondern von der weiten Geländestrecke außerhalb, an die 40 Fußballfelder groß. Saftig und wohlgenährt grün sprießt das Gras in die Höhe, zu riesigen feinen Galoppteppichen gestutzt. Werden das tolle Bilder, auf Instagram und im Fernsehen beim „Medienpartner WDR“!

Drumherum ist auch in der Aachener Soers alles bemitleidenswert ausgetrocknet, gelb und braun, die Böden sind steinhart. Bäume werfen im Hitzestress schon seit Juli Laub ab. Nebenan verdorren Feldfrüchte in Massen, voran die Zuckerrüben. Seit zwei Monaten hat es kaum geregnet. Im Juli gab es genau 5 Prozent der üblichen Niederschlagsmenge.

Woher kommt dann diese grüne Großoase, die ab Samstag an zwei halben Tagen genutzt wird? Der WM-Veranstalter Aachen-Laurensberger Rennverein (ALRV) holt sich das nötige Wasser aus dem angrenzenden Wildbach, einem dahindümpelnden Wässerchen von kaum 2 Metern Breite. Eine massive Pumpe steht auf einem Anhänger mit de amtlichen Kennzeichen AC LA 1898. Das steht für Aachen-Laurensberg und das Gründungsjahr des ALRV.

Rohre mit 160 Millimetern Innendurchmesser sind in die Erde und in den Bach eingelassen und führen dann in Richtung Geländeparcours, wo sie für den künstlichen Naturrasen sorgen. Kapazität: hochgerechnet 3.000 Kubikmeter Wasser am Tag.

Ist das viel? Es entspricht etwa 10 Prozent des Aachener Pro-Kopf-Verbrauchs an heißen Tagen (wobei man indes zwischen Trink- und Bachwasser unterscheiden muss). Aber vor allem: Ist das im Rekordhitzesommer legal und angemessen? Die Stadt sagt: Ja. „Für die Wassarentnahme liegt eine wasserrechtliche Erlaubnis der Unteren Wasserbehörde vor.“ Das sei eine „vertretbare Nutzung“ an der Allgemeinheit vorbei. „Die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts“ sei nicht „erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt“.

Merkwürdig: Schon am 26. Juni hatte dieselbe Behörde für mehrere Bäche und Fließlein wegen dramatisch sinkender Pegel die Wassarentnahme für Landwirtschaft und Privatleute per Allgemeinverfügung untersagt. Nur wundersamerweise nicht für den WM-Bach, weil das Nass dort angeblich „deutlich oberhalb der ökologisch erforderlichen Mindestwasserführung liegt“. Indes mündet der wenig wilde Wildbach ein paar hundert Meter weiter in die größere Wurm, für die das Entnahmeverbot ausdrücklich gilt.

Schon 2025, als es vor dem jährlichen Reitturnier Chio Anfang Juli auch kaum regnete, hatte der ALRV ohne Genehmigung gepumpt. Das Umweltamt monierte das Fehlen der



„erforderlichen wasserrechtlichen Erlaubnis“ und war „ordnungsrechtlich vorgegangen“. Gab es ein Bußgeld? Offenbar nicht: Nur einen „engen Austausch mit dem Umweltamt“, erklärt der ALRV.

Das Entsetzen jenseits der Rösserwelt ist groß. Das Ökologie-Zentrum Aachen hat „große Sorge um die im Wasser lebenden Organismen“ und würde die Erlaubnis am liebsten kassiert sehen. Die Ratsfraktion der Linken schreibt: „Wichtige Lebensräume drohen verloren zu gehen. Aber der schöne grüne Rasen des Unterhaltungsereignisses für die überwiegend besser verdienende Klientel soll so etwas nun rechtfertigen?“ Und der Naturführer Michael Zobel ätzt: „Aachener Lehrer*innen fragen an, wir hätten gerne eine Bachführung für die Klasse; ich antworte, ich hätte gerne einen Bach ...“

Der schwerreiche ALRV (Sponsoringpartner unter anderem Mercedes, Boss, UBS Wealthmanagement oder die Tagebau-Abpumprountiniers von RWE) nennt keine Mengen und erklärt, das entnommene Nass werde „als Drainagewasser wieder in den Bach eingeleitet“. Wie immer das mit versickertem Wasser auch gehen mag („ein geschlossenes Öko-System“), alles geschehe „ausschließlich im Sinne der Pferde“.

Der ALRV hat offenbar beste Kontakte auch in die höchste Politik. 2023 wurden 14 Milliarden Euro Landes- und Bundesmittel verteilt als Strukturhilfe für die Transformation der Tagebaugemeinden, die etwa 40 Kilometer entfernt sind. Warum Aachen, vom Tagebauende gar nicht direkt betroffen, einen fetten Batzen von 40 Millionen Euro abbekam, wusste niemand.

Und wozu die viele Kohle-Kohle? Zum Ausbau des Reitgeländes Sportpark Soers. Protest gegen den unangemessenen Geldsegen gab es nur aus Nachbargemeinden. Der ALRV warb eilig damit, eine eigene Halle für ParareiterInnen bauen zu wollen. Sehr edel. Die Pläne wurden danach allerdings erst mal verschoben.

Oberster Dienstherr der Aachener Behörden ist Michael Ziemons, seit No-

vember CDU-Oberbürgermeister und Verwaltungschef. Als eine der ersten Amtshandlungen hatte er ein übergeordnetes Führungsdezernat OB installiert („Grundsatzreferat“), um auf seinem Schreibtisch alles Behördentreiben koordinieren und kontrollieren zu können. Das sei „Ausdruck modernen und effizienten Verwaltungshandelns“. Machtmensch Ziemons, dessen Bürgernähe durch gelegentliche Kneipengespräche beeindrucken soll, hat schon den Spottnamen „Printen-

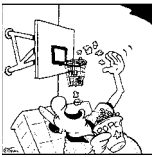


Trump“ abbekommen. Die Stimmung in den gegängelten Ämtern gilt als unterirdisch.

Erst wenn der letzte Oxer gerissen, die letzte Traversale sauber getänzelt und der Wassergraben im Reitstadion hoffentlich nicht ausgetrocknet ist, werden die Pumpen abgestellt. Regenwahrscheinlichkeit bis WM-Ende am 23. August: nahe null bei bis 36 Grad. Der ALRV lobt derweil „die gute Zusammenarbeit“ mit dem Umweltamt.

Nicht nur hier im Hauptstadion der Reit-WM sprießt grün das Gras
Foto: Rolf Vennenbernd/dpa

Die Pumpe des WM-Veranstalters entnimmt das Wasser aus dem angrenzenden Wildbach
Foto: Bernd Müllender



american pie

Wo bleiben die Dollars?

Je eine Million hat Infantino den US-amerikanischen Ausrichterstädten der WM versprochen. Während die nun darauf warten, ziehen ihre Kämmerer Bilanz

Gianni Infantino hat viel um die Ohren in diesen Tagen, er hat alle Hände voll damit zu tun, seine Präsidentschaft gegen Attacken von allen Seiten zu verteidigen. Da kann man ihm vielleicht nachsehen, dass er für Anfragen von US-Städten für ein paar läppische Millionen Dollar zurzeit keinen Kopf hat.

Die US-amerikanischen Ausrichterstädte des WM-Turniers haben jedoch nur wenig Geduld mit Infantino und der Fifa. Die Kämmerer von Seattle, San Francisco, Los Angeles, Dallas, Houston, Kansas City, Atlanta, Philadelphia, New York/New Jersey, Miami und Boston rechnen gerade ab, was die WM sie gekostet und was sie ihnen gebracht hat und wollen wissen, ob von der Fifa da noch etwas kommt. Infantino und mehrere Mitglieder des Fifa-Vorstandes sollen den Städten einen Zuschuss von je einer Million Dollar mündlich versprochen haben. Doch jetzt geht in Zürich niemand ans Telefon, wenn ein Anruf aus den USA kommt.

Die Fifa-Million wäre freilich nur ein symbolischer Beitrag zu den Kosten, die den Städten entstanden sind. Die Region New York/New Jersey etwa hat rund 500 Millionen Dollar für die WM ausgegeben. Das Gros der Kosten wurde für Sicherheit, Transport und Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet.

Der Staat New Jersey hatte sich von Anfang an angesichts dieser Ausgaben böckig gezeigt. Die demokratische Gouverneurin Mickie Sherill zeigte wenig Lust, die Versprechen zu ehren, die ihre republikanische Vorgängerin Infantino gemacht hatte und sagte etwa ein teures Fanfest kurzerhand ab. Den öffentlichen Transport zum Stadion sah sie als nicht finanzierbar an und verlangte von den Ticketinhabern 150 Dollar pro Fahrt zu den Spielen. Den Bau einer neuen Fußgängerbrücke zum Stadion für 78 Millionen Dollar nahm sie immerhin zähneknirschend in Kauf. Sie wird ja schließlich auch in Zukunft den Besuchern der Footballspiele im Met Life Stadium zugutekommen.

Das deutlich reichere New York hat das Geld für die WM

wesentlich freizügiger ausgeben. Bürgermeister Mamdani sah die Weltmeisterschaft weniger betriebswirtschaftlich und eher soziokulturell. Für ihn war es eine grandiose Gelegenheit für die Stadt, ungeachtet der sozialen Schicht und der Ethnie zusammenzukommen.

Billig war das Vergnügen jedoch nicht. Die Stadt gab alleine für Polizeiüberstunden 93 Millionen Dollar aus. Der Beitrag zum gemeinsamen Organisationskomitee mit New Jersey belief sich auf 61 Millionen.

Ob sich das alles gelohnt hat, ist, wie so oft bei solchen Anlässen, schwer zu beziffern. Das Organisationskomitee hatte ursprünglich mit einem wirtschaftlichen Plus von mehr als drei Milliarden Dollar für die Region gerechnet. Der ehemalige Bürgermeister von New Jersey, Steven Fulop, Direktor einer einflussreichen Vereinigung New Yorker Geschäftsleute, glaubt jedoch, dass solche Berechnungen viel zu optimistisch waren.

So war die Hotelauslastung in New York zwar 21 Prozent höher als im vergangenen Jahr. Die erhofften zusätzlichen 300 Millionen Dollar für das Gewerbe wurden jedoch nicht erreicht. Die Anzahl der Überfahrten stieg deutlich an und in den Kneipen wurde 14 Prozent mehr Bier verkauft. Das Fahrrad-Share-Netz Citi Bike verbuchte im Juni eine Rekordnutzung und die Dating-App Tinder wurde von Fußballfans enthusiastisch genutzt. Die Stadt New York schätzt, dass sie mindestens 26 Millionen Dollar an höheren Steuereinnahmen erzielt hat.

Insgesamt hatte die WM für die US-Wirtschaft jedoch kaum einen nennenswerten Vorteil. Die Tourismuszahlen gingen landesweit nicht in die Höhe, die Flugpreise stiegen nicht. Es wurden weder im Tourismusgewerbe noch im Einzelhandel Jobs geschaffen.

Die wirtschaftlichen Vorteile für die Fifa sind hingegen bestens bekannt. Der Verband nahm rund 15 Milliarden Dollar ein. Umso weniger verständlich ist es, dass die Ausrichterstädte nicht als kleines Dankeschön ihre Million bekommen. *Sebastian Moll*

was alles nicht fehlt

Pflicht zur Neutralität: Trotz der Aufhebung aller Beschränkungen durch den Turnweltverband (FIG) dürfen die Athletinnen aus Russland und Belarus bei der WM in der Rhythmischen Sportgymnastik in Frankfurt am Main nur unter neutralem Status, ohne Hymnen oder Flaggen, starten. Das vereinbarten der Deutsche Turner-Bund, DOSB und FIG mit der Bundesregierung. Das Gleiche gilt für die baldige Turn-EM in Kroatien.

Bekanntnis zu Gott: Die deutsche Kugelstoßerin Yemisi Mabry, 27, hat mit ihre 19,50-Meter-Wurf Bronze und damit die erste deutsche Medaille bei dieser Leichtathletik-EM gewonnen. Die Sensationsolympiasiegerin von Paris musste sich diesmal Jessica Schilder aus den Niederlanden (20,73 Meter) und deren Teamkollegin Jorinde van Klinken (19,64 Meter) geschlagen geben. Ihren Erfolg feierte Mabry mit einem kleinen mu-

sikalischen Gottesdienst. Zum Abschluss ihres Interviewmarathons sang die gläubige Christin vor einer Reporterschar leidenschaftlich „The Joy of the Lord is my Strength“.

Trump zur Fifa: US-Präsident Donald Trump hat sich hinter den stark in der Kritik stehenden Fifa-Präsidenten Gianni Infantino gestellt. Dieser schrieb nun, nach dem Scheitern des umstrittenen Fifa-Investorenplans, auf seiner

Plattform Truth Social, die Fifa begehe einen schrecklichen Fehler, wenn sie aus irgendeinem Grund auch nur erwägen sollte, Infantino abzulösen.

Spiel zu pfeifen: Der somalische Schiedsrichter Omar Aratan, 34, der bei der Fußball-WM wegen eines Einreiseverbots im Fokus stand, pfeift nun am Mittwoch den europäischen Supercup zwischen PSG und Aston Villa. Als allererster Nichteuropäer.



Enkel Nicolas Pannenbecker, Opa Pit Rulff
Genosse seit 2020, Genosse seit 1996

ENKEL LIEBEN DIESEN TRICK

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Alle Infos unter: taz.de/generationenvertrag

Die Spinne im Tank

Zerstreuungsangebot oder übergriffige Reklame? Wie der Pkw zur Werbeplattform verkommt

Von **Torsten Gaitzsch**

BMW-Besitzer durften kürzlich eine besondere Überraschung erleben: Starteten sie ihren Wagen, wurde auf dem Control-Display ein Werbeclip für den Film „Spider-Man: Brand New Day“ abgespielt – ob sie wollten oder nicht. Hintergrund war ein Deal zwischen BMW und Sony, in dessen aktuellem Superheldenstreifen dafür die neuesten Modelle des Automobilherstellers rumgurken dürfen.

Obwohl sich viele Fahrer öffentlich genervt von der unverlangten Kurzfilmeinlage zeigten, sieht der Konzern die Aktion als vollen Erfolg, weshalb sie nicht die letzte ihrer Art gewesen sein dürfte. „Unsere Kundinnen und Kunden dürfen sich schon auf den Oktober freuen“, verspricht BMW-Chef Milan Nedeljković. „Zum Start des neuen Street-Fighter-Films belohnen wir alle, die sich bis dahin unseren iX3 zugelegt haben, mit exklusiven nicht im Kino gezeigten Szenen, die wir über das Navi ausspielen – natürlich nur in Streckenabschnitten, die nicht allzu viel Aufmerksamkeit verlangen, schnurgerade Autobahntrassen etwa.“

Damit reagiert das Unternehmen auf die viel geäußerte Kritik, derartige „Werbe-Überfälle“ könnten grob vom Verkehr ablenken. „Wenn überhaupt, sensibilisieren wir die Fahrer für



Und so sieht's in Spidermans Kofferraum aus Foto: dpa

plötzliche Reize. Apropos: Zombiefans werden an Halloween auf ihre Kosten kommen, wenn wir die schockierendsten Stellen aus „Queens of the Dead“ in unsere Elektro-SUVs zaubern – über die Innenspiegel, wenn man es am wenigsten erwartet. Buh!“

Dass konkurrierende Firmen ähnliche Ideen entwickeln, verwundert kaum. Über den jüngst angekündigten VW ID ERA 5X ist bisher nur wenig bekannt, „ein immersives Entertainment-Erlebnis in Zusammenarbeit mit Marvel“ hat die strauchelnde Volkswagen AG in ihrer letzten Pressemitteilung aber mehrmals hervorgehoben. „Sobald Sie in einen Tunnel fahren, projiziert unser Smart-Light-System eine der zehn Post-Credit-Scenes

aus ‚Avengers: Doomsday‘ ins Wageninnere. Sie werden sich fühlen, als würden Sie an der Seite von Captain America und Thor die Welt retten! Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, diese Einblendungen, etwa in brenzligen Situationen während der Rush-Hour, durch Eingabe Ihrer MyVW-PIN und Daumen-Scan-Bestätigung zu pausieren – sogar dreimal ohne Extragebühr.“

Porsche wiederum setzt auf den heiß erwarteten dritten Teil der „Dune“-Reihe. „Wir werfen nicht einfach nur Ausschnitte aus dem Blockbuster aufs Display, wir sprechen sämtliche Sinne an“, schwärmt Porsche-Pressesprecher Florian Laudan. „Der Cayenne Electric ist leise wie nie. Aber nicht, wenn

beim Cruisen auf ruhigen Landstraßen unvermittelt der wummernde Soundtrack von Hans Zimmer aus allen Ecken unseres innovativen Dolby-Surround-Systems dröhnt! Dazu sorgt die Elektronik im Fahrersitz für Surprise-Vibrationen, als würde jeden Moment unter Ihnen ein Todeswurm hervorsprechen, und wenn die Klimaanlage literweise Sand in Ihr Gesicht sprüht, kommen Sie sich wirklich vor wie auf einem Wüstenplaneten.“

Nicht hinterm Berg halten möchte man bei Opel, wo man Animationsfans als potenzielle Käuferschicht wittert. „Die Zuschauerrekorde des fünften Teils beweisen: ‚Toy Story‘ verbindet Generationen. Darum holen wir ab sofort die beliebtesten Pixar-Helden serienmäßig in unsere Familienkutschen“, jubelt Carina Elsinger, Communications Manager bei Stellantis. „Unser Hybrid-Frontera zum Beispiel begrüßt die einsteigenden Familienmitglieder mit einem motivierenden fünfminütigen Monolog von Buzz Lightyear. Die Kleinsten bekommen spielerisch Sicherheit beigebracht: Abschnallen dürfen sie sich erst, wenn sie den Song ‚Un Poco Loco‘ aus ‚Coco‘ vollständig mit dem korrekten englischen Text abgesungen haben, vorher bleiben die Gurte eingekastet.“

Ein weiteres Gimmick: Beim Einparken werden mit der Rückfahrkamera gefilmte Fahrzeuge im Heckbereich durch die sprechenden Autos aus „Cars“ ersetzt. Und: „Sollte sich das Auto mal überschlagen, wird zur Beruhigung der Insassen auf dem Dachhimmel der Klassiker ‚Alles steht Kopf‘ vorgeführt – kostenlos in voller Länge“, garantiert Elsinger.

Regelrecht bodenständig nehmen sich daneben die Pläne von Mercedes-Benz aus. Wer künftig seinen CLA-Benziner betanken möchte, soll einen kurzen Werbespot für das schwäbische Kultmüsl Seitenbacher anhören müssen, bevor sich die Tankklappe öffnet.

„Das sind Synergieeffekte, die dem Ländle zugutekommen“, erklärte BaWü-Ministerpräsident Cem Özdemir jüngst zu diesem Kooperations-Coup. „Während ich der vertrauten Stimme lausche, kann ich mir noch einmal durch den Kopf gehen lassen, ob ich wirklich so viel Treibstoff brauche – oder ob ich, statt den Verbrenner auszufahren, nicht lieber eine Schüssel Bircher-Vorwöhn-Mischung löffle.“

Gerüchte, dass der aus dem Radio bekannte Seitenbacher Sprecher in Modellen mit Premiumausstattung sich auf Wunsch in den Kofferraum legt und gelangweilte Fahrzeuglenker in zähen Staus mit dem Vorlesen von Hörbüchern unterhält, sind bisher unbestätigt.



das wetter

Schweiß

Arthur kniff die Augen zusammen. „Gib mir deinen Schweiß, ich geb dir meinen“, hieß es bekanntlich schon bei Göthe, aber da kann man inzwischen gegen vorgehen, wie Arthur weiß, also meldete er sich an, um vollständige Liedtexte anzuzeigen. Also auch den mit dem Schweiß. Wo? Egal. Vermutlich an dem Ort, an dem dann auch der Schweiß hingebracht wird, also deiner jetzt, denn was soll ich damit? Nur bloß nicht das W vergessen!, dachte Arthur noch und geriet schon wieder ins Schwitzen. So eine Schweißse.

gurke des tages

Achtung, Achtung! Dies ist eine wichtige Nachricht für alle **Geruchsempfindlichen**: Bitte umfahren Sie weiträumig die südosthessischen Orte **Freigericht, Bruchköbel und Langenselbold**. Wegen des hohen Wasserbedarfs durch einen **Waldbrand bei Rodenbach** wird die örtliche Bevölkerung im Main-Kinzig-Kreis zum Wassersparen aufgerufen: „**Bitte verzichten Sie möglichst aufs Duschen!**“, meldete die dpa am Dienstag. **Deutschlands muffelndste Gegend.**

Tote aus Plastik!

Auch Kleinflüsse bringen Erstaunliches zutage

Vor ein paar Tagen tauchten untergegangene geglaubte Wehrmachtschiffe in der serbischen Donau auf: Spooky! Und was fördert der Klimawandel, also die anhaltende Dürre und der Wassermangel wegen der Feuerwehr und den Waldbränden so in echtdeutschen Landen zutage? Plastikskelette! „Ein vermeintliches menschliches Skelett am Ufer der Kinzig“ – das ist wohl so ein Kleinfluss in Hessen – hat jetzt nämlich einen Polizeieinsatz ausgelöst, wie die Schreckensagentur dpa am Dienstag meldete. „Ein Spaziergänger entdeckte das täuschend echt wirkende Gerippe am Montagabend in Steinau und alarmierte die Polizei.“ Erst nach

rund eineinhalb Stunden gab es Entwarnung: Bei dem Fund handelte es sich nach Polizeiangaben um eine „täuschend echt wirkende Plastiknachbildung“. Das etwa 80 Zentimeter große Gerippe dürfte wegen des derzeitigen Niedrigwassers zum Vorschein gekommen sein. Möglicherweise handelt es sich um ein „entsorgtes Überbleibsel von Halloween“, so die blauäugige Polizei. Hahaha, Halloween! Wir von der Wahrheit sagen, wie es ist: Der Klimawandel erreicht die nächsten Stufe – als nächstes bringt er die Toten zurück! Um uns alle zu warnen! Noch sind sie aus Plastik. Aber wartet nur ab ... Und fragt mal die Zombies unten an der Donau!

Hunde mit Gefühlen!

Wiener Wissenschaftlerinnen untersuchen Hirne

Hunde, wollt ihr ewig leben? Was früher nur ein geflügeltes Wort war, könnte bald ernstlich beantwortet werden. Nämlich von den Hunden selbst. Sie sind auch nur Menschen! Oder so ähnlich. Denn die Wissenschaft hat gerade festgestellt, dass Hundefleisch auch gut schmeckt ... äh, nee, sondern: dass Hunde auch „emotionale Wesen“ sind, wie die Katholische Nachrichten-Agentur KNA im Wissenschaftsmagazin *iScience* gelesen hat. Und wir dachten immer, sie sind Maschinen! Roboterhunde wie bei der Paw Patrol! Die Universität in Wien wollte es genauer wissen: Ihre Forscher untersuchten Hundehirne und löffelten sie aus ... äh, nee, sondern stellten fest, dass „in jenen Gehirnregionen, die mit höheren kognitiven Funktionen und der Belohnungsverarbeitung in Verbindung stehen“, einiges in Bewegung gerät, wenn Mensch und Tier zusammenleben. Dann entwickeln nicht nur Zwei-, sondern auch Vierbeiner die nötigen sozialen Fähigkeiten, „um uns Menschen zu verstehen und mit uns zusammenzuarbeiten“. Jetzt müsste man nur noch wissen, wie Hunde schmecken. Oder Menschen. Oder beide. Das wäre ein lohnendes wissenschaftliches Forschungsgebiet.



VeristMenschwer Tierfoto: dpa



Susanne Fischer

Weichspüler des Gewissens

Selbst als deutsche Durchschnittstrottelin weiß man, dass Ressourcen endlich sind oder, wie mal eine meiner unzufriedeneren Leserinnen meinte: Schade, dass für diesen Mist ein Baum sterben musste.

Je mehr ich mich der eigenen Kompostierbarkeit nähere, desto intensiver beschäftigt mich das Thema, dabei war ich mal eine unbeschwerte Sackensammlerin für eine schier endlose Zukunft. Bücher! Blusen!! Bratpfannen!!! Und das ist jetzt nur ein Buchstabe meines Museums.

Ja, Bäume auch, ich muss ja den Schaden, der durch meine Texte entsteht, irgendwie büßen. Leute mit richtigen Gärten haben keine Vorstellung davon, wie viel unternehmungslustige junge Eichen und Birken es nach einer kommoden Existenz in meinen unbeobachteten Beeten drängt. Und dann wird man sie nicht wieder los, die aufdringlichen Gesellen, jedenfalls nicht, ohne zum Sägenmörder zu werden.

Egal. Das Gewissen, das durch eine schändliche Reklame meiner Jugendzeit geisterte, hat den Job gewechselt und säuselt sich nun bei jeder Entscheidung durch mein Leben: Lieber die Gurke zu Ende fahren, bis sie auseinanderfällt, oder auf ein E-Auto umsatteln? Ist es ökologisch sinnvoll, das Froschbiotop zu wässern, oder schädigt das den Grundwasserspiegel? Wie oft darf man fliegen, ohne für alle Zeit in der Hölle zu schmoren? Passt noch ein Buch ins Regal? Wie viel Dinge braucht man wirklich? Ist Streaming überhaupt vertretbar oder fährt man besser ins Kino, vierzig Kilometer entfernt und natürlich nur per Gurke zu erreichen?

„Siehst du, jetzt hast du ein schlechtes Gewissen“, raunt eine schattenhafte Person neben mir, und zwar egal, wie die jeweilige Frage beantwortet wird. Die Tante sieht so ähnlich aus wie ich, nur mit weniger Sorgenfalten, und sie riecht ein bisschen streng nach Siebzigerjahren und Weichspüler. Na, den habe ich jedenfalls nie benutzt und habe damit kurz einen winzigen Ökopunkt Vorsprung.

Doch ich darf nicht lange stolz darauf sein, denn den Erdüberlastungstag haben wir in diesem Jahr bereits hinter uns, und selbstverständlich bin ich persönlich mit schuld daran. Zufällig verbrachten wir diesen Tag in einem Hotel, auch ein Fall für Mrs Gewissensbiss, denn allein die Wäsche für eine einzige Nacht, ob mit oder ohne Lenor ...

Gibt es Hotels, in die man seine eigene Bettwäsche mitbringen darf? Beim Frühstück las am Nebentisch ein älterer Mann seiner Frau die ökologische Hiobsbotschaft aus der Zeitung vor und erläuterte auch gleich ausführlich, was Erdüberlastungstag bedeutet, weil Frauen die Zeitung ja ohne fremde Hilfe oft nicht gut verstehen. Und sie? „Och“, meinte sie in norddeutscher Gelassenheit, „das gleicht sich dann schon wieder aus.“ Oder, wie die Werbung damals sagte: „Siehst du, jetzt hast du ein gutes Gewissen und alle haben dich so lieb.“

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Katrin Gottschalk,
Barbara Junge, Ulrike Winkelmann
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge

Anzeigen:
Dieter Schwengler
Berliner Lokalteil:
Susanne Memarnia | alle Berlin
Regionaltteil Nord:
Jan Kahloke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

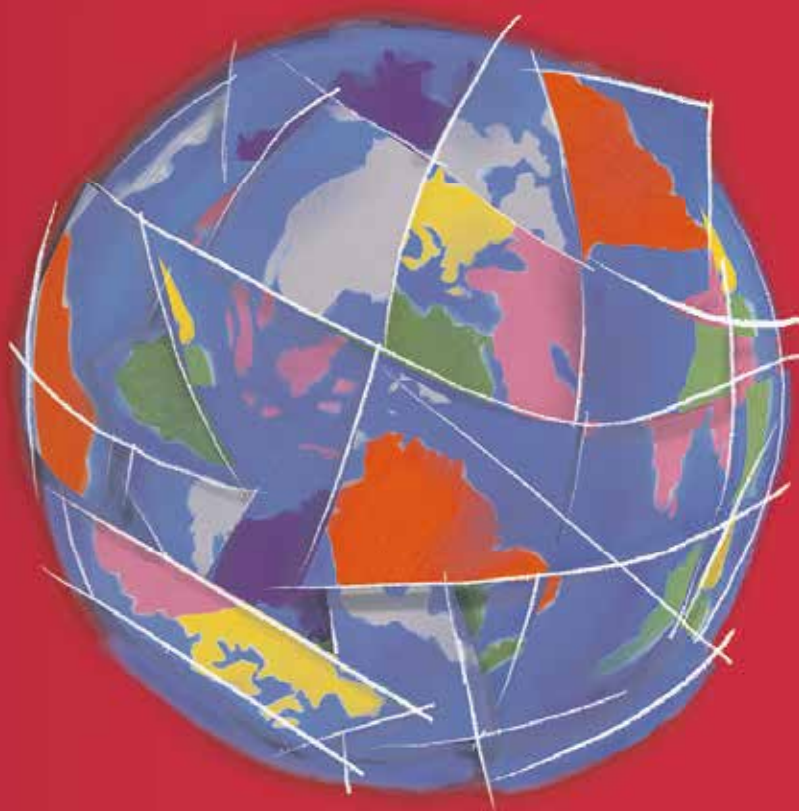
Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführer:innen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Becker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat:
Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg |
Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin |
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld
Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis digital
22,40 €



ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute



**Jetzt
bestellen**

Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Wo bis vor kurzem Gras über das tausendjährige Reich wuchs, erwächst nun eine Diskussi- on Foto: Sven Kaeuler/dpa

Reichenbunker statt NS-Bunker

Der Große Bunker unter Hitlers Neuer Reichskanzlei soll einem Neubau weichen, so will es auch Senator Gaebler. Der Verein Berliner Unterwelten will das verhindern

Von Erik Peter

Zwischen einem der letzten DDR-Plattenbauviertel an der Wilhelmstraße in Mitte und den Landesvertretungen von Hessen und Brandenburg befindet sich eine der letzten innerstädtischen Brachflächen. Neben einem Parkplatz an der Voßstraße wuchert Grün auf dem abgeäunten Gelände. Auch ein kleiner Hügel aus Trümmerschutt ist zu sehen. Unspektakulär ist das Bild nur auf den ersten Blick. Einst befand sich auf dem gesamten Gelände Hitlers Neue Reichskanzlei, der betonierte Machtanspruch der Nationalsozialist:innen, in dem auch Hitler selbst ein monumentales Arbeitszimmer hatte. Unter dem gesamten Gelände befanden sich gleich mehrere Bunker, darunter der überwiegend abgetragene und zugeschüttete Führerbunker. Noch

zur Hälfte erhalten und zu einem Großteil just unter jener Freifläche befindlich, ist der Große Bunker, mit einem Ausmaß von etwa 60 mal 30 Metern. In Kriegszeit, zwischen 1940 und 1944 fanden hier sowohl Mitarbeiter:innen der Reichskanzlei, aber auch Hunderte Frauen und Kinder Schutz vor den Bomben. Ein berühmtes, allerdings nachgestelltes Foto vom 2. Mai 1945 zeigt, wie der letzte Stadtkommandant Berlins, Helmuth Weidling, den Bunker verlässt, um sich den sowjetischen Truppen zu ergeben. Geht es nach einem Hamburger Spekulant, der sich das Gelände in den letzten zehn Jahren zusammengekauft hat und Bausenator Christian Gaebler (SPD), soll dieses Stück Geschichte schon bald weichen. Entstehen sollen stattdessen ein siebengeschossiger Neubau mit 66 Wohnungen und ein Büro-

gebäude. Vermutlich um Platz für eine Tiefgarage zu schaffen, sollen dafür die etwa zwei Meter dicken unterirdischen Bunkerwände abgetragen werden. Der Senator hatte zuletzt gegenüber der *Bild*-Zeitung verlauten lassen: „Wir stehen dem Neubau von Wohnungen nicht im Wege, um einen Bunker zu erhalten, der dann womöglich noch zum Wallfahrtsort wird.“ Lauten Widerspruch dagegen hat am Dienstag der Verein Berliner Unterwelten formuliert, der die Geschichte der Stadt an authentischen Orten vermittelt. Auf einer auch von internationalen Journalist:innen gut besuchten Pressekonferenz in den Vereinsräumlichkeiten am Zeughaus, einer ehemaligen unterirdischen Toilettenanlage, appellierte der Vorsitzende Dietmar Arnold an die Investoren, sich mit der NS-Vergangenheit

auseinanderzusetzen. „Das ist ein historischer Ort, der nicht kaputtgehen darf“, so Arnold. Eigentümerin soll eine Holding der Verlegerfamilie Jahr sein. Der Stadtplaner Arnold schlägt stattdessen vor, den Neubau auf den Bunkeranlagen zu errichten. Dies sei „ohne Probleme“ machbar, schließlich hätten die auch schon die Neue Reichskanzlei getragen. Notwendig dafür sei lediglich die Anpassung des „inzwischen völlig veralteten“ Bebauungsplans von 2006. Den Wohnungsbau wolle man „nicht verhindern“, auch wenn dort keine Wohnungen für den „Otto-Normal-Verbraucher“ entstünden, so Arnold. Den Bunker selbst möchte der Verein zu einem Erinnerungs-ort an das NS-Regime, der Geschichte der Neuen Reichskanzlei und dem Kriegsende umgestalten. Die Kosten für Um- und

Ausbau würde man selbst übernehmen. Kein gutes Haar ließ Arnold am Vorgehen und der Positionierung von Senator Gaebler und von Mittes Baustadtrat Ephraim Gothe (SPD). So habe der Verein seit März vergangenen Jahres immer wieder Anfragen an die Senatsverwaltung und den Bezirk zu den Ergebnissen der Tagung des Landesdenkmalamtes gestellt und nach einem Kontakt zu dem Eigentümer gebeten. Antworten erhielten sie nicht. „Eine Transparenz zum Bauvorhaben war nicht vorhanden, die Öffentlichkeit faktisch ausgeschlossen“, so Arnold. Erst Mitte Juni dieses Jahres gelang es Arnold, Kontakt zu den Bauherren aufzunehmen. Am selben Tag hätten sich Gaebler und Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt an die *Bild* gewandt. Kahlfeldt sagte dieser: „Die Denk-

malschützer sehen nicht die Notwendigkeit, das zu erhalten – aber die Notwendigkeit der Dokumentation.“ Arnold widersprach und verwies auf eine Empfehlung des Denkmalamtes aus dem März 2025. Damals hieß es: „Das Landesdenkmalamt sieht einen möglichen Abbruch der baulichen Reste des Großen Bunkers unter der Neuen Reichs-

Das Landesdenkmalamt sieht einen möglichen Abbruch der baulichen Reste des Großen Bunkers unter der Neuen Reichskanzlei kritisch

kanzlei kritisch.“ Dieser befände sich trotz Grundwassereinfluss in einem „guten Zustand“. Aus der Senatsverwaltung von Gaebler hieß es auf Anfrage der taz, das Grundstück sei „seit 2007 in privatem Eigentum“, zudem sei der Bebauungsplan 2006 „unter Betrachtung denkmalrechtlicher Aspekte“ beschlossen worden. Für Gaebler habe der „Wohnungsbau an dieser Stelle Priorität“. Der Eigentümer sei „verpflichtet, vor Abriss des Bunkers diesen entsprechend zu dokumentieren“. Zu dem Kompromissvorschlag vom Verein Berliner Unterwelten äußerte sich die Verwaltung nicht. Arnold dagegen sieht die Gefahr, dass Berlin womöglich den aufwändigen und teuren Abriss des Bunkers auch noch aus eigener Tasche bezahlen müsste. Gaeblers Warnung vor einem „Wallfahrtsort“ bezeichnete er als „Totschlagargument“, das schon vor 30 Jahren vorgebracht wurde, sich aber nirgends in Berlin je erfüllt hätte. Auch das Beispiel der Topographie des Terrors zeigt, dass dieses Argument wenig überzeugend ist. Die Topographie des Terrors ist einer der meistbesuchten Erinnerungsorte in Berlin und entstand vor allem durch zivilgesellschaftliches Engagement. Damals, so Arnold, hätte er den Abriss vielleicht noch verstehen können, heute aber habe man ein ganz anderes Geschichtsverständnis. Der Senat aber habe sich anscheinend einfach nur „gefreut, dass da ein Investor kommt und diesem den Weg freigeräumt“.

Laura Mies freut sich auf die partielle Sonnenfinsternis über Berlin

Und es wird finster

Sich nach getaner Arbeit noch mal die Nase im Park von der Sonne kitzeln lassen – das wird im August schon zunehmend schwierig. Tag um Tag kommt der Sonnenuntergang früher und stimmt auf ein baldiges Sommerende ein. Doch gerade die frühe Dunkelheit wird am 12. August zum Schauspiel: Dann ist in Berlin und Umgebung eine partielle Sonnenfinsternis zu beobachten. Erst im März 2025 hat sich in Deutschland die letzte partielle Sonnenfinsternis ereignet, doch die diesjährige ist anders: War die Sonne im vergangenen Jahr nur zu rund 20 Prozent verdeckt, sind es heuer bis zu 85 Prozent. Doch was passiert bei so einer Finsternis eigentlich genau? Bei diesem Phänomen stehen Sonne, Erde und Mond genau auf einer Linie. Die Finsternis entsteht,

weil sich die Sonne in diesem Fall im Schatten des Mondes befindet. Bei einer totalen Sonnenfinsternis, wie sie in Deutschland zuletzt im August 1999 zu sehen war, bedeckt der Mond die Sonne ganz, bei einer partiellen, wie in diesem Jahr, nur in Teilen. Sonnenfinsternisse treten laut Deutschem Wetterdienst zwar rund dreimal jährlich auf. Nur muss man sich auf einem bestimmten Teil der Erdoberfläche befinden, um den Mondschatten auch zu sehen. Recht selten ist das Phänomen trotzdem, denn meist zieht der Mond nördlich oder südlich an der Sonne vorbei. In Berlin startet die Sonnenfinsternis am Mittwoch um 19.15 Uhr, um 20.08 Uhr schiebt sich der Mond dann maximal vor die Sonne. Schon eine knappe halbe Stunde später, um 20.37 Uhr, ist der Zauber dann auch schon wieder

vorbei. Da die Sonne zum Zeitpunkt der Finsternis sowie schon sehr tief steht, ist das Ende der partiellen Phase nur an Spaniens Nordküste zu beobachten. Dort kommt es sogar zu einer totalen Sonnenfinsternis, in Deutschland gibt es die erst wieder 2081. Der richtige Standort – ob Autobahnbrücke, Balkon oder Berg – ist im flachen und dicht bebauten Berlin entscheidend, um das Spektakel überhaupt sehen zu können. Freie Sicht nach Westen oder Nordwesten ist ideal, um das Maximum der Finsternis aufgrund des tiefen Sonnenstandes zu sehen. Die beste Sicht verspricht in Berlin zum Beispiel das weitläufige Tempelhofer Feld, der Drachenberg oder der Teufelsberg. Auch der Flakturm im Humboldthain und der Klunkerkränich in Neukölln sind geeignete Orte zum Staunen.

Wer eine eingeschränkte Sicht durch Häuser, Kirchtürme oder Bäume nicht riskieren möchte, kann sich die Finsternis auch in diversen Livestreams oder im Zeiss-Großplanetarium in Prenzlauer Berg anschauen. Ab 17 Uhr findet dort die „Lange Nacht der Astronomie“ statt, bei der man den Himmel unter anderem durch Teleskope betrachten kann, die eine sichere Beobachtung der Sonnenfinsternis ermöglichen. Gefährlich wird die Beobachtung, wenn man bei der Finsternis direkt in die Sonne schaut, da das Auge dann sehr intensiver Strahlung ausgesetzt ist. Laut dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) kann das die Netzhaut so stark schädigen, dass das Sehvermögen bleibend eingeschränkt wird oder sogar ganz verloren geht. Eine normale Sonnenbrille reiche nicht aus, um die Sonnenfinsternis zu beobachten. Als si-

cherste Methode zur Sonnenbeobachtung gilt laut BfS die indirekte Betrachtung mit einer Lochkamera (Camera obscura). Außerdem gibt es spezielle Schutzbrillen, die man bei Optikern, Planetarien oder Sternwarten kaufen kann. Falls Sie eine solche nicht mehr ergattert haben, kann man eine Lochkamera recht simpel selber basteln. Das macht unter allen andern Beobachter:innen zudem gleich was her, von denen werden Sie dank Sommerferien zumindest draußen einige treffen. Es lohnt sich zudem, genügend Snacks und eine gemütliche Picknickdecke einzupacken, denn die Sonnenfinsternis ist am Mittwoch nicht das einzige Schauspiel am Himmel: In der darauffolgenden Nacht sind die Perseiden zu beobachten, ein Sternschnuppenstrom mit bis zu 100 Sternschnuppen pro Stunde.

40 Grad? Nicht vorgesehen!

Für die Fahrgäste im Berliner ÖPNV bleibt Extremhitze noch auf Jahre ein Problem. Bei Infrastruktur und Fahrzeugen ruckelt's, aber vorerst nur ein bisschen

Von Claudius Prüßer

Gleise, die sich in der glühenden Hitze verbiegen, eingestellter Zugverkehr, versagende Klimaanlage, Hitzeschocks bei Fahrgästen – solche Meldungen über den Berliner ÖPNV kursierten während der 40-Grad-Welle Ende Juni. Eine Anfrage der Grünen im Abgeordnetenhaus hat jetzt etwas mehr Licht in die Folgen der Extremtemperaturen für den Nahverkehr gebracht. Demnach sind strukturelle Schäden und Betriebs Einschränkungen noch überschaubar – aber für viele Fahrgäste bleibt es auf Jahre ein schweißtreibendes Unterfangen, an solchen Tagen unterwegs zu sein.

Die verkehrspolitischen Sprecherinnen der Grünen-Fraktion, Antje Kapek und Oda Hassepaß, hatten unter anderem wissen wollen, wie oft Bahnen und Busse am 26., 27. und 28. Juni hitzebedingt ausfielen. Laut Senatsverwaltung für Mobilität und den Verkehrsunternehmen gab es bei der Tram zwei Vorkommnisse: 600 Meter Gleis in der Bernauer Straße, die geschliffen werden mussten, und eine verzogene Weiche in Köpenick. Zugausfälle auf der U1 und der U3 wegen einer Signalstörung seien „nicht zwingend“ der Hitze anzulasten.

Die Busse – ob Diesel oder elektrisch – hatten offenbar mit der Klimatisierung zu kämpfen. Weil man sich aber durch Wartung der Anlagen gut vorbereitet habe, sei das „Störungs niveau auf beherrschbarem Niveau“ geblieben, so die BVG. In der Elektrobusflotte hätten Warnmeldungen zur Batteriekühlung zum Ausfall einzelner Fahrten geführt.

Die S-Bahn meldete keine Probleme mit ihrer Infrastruktur, aber doppelt so viele Störungen im Fahrzeugbetrieb wie sonst: Vor allem Türsteuerungen scheinen bei großer Hitze häufiger zu versagen. Gravierender war die Situation auf den Regionallinien: Einige Züge der DB Regio Nordost blieben zeitweise stehen, weil Lokomotiven Kühlpausen einlegen mussten. Und die dieselbetriebenen Züge der Niederbarnimer Eisenbahn fielen an allen drei Tagen „spätestens ab 16 Uhr“ aus, weil die Klimaanlage ihren Dienst versagte.

Statistiken, mit denen sich die Hitzestöranfälligkeit der Infrastruktur über die vergangenen Jahre vergleichen ließe, gibt es bei der BVG nicht – weil das, so das Unternehmen, „in der Vergangenheit noch nicht notwendig“ war. Die S-Bahn GmbH verzeichnete 2018 und 2019 jeweils zwei hitzebedingte Störungen sowie eine im Jahr 2024.

„Wenn wir jetzt nicht handeln, werden BVG, S-Bahn und Regionalverkehr in Zukunft über weite Teile des Sommers ausfallen und Berlin wird nicht mehr funktionsfähig sein“, warnt Antje Kapek. Die Senatsverwaltung sieht das offenbar gelassener, räumt aber ein, man müsse mittlerweile davon ausgehen, „dass künftig Tagesmaxima von 40 °C wiederholt erreicht und überschritten werden können“. Was die „Klimarisikoanalyse Berlin 2026“, auf deren Grundlage der Senat plant, in Teilen obsolet macht: Sie enthält keine Aussagen zu Tagen, an denen mehr als 35 Grad °C herrschen.

Zwar sollen die neuen Fahrzeugreihen von S-Bahn, Tram und Regionalbahnen auch bei bis zu 45 Grad fahrtüchtig bleiben, aber der Komfort der NutzerInnen bleibt ein Problem. Für die Klimaanlage in den neuen Zügen der S-Bahn gilt nur eine DIN-Norm mit angenommenen Maxima von 35 Grad Celsius. In den älteren Bau reihen, die erst bis 2036 komplett ausgemustert sein sollen, gibt es ohnehin keine Klimatisierung, genauso wenig wie in der U-Bahn. Immerhin: Bei der Tram sind laut BVG schon 266 von 380 Bahnen klimatisiert, bis 2032 sollen es alle sein.

Eher dürftig sind die Antworten auf Kapeks und Hassepaß' Frage nach dem Berliner Hitzeaktionsplan. Dessen Maßnahmen mit Bezug auf den ÖPNV ließen sich „überwiegend nicht kurzfristig umsetzen“, so die Mobilitätsverwaltung – etwa die Beschaffung neuer Fahrzeuge oder die Aufstellung von Wartehallen. Man prüfe aber, inwieweit „die Fahrgastinformation in Bezug auf Hitzeereignisse einbezogen“ werden könne. Die BVG habe schon ihre elektronischen Anzeigen mit dem Hinweis „Bitte achtet aufeinander und trinkt ausreichend Wasser“ bespielt.

Wir trauern um
Dr. Barbara Leucht
2.12.1945 - 20.7.2026

Wir beerdigen Dich mit einer großen Feier für alle, die von Dir Abschied nehmen wollen, am Dienstag, den 25.8.2026 um 12 Uhr in der Kapelle des Georgen-Parochial-Friedhof II, Friedensstr. 80, 10249 Berlin.

Anzeige

taz blogs
Nicht zu fassen ... aber zu lesen.
Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs



mittwoch, 12. august 2026 taz

Am 29. August feiert Königs Wusterhausen und Ludwigsfelde CSD – genauso wie im Mai in Potsdam
Foto: Jeremy Knowles

„Der CSD in Rathenow fällt nicht aus“

In Brandenburg finden die ersten CSDs nach dem Attentat in Berlin statt. Wie ist die Stimmung im Nachbarland? Lars Bergmann von AndersARTIG gibt Auskunft

Interview Andreas Hergeth



Foto: Stefan Fiedler

Lars Bergmann 43, Landesverband AndersARTIG, ein Dachverband verschiedener regionaler und überregionaler Gruppen und Vereine von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle & Trans* im Land Brandenburg.

taz: Herr Bergmann, Sie arbeiten für den Landesverband AndersARTIG, einen Dachverband regionaler und überregionaler Gruppen und Vereine von und für Lesben, Schwule, Bisexuelle & Trans* im Land Brandenburg. Wie ist die Stimmung nach dem CSD-Attentat in Berlin?

Lars Bergmann: Bei uns trifft sich das Brandenburg-weite CSD-Netzwerk einmal monatlich, dadurch habe ich einen relativ guten Überblick, wie es aussieht. Auf der einen Seite gibt es viel Fassungslosigkeit und Trauer. Auf der anderen aber auch eine Jetzt-erst-recht-Haltung. Die Menschen überlegen auch, was das für ihre persönliche Sicherheit bedeutet, und hier in Brandenburg bezieht sich das eher auf Übergriffe von rechter Seite. Auf der aktivistischen Ebene heißt es: Wir weichen nicht zurück, sonst haben diejenigen, die uns unsichtbar machen wollen, gewonnen.

taz: Am 29. August stehen in Brandenburg die nächsten CSDs statt, in Königs Wusterhausen und Ludwigsfelde.

Bergmann: Auf beiden CSDs liegt gerade unser Fokus. Königs Wusterhausen feiert Premiere und der CSD in Ludwigsfelde findet dieses Jahr schon zum zweiten Mal statt, da werden es im vorigen Jahr 500 bis 600 Leute gewesen sein.

taz: Was denken Sie, kommen nach dem Attentat in Berlin diesmal mehr Menschen nach Ludwigsfelde?

Bergmann: Na ja, sagen wir mal so: Ludwigsfelde und KW liegen im Speckgürtel von Berlin und ziemlich nah beieinander. Sie machen sich wegen desselben Termins wahrscheinlich ein bisschen die Teilnehmenden streitig. Ich würde schon sagen, dass es eine erhöhte Aufmerksamkeit gibt und sicherlich noch mal mehr Leute angezogen werden als ohne dieses bedauerliche und traurige Unglück in Berlin.

taz: Ich kann mir vorstellen, dass viel mehr unterstützende Queers aus Berlin und anderen Regionen anreisen, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen, oder?

Bergmann: Wir haben eine große Solidaritätswelle aus der Hauptstadt in Richtung der ländlichen CSDs schon im vorigen und auch in diesem Jahr erlebt. Und das wird sicherlich jetzt nicht abbrechen, sondern im Gegenteil mehr werden, weil hier in Brandenburg die ersten CSDs in der Region nach dieser ganzen Tragödie stattfinden. Das wird bestimmt viele bewegen, sich in den Zug zu setzen.

taz: Am 12. September soll der CSD in Rathenow stattfinden. Dem CSD wurden Fördergelder aus einem Bundesprogramm gestrichen. Es handelt sich um eine kleine Summe von 2.500 Euro. Für das Projekt ist das ein

entscheidender Teil, der zur Finanzierung beiträgt.

Bergmann: Was heißt entscheidender Teil, für Rathenow war das alles an Förderung. Das Orga-Team in Rathenow hat das gemacht, was sie im Vorjahr auch getan haben: Sie haben einen Antrag bei der „Partnerschaft für Demokratie“ gestellt. Und plötzlich gibt es ein Nein zum Antrag.

taz: Wissen Sie, warum?

Bergmann: Der ablehnende Bescheid ist ein vorläufiger Endpunkt einer Entwicklung, die wir im Bereich der „Partnerschaften für Demokratie“ ganz allgemein sehen. Auch unser Projekt ist zu Teilen aus diesen Mitteln finanziert. Und obwohl wir den Antrag schon im letzten Jahr gestellt haben, gibt es bis heute keine Bewilligung. Das ist ein Anzeichen dafür, dass der Umbau des Bundesprogramms „Demokratie leben“ jetzt tatsächlich auch in der Fläche ankommt.

taz: Man könnte sagen, dass die Züge angezogen werden.

Bergmann: Diese neue Ausrichtung führt dazu, dass man genauer hinguckt, was gefördert wird. Und es war schon immer so, dass politische Veranstaltungen als solche nicht förderfähig sind. Und man hat sich jetzt eben dazu entschieden, die CSDs auch als vordergründig politische Veranstaltungen zu werten, obwohl es nun mal sozusagen der Hauptausdruck der queeren Community für Sichtbarkeit ist. Das alles ist allen schon lange bekannt. Und das Ärgerliche ist aber, dass das so kurz vor dem Termin entschieden wurde. Das ist für ein ehrenamtliches Orga-Team, das sind alles Leute aus dem Kinder- und Jugendparlament in Rathenow, kaum aufzufangen.

taz: Wie ist der aktuelle Stand? Findet der CSD in Rathenow statt?

Bergmann: Der CSD wird in jedem Fall stattfinden! Die Rathenower haben sich an uns gewandt, weil wir in Brandenburg im letzten Jahr einen Pride-Förderfonds aus Spendenmitteln aufgelegt haben. Für genau solche Situationen. Wir können den Ausfall der Förderung also auffangen. Eine jetzt gestartete Spendenkampagne läuft ziemlich gut. Also ja, Rathenow ist gesichert. Der stand auch zu keiner Zeit wirklich infrage. Aber es ist ärgerlich, dass diese Fördermöglichkeit nun wegbreicht. taz: Ihr Landesverband AndersARTIG springt in die Bresche, das ist schön.

Bergmann: Wir und auch ein Stück weit das Brandenburger Sozialministerium, das einen Teil übernommen hat. Man kann sagen: Land und Zivilgesellschaft sorgen gemeinsam dafür, dass der CSD nicht ausfallen muss.

taz: Am 19. September finden gleich drei Pride Paraden statt, der CSD Oberhavel in Hennigsdorf – hier zum ersten Mal –, und der CSD Bad Belzig und der CSD Teltow-Fläming in Jüterbog. Sie sind mit allen im Gespräch. Gibt

es veränderte Sicherheitsvorkehrungen?

Bergmann: Die Sicherheitsfrage beschäftigt uns schon seit vorigem Jahr, als Neonazis das Fest „Bad Freienwalde ist bunt“ überfielen. In jedem Treffen mit den Orga-Teams der CSDs ist die Sicherheit das beherrschende Thema. Jetzt noch stärker. Aber das ist letzten Endes wie immer auch eine Ressourcenfrage. Wenn man Security einkauft, kostet das richtig viel Geld, das wir alle nicht haben.

taz: Und die Brandenburger Polizei?

Bergmann: Wir haben einen ziemlich guten Kontakt zur Polizei, die das gut auf dem Schirm hat und ziemlich kooperativ ist. Man muss einerseits schauen, wie die Gefahrenlage vor Ort ist. Mit der Polizeibehörde muss man abklären, ob daraus möglicherweise zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen sind.

taz: Und andererseits?

Bergmann: Da muss man die An- und Abreise der Demonstrierenden sichern. Und da ist nicht die Landespolizei, sondern die Bundespolizei zuständig, wegen der Schienenwege. Ein dickes Brett. Man stelle sich vor: Queers und Nazis fahren in einem Zug zur Demo beziehungsweise Gegendemo. Wir hatten das dieses Jahr in Eberswalde. Und auch letztes Jahr, als im Zug vom CSD in Bautzen zurück nach Berlin Nazis und Queere nur dank einer engagierten Schaffnerin nicht aneinander gerieten, weil sie einfach den Durchgang zwischen den Wagen zusperrte. Es liegt ja im eigenen Interesse des Zugunternehmens, dass sie an diesen Tagen auch ihre eigene Security aufstocken. Und das Thema hat nun eine ganz andere Dynamik durch die Vorfälle in Berlin bekommen.

taz: Am 18. August findet in Berlin ein großes Benefizkonzert im Gedenken an den CSD-Anschlag auf den guten Zweck statt, von Baran Kok initiiert. Braucht es solche Solidaritätsbekundungen? Oder braucht die queere Community nicht etwas ganz anderes?

Bergmann: Jede Aufmerksamkeit, die auf die Belange der queeren Communitys gerichtet ist, ist erst mal gut, weil das eben sehr oft unter den Tisch fällt. Das mag man in Berlin vielleicht nicht so wahrnehmen, aber im ländlichen Raum ist das eine ganz andere Hausnummer. Insofern ist Aufmerksamkeit total wichtig. Was es aber vor allem braucht – und das ist weniger eine Forderung an die Gesellschaft als an die Politik – ist eine glaubwürdige Haltung und Einstellung dazu, die sich in einem konsistenten politischen Handeln ausdrückt und darin, dass zum Beispiel dem queeren Netzwerk Lambda die Mittel nicht gestrichen und die „Partnerschaften für Demokratie“ geschreddert werden.



Zuerst Filmgenuss, später dann Musik und Tanz: das Balkonkino in Hellersdorf
Foto: Stadt und Land/Iwo Hoffmann

Zwischen Paul, Paula und Erdbeerbowle

Beim 30. Balkonkino in Hellersdorf treffen DDR-Filmklassiker, Nostalgie und Nachbarschaft aufeinander. Am Ende tanzt der ganze Kiez

Von Marina Mai

Gehen Sie einfach unter der U-Bahn durch, dann sind Sie schon da“, antwortet die Frau am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord auf meine Frage nach dem Cecilienplatz. Und dann fragt sie noch: „Sie wollen zum Balkonkino?“ Ja, genau da will ich hin, erwidere ich. „Da wünsche ich Ihnen viel Spaß. Dieses Jahr muss ich Hundesitten, da kann ich nicht, sonst lasse ich mir das nie entgehen.“

Es ist Freitag 16 Uhr und auf dem Balkonkino in Hellersdorf beginnt das Kinderprogramm. „Moritz in der Litfasssäule“ heißt der Defa-Film von 1983 mit viel Zirkusluft. Aber die Zuschauer sind größtenteils die Großel-

tern der Kinder, Menschen, die den Film noch aus der eigenen Kindheit kennen. Zwei syrische Mädchen haben sich an einem Stand die Gesichter als Schmetterling und Tiger schminken lassen. Deren Schwester läuft gerade die ersten Schritte auf Rollschuhen an Papas Hand.

Es ist das 30. Hellersdorfer Balkonkino, zu dem die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land in diesem Sommer immer freitags einlädt. Umsonst und draußen kann man Filmklassiker sehen, bei Fanta oder Erdbeerbowle Nachbarn treffen und zu Livemusik das Tanzbein schwingen. Was als charmante Idee begann, Kultur in den Kiez und Menschen zusammenzubringen, ist heute ein fes-

ter Bestandteil des Lebens in Hellersdorf.

Der Name „Balkonkino“ ist überholt, hat sich aber eingebürgert: In den ersten Jahren war es tatsächlich so, dass Anwohner ein paar Höfe weiter von ihren Balkons aus die Filme sehen konnten. Doch es kamen immer mehr Menschen, die keine Anwohner waren und wollten im Freien zuschauen. Deshalb ist das Balkonkino irgendwann auf den viel größeren Cecilienplatz gezogen, wo es nur wenige Balkone gibt. Dafür Bänke zum Sitzen.

Aber wer sicher gehen will, dass er nicht stehen muss, sollte sich einen Campingstuhl oder eine Decke mitbringen. Zwei Frauen machen es sich mit Bratwurst und Bratkartoffeln auf

den Bänken gemütlich. „Da spare ich heute das Abendbrotmachen“, sagt eine der Frauen, die der taz noch verrät, dass sie in einer Einraumwohnung lebt. Nicht hier, in Hohenschönhausen. „Aber meine Tochter wohnt hier, sie kommt auch runter, wenn der Enkel im Bett liegt. Ich reserviere ihr den Platz.“

Die beiden Frauen tauschen ihre Erfahrungen mit Ventilatoren aus. Welche sind nicht zu laut und nicht zu sperrig? Es ist 18 Uhr. Der Kinderfilm ist zu Ende und die Bühne für die Liveband wird aufgebaut. Die Frauen freuen sich, „dass wir dieses Jahr kein Mückenjahr haben. Die würden uns sonst zerfressen.“ Das Mädchen mit den Rollschuhen läuft jetzt sicher über den Cecilienplatz – sogar ohne Papas Hand.

Der Gastgeber von der Stadt und Land begrüßt die Liveband TCM zum 30. Balkonkino. „Wir sind mit dem Balkonkino eine Institution geworden, die es sonst nirgendwo in Berlin gibt. Von einem Jahr Coronapause abgesehen haben wir jedes Jahr dieses Event veranstaltet.“ Als kommunales Wohnungsunternehmen ist es der Stadt und Land ein Anliegen, Kultur dorthin zu bringen, wo die Menschen leben.

Inzwischen sitzen mehrere Hundert Menschen auf den Platz. Der Inhaber des nahen indischen Restaurants stellt gerade Tische und Stühle raus, an denen man bei Bewirtung sitzen kann. Und die Hellersdorfer lassen sich nicht lange zum Tanz bitten. Schon beim ersten Song ist die Tanzfläche gut gefüllt.

Songs wie „Alt wie ein Baum“ oder „Über sieben Brücken mußt Du gehen“ von den DDR-Kultbands Puhdys und Karat lassen die auf der Tanzfläche reich vertretene Boomer-Generation in Erinnerungen schwelgen. Und die Hellersdorfer sind da text-sicher und singen mit. Auch bei den „99 Luftballons“, einem Song der west-deutschen Nena von 1983. Schließlich war die Mauer für Radiowellen durchaus durchlässig.

Die Sitzplätze auf dem Platz sind längst belegt. Immer mehr Menschen kommen, die es sich in Gruppen auf Decken gemütlich machen, mitgebrachte Chips herumreichen und Bier vom Stand trinken. Der Kinderschminkstand hat schon geschlossen, das Mädchen mit dem Tigergesicht ist auf Papas Arm eingeschlafen und wird gerade nach Hause getragen.

Auf der Bühne spielt die Band „Wenn ein Mensch lebt“ und „Geh zu ihr und lass deinen Drachen steigen“. Lieder der Puhdys aus dem Jahr 1973, geschrieben für den Defa-Kult-Film

„Die Legende von Paul und Paula“. Für genau den Film, den die Hellersdorfer jetzt sehen wollen.

Die große Leinwand zwischen der Kulisse von Elfgeschossern wird wieder hell. Es ist 20.15 Uhr und deutlich kühler geworden. Die Frau aus Hohenschönhausen begrüßt ihre Tochter, der sie den Platz reserviert hat. Ihre Tochter hat ihr eine warme Jacke und ein weiches Kissen mitgebracht. Während die Mutter gar nicht zählen kann, wie oft sie den Film schon gesehen hat, ist er für die Tochter eine Premiere.

.....

Noch mehr Balkonkino

14. August 2026 Kinderfilm: Der gestiefelte Kater, Filmstart: 16:00 Uhr. Anschließend: Mein Blinddate mit dem Leben, Filmstart: 20:15 Uhr. Musik: Quarter Horse – Die fünfköpfige Formation covert Hits aus fünf Jahrzehnten und mischt dabei Oldies, Pop, Rock’n’Roll und Country. Musikbeginn: 18:15 Uhr

21. August 2026 Kinderfilm: Ein Zwilling kommt selten allein, Filmstart: 16:00 Uhr. Anschließend: Yesterday 🎸, Filmstart: 20:15 Uhr. Musik: AGELESS – Oldies der 80er oder 90er, die besten Hits der Popmusik und aktuelle Charts. Musikbeginn: 18:15 Uhr

28. August 2026 Kinderfilm: Der Kleine Nick 🎸, Filmstart: 16:00 Uhr. Anschließend: Der Vollposten. Filmstart: 20:15 Uhr. **Musik:** VELVET CATS – Mit den besten Hits aus sechs Jahrzehnten präsentieren sich die Velvet Cats im Stile der 50er. Musikbeginn: 18:15 Uhr

.....

Sommerserie „Unter anderen“

Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Aber das ist nur ein Teil der Wirklichkeit. Berlin ist voller Orte, an denen Menschen noch ins Gespräch kommen – beiläufig, ungeplant und oft überraschend. Räume des urbanen Zusammenlebens, offen, widersprüchlich und sozial durchlässig. Für unsere Sommerserie erkunden wir diese alltäglichen Kontaktzonen, in denen Menschen Verbindung und Verschiedenheit suchen, aushalten und verhandeln.

Alle Texte zur Serie sind hier auf taz.de versammelt.

.....

Anzeige



Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonent:innen



39,60 €

für 1 Jahr

LMD auf

Papier

Jetzt bestellen und jeden Monat mit *Le Monde diplomatique* die Welt begreifen

taz.de/lmd-gedruckt



Mittlerweile ist die Baustelle weiter fortgeschritten, fertig soll das Casa Luna 2027 werden
Foto: Kaija Kutter

„Diese jungen Menschen haben ja keine Verbrechen begangen“

Hamburg plant ein neues geschlossenes Heim für bis zu 16 Kinder: die „Casa Luna“. Ein Mitarbeiter der Kinderschutzhäuser hat daran Kritik und hält das Heim für überflüssig. Hätten sie nur genug Personal, sagt er, würden weniger Kinder ausrasten

Interview **Kaija Kutter**

taz: Herr Meyer, Sie arbeiten in einer Hamburger Kinderschutzgruppe. Im nächsten Jahr eröffnet Hamburg mit Casa Luna ein Heim, in dem Kinder ab Alter von neun Jahren geschlossen untergebracht werden können. Ist das nötig?

Ludwig Meyer*: Es wäre ein krasser Einschnitt ins Leben für diese Kinder. Diese jungen Menschen haben ja kein Verbrechen begangen. Sie erfahren meist Gewalt und befinden sich nach einer Inobhutnahme weit weg von ihrer Familie. Manche gelten als „Systemsprenger“, weil sie nicht in das aktuelle Hilfesystem passen. Aber dafür brauchen wir kein Casa Luna. Hamburg kam jetzt 20 Jahre ohne geschlossenes Heim aus, wir haben immer auch diese Fälle gelöst.

taz: Es soll ja für Kinder sein, die zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie hin und her pendeln. Gibt es in Ihrem Haus solche Kinder?

Meyer: Wir haben immer wieder Kindern, die mal kurz, mal länger in der Psychiatrie sind. Aber meine Erfahrung ist, dass diese Kinder je nach Fallgeschichte entweder bei uns gut aufgefangen werden können oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) richtig sind. Dieses Pendeln ist oft nur das Nebenprodukt eines überlasteten Hilfesystems.

taz: Was ist das Problem in den Kinderschutzgruppen?

Meyer: Auch uns trifft der Spardruck. Dadurch haben wir nicht die Kapazitäten, die Bedürfnisse der Kinder adäquat aufzufangen. Und die Kinder, die zu uns kommen, haben hohe Bedürfnisse.

taz: Was heißt das praktisch?

Meyer: Mal mit einem Kind spazieren gehen und alleine reden. Sich eins

zu eine Zeit nehmen. Das geht nicht, wenn ich alleine im Haus bin und da auch noch sieben andere Kinder sind. Wir haben regulär acht Plätze, manchmal sind es aber auch neun oder zehn Kinder. Und jedes Kind, das zu uns kommt, hat es eigentlich verdient, psychotherapeutisch behandelt zu werden. Da gibt es aber zu wenige Plätze. Wir sehen teils auch davon ab, weil wir das, was die Therapie aufrührt, gar nicht auffangen können. Dafür sind wir zu wenig Leute. Deshalb sollen die Kinder erst in die Therapie, wenn sie in die Langzeitlösung kommen. Wir sind ja nur ihr Übergangszuhause. Aber die Kinder leben teils ein Jahr und länger bei uns. Und der Druck, warum sie in Therapie sollten, wartet nicht immer ein Jahr. Kommen dann die Traumata der Kinder an die Oberfläche, wird es akut. Und dann muss ein Kind mal in die KJP.

taz: Wenn ein Kind ausrastet?

Meyer: Ausraster sind unser täglich Brot, damit gehen wir um. Sie müssen in die KJP, wenn sie dabei zu krass selbst- oder fremdgefährdend werden. Dass sie sich wehtun, Suizid androhen, vielleicht sogar versuchen oder andere Kinder gefährden. Selbst Kinder, die jünger sind als neun, machen so negative Erfahrungen, dass „Ich möchte nicht mehr leben“ öfters Thema ist. Sind es noch Worte, sollte man nah beim Kind sein und mit ihm besprechen, was es bedrückt. Gibt es aber akute Suizidversuche, sollten die Kinder in die KJP, um das abzuklären. Dafür ist die KJP auch da. Auch dort machen ganz viele Leute gute Arbeit.

taz: Was könnte Hamburg praktisch tun?

Meyer: Der Personalschlüssel in unseren Kinderschutzhäusern muss erhöht werden. Auf dem Papier ist unser Haus voll besetzt. Aber kommt ein Krankheitsfall oder fehlt in einem an-

deren Haus ein Kollege, bin ich schnell wieder alleine. Hätten wir mehr Personal, dann könnten wir uns besser um die Kinder kümmern. Dann würden

„

Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es heißt: Okay, der Junge oder das Mädchen von uns wäre ja passend für Casa Luna

weniger Fälle so hochkochen, weil die Kinder gar nicht erst so groß ausrasten müssen.

taz: Wie viele Stellen bräuchten Sie?

Meyer: Eine Stelle mehr für jede Kinderschutzhäuser würde schon viel helfen, damit wir mehr am Kind arbeiten und diese jungen Menschen viel besser auffangen können. Da hängen ja noch Folgeprobleme dran: Kinder, die einmal in der KJP waren, sind viel schwieriger zu vermitteln. Viele Wohngruppen oder Familien überlegen sich das dreimal, wenn sie wissen: Oh, der nimmt schon Medikamente, der war bei der Psychiatrie vorstellig. Und dadurch wird die Gruppe immer voller und dieser Kreislauf verstärkt. Es hat einen großen Einfluss auf das Hilfesystem, wenn wir weniger Psychiatriefälle haben. Und für die Kinder ist es auch belastend, wenn sie sehen, an-

dere Kinder gehen wieder, nur mich will keiner.

taz: Und schon eine Stelle mehr pro Haus würde helfen?

Meyer: Ja. Ich weiß nicht, ob das gleich alle Probleme löst. Aber es wäre gut, wenn wir immer tagsüber mit zwei Fachkräften im Dienst sind. Es hilft auch, wenn man gerade einen Konflikt mit dem Kind hat und wechseln kann. „Okay, du übernimmst mal.“ Kann sich eine neue Person einbringen, lassen sich Konflikte mit den Kids viel einfacher lösen, als wenn ich das alleine machen muss.

taz: Für Casa Luna ist ja auch eine interne Schule geplant. Das ist bei den Kinderschutzhäusern anders.

Meyer: Genau. Unsere Kinder gehen als Gast auf eine normale Schule. Damit machen wir tolle Erfahrungen. Das ermöglicht einfach so ein Fünkchen an Normalität in ihrer Lebenssituation. Eine interne Beschulung dagegen schottet die Kinder noch weiter ab.

taz: Arbeiten Sie gern im Kinderschutz?

Meyer: Ja. Es ist toll zu sehen, wie die Kinder sich entwickeln, wenn sie ausziehen. Hamburgs System der Inobhutnahme, das für jedes Kind einen Platz schafft, ist an sich super gut und wichtig. Dahinter stehen Hunderte Menschen, die einen großartigen Job machen. Nur mit diesem Casa Luna nimmt das einen repressiven Charakter an, der mir und Kolleg*innen Bauchschmerzen bereitet. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis es heißt: Okay, der Junge oder das Mädchen von uns wäre ja passend für Casa Luna. Unsere Kinder sind sechs bis zwölf. Die werden dann betroffen sein. Bei Kindern, für die man bisher noch individuelle Lösungen suchte, sagt man dann, statt dieser teureren Sachen kann es auch dahin.

Ludwig Meyer* ist Mitte 30 und seit vielen Jahren Erzieher in einer der sechs Hamburger Kinderschutzhäuser für Kinder im Alter von sechs bis zwölf Jahren, die von der Stadt in Obhut genommen wurden und auf ein neues Zuhause oder eine Rückkehr in ihre Familie warten. Er gibt dieses Interview unter anderem Namen, um berufliche Nachteile zu vermeiden.

Neue Sorgen für die Mieter

Die neue Hamburger Eigentümerfirma plant, 300 Bewohner aus dem maroden Göttinger Immobilienkomplex in der Groner Landstraße rauszuklagen

Von Reimar Paul

Vielen Bewohnerinnen und Bewohnern des maroden Wohnkomplexes Groner Landstraße 9 am Rand der Göttinger Innenstadt droht neuer Ärger. Der Mehrheitseigentümer hat 118 Räumungsklagen gegen Mieter:innen angekündigt. Rund 300 Personen sind davon betroffen.

Für zusätzliche Unruhe hatte zwischenzeitlich auch eine Ankündigung der Göttinger Stadtwerke gesorgt, die Fernwärmeversorgung für die Groner Landstraße wegen ausstehender Zahlungen zu stoppen. Ende vergangenen Jahres hatte die kurz zuvor gegründete Göttinger Quartiersgesellschaft 286 von etwa 430 Wohnungen von den beiden vorherigen insolventen Mehrheitseigentümern übernommen.

Die Quartiersgesellschaft ist eine Tochter der Hamburger Sivius GmbH. Diese hatte eine Sanierung der Wohntürme versprochen, die unter anderem wegen Müll und Ungezieferbefall sowie der später als rechtswidrig eingestuften Abriegelung während der Coronapandemie durch die Stadt in die Schlagzeilen geraten waren.

Nun war mit ersten Aufräumarbeiten begonnen worden. Gleichzeitig hatte die Sivius bekannt gegeben, möglichst alle Wohnungen erwerben zu wollen. Die jetzt angekündigten Räumungsklagen richten sich den Angaben zufolge gegen Miet- und Nutzungsverhältnisse, bei denen „erhebliche Rückstände aus Betriebs-

und Nebenkosten bestehen“. Jetzt wolle man „ungeklärte Mietverhältnisse und erhebliche Zahlungsrückstände ordnen“. Die Rückstände beliefen sich monatlich auf rund 60.000 Euro.

Sivius-Geschäftsführer Taha Jacobi sieht zudem bei zahlreichen Wohnungen in dem Objekt „konkrete Anhaltspunkte für eine erhebliche Überbelegung“. Zwei-Zimmer-Wohnungen würden teilweise dauerhaft von vier bis sechs Personen bewohnt. Weitere Bewohner:innen würden als Besucher bezeichnet. Dem niedersächsischen Wohnraumschutzgesetz gilt eine Wohnung als überbelegt, wenn nicht für jeden Bewohner mindestens zehn Quadratmeter Wohnfläche bereitstehen.

„Die Verfahren sollen innerhalb der kommenden Wochen schrittweise bei Gericht eingereicht werden“, schreibt die Sivius. Und erklärt, dabei nicht voreilig und vorschnell zu handeln. Man habe über einen längeren Zeitraum versucht, mit den Mietern, dem Jobcenter und zuständigen Stellen „tragfähige Lösungen zu entwickeln“.

Auch seien Bewohner:innen beim Beantragen einer Übernahme der Mietschulden unterstützt worden. Unterlagen wurden gesammelt, gemeinsam ausgefüllt und bei den Behörden eingereicht. Doch mit den betroffenen Mieter:innen hätten meist keine belastbaren Zahlungsvereinbarungen oder andere tragfähige Lösungen erzielt werden können.

„Wir haben über Monate

versucht, Lösungen zu finden, gerichtliche Verfahren zu vermeiden“, so Jacobi. Wenn aber die Rückstände weiter wüchsen und keine Vereinbarungen zustande kämen, dann sei „weiteres Zuwarten nicht mehr verantwortbar“. Nur wenn die Mietzahlungen flössen und die Belegungszahlen stimmten, könne die Groner Landstraße 9 langfristig als sicherer Wohnstandort stabilisiert werden.

Die Göttinger Stadtverwaltung verweist darauf, dass es sich um privatrechtliche Mietverhältnisse handele. In die sei die Stadt nicht verwickelt. Das stimmt zwar formell. Doch ein großer Teil der Mieter:innen bezieht Transferleistungen.

„Immer nur auf die jeweils nächste Eskalation zu reagieren, ist kein Umgang mit einer Problemimmobilie dieser Größenordnung“

Ehsan Kangarani (CDU), Oberbürgermeisterkandidat

gen, und für diese übernimmt die Stadt die Kosten der Unterkunft sowie auch die Kosten für eine Beratung durch den Mieterverein.

Nach Auskunft des örtlichen Amtsgerichts muss jede Räumungsklage einzeln entschieden werden, die Bearbeitungszeit liege im Schnitt bei drei bis sechs Monaten. Un-

klar ist, was mit den 300 Bewohner:innen passiert, wenn die angekündigten Klagen Erfolg haben.

„Für Menschen ohne Obdach stellt die Stadtverwaltung Notunterkünfte bereit“, erklärt zwar die Verwaltung. Doch deren Zahl ist begrenzt. In den infrage kommenden städtischen Liegenschaften sowie den Räumen der kooperierenden Heilsarmee stehen gerade mal rund 100 Schlafplätze zur Verfügung.

In der Kommunalpolitik sorgt das zögerliche Verhalten der Verwaltung für Kritik. Der CDU-Kandidat für das Oberbürgermeisteramt, Ehsan Kangarani, sieht in der Ankündigung der Sivius den „vorläufigen Höhepunkt“ eines „permanenten Krisenmodus“. Zwar stehe der Eigentümer „in der Verantwortung, klare Verhältnisse zu schaffen“. Er erwarte aber, „dass die Verwaltung nicht länger bloß reagiert, sondern endlich handelt.“ Dafür müsse man ein tragfähiges Konzept für den Wohnkomplex vorlegen. „Immer nur auf die jeweils nächste Eskalation zu reagieren, ist kein Umgang mit einer Problemimmobilie dieser Größenordnung.“

Linken-Kandidat Thomas Goes bezeichnet die Ankündigung der Sivius als „Alarmsignal“. Für die Mieter:innen, oft Familien mit Kindern, bedeute das „Angst, ihr Zuhause und damit ein Dach über dem Kopf zu verlieren“. Die Situation sei der Verwaltung seit Jahren bekannt. „Dieses Haus ist das Aushängeschild für eine miserable Miet- und Wohnungspolitik“, sagt Goes.

Oft in die Medien geraten: Wohnkomplex Groner Landstraße in Göttingen
Foto: Swen Pförtner/dpa

Hamburger Szene

Eigentümer ließ Haus verfallen

In der Holstenstraße in Altona wurden Mieter:innen eines Mehrfamilienhauses plötzlich wegen Einsturzgefahr evakuiert. Jetzt wird ein Teil ihres Zuhauses abgerissen

Zwei haushohe Kräne ragen am Dienstagvormittag über das Dach der Holstenstraße 195 und 197 in Altona hinaus. Unter den Kränen befindet sich der Eingang zum Hinterhof des Hauses. Der Zugang zum Hof ist mit Absperrgittern versperrt. Mehrere Polizist:innen und Baggerfahrer in Warnwesten und Helmen stehen davor und unterhalten sich. Es haben sich Medienvertreter:innen und Interessierte eingefunden.

Im Juli war das fünfstöckige Mehrfamilienhaus wegen akuter Einsturzgefahr geräumt worden. Die Bewohner:innen mussten ihr Zuhause innerhalb kürzester Zeit verlassen. Einige berichten, dass sie nur 10 Minuten hatten, um ihre Sachen zu packen. Zwei Nachbarhäuser wurden ebenfalls evakuiert.

Die Mieter:innen hatten zuvor Risse in den Wänden ihres Wohnhauses bemerkt und die Feuerwehr gerufen. Eine Prüfung des Hauses zeigte später, dass der hintere Teil des Gebäudes nicht mehr genutzt werden kann. Laut dem Bezirksamt Altona

„Wir erwarten, dass sich Eigentümer, die Häuser besitzen, auch um die Häuser kümmern.“

Eine ehemalige Bewohnerin

muss dieser Teil deswegen abgerissen werden. An diesem Dienstag soll das passieren.

Wenige Meter vom Zugang zum Hinterhof entfernt steht eine ehemalige Bewohnerin des Hauses. Mit Tränen in den Augen schaut sie zu den Kränen hinauf, die hinter dem Dach ihres einstigen Zuhauses verschwinden. „Es wird gleich hinter mir ein Teil meines Hauses abgerissen. Es macht mich fassungslos“, sagt sie der taz. Sie und die anderen ehemaligen Mieter:innen hätten große Angst, dass es nicht beim hinteren Teil bleibt und alles abgerissen wird, sagt sie.

Bevor die Abrissarbeiten beginnen, bittet die Polizei alle Zuschauer:innen, sich hinter eine weiträumigere Absperrung zu stellen, die einige Häuser weiter aufgestellt wurde.

In der Nähe steht ein Polizist, der sich den Fragen der Betroffenen stellt. Er erklärt: „Die Kacke ist am Dampfen. Wir versuchen, den Personenschaden zu minimieren.“

Da steht auch Rechtsanwalt Marc Meyer. Er arbeitet als Rechtsberater beim Mieterverein „Mieter helfen Mietern“ und unterstützt die betroffenen Mieter:innen in der Holstenstraße. Hinter der Absperrung tauscht er sich mit ehemaligen Bewohner:innen des Wohnhauses aus.

Die Anwohner:innen berichten, dass sie hoffen, dass der hintere Teil neu aufgebaut wird und sie vom Eigentümer des Gebäudes eine Entschädigung erhalten. „Wir erwarten, dass sich Eigentümer, die Häuser besitzen, auch um die Häuser kümmern“, erzählt die Bewohnerin der taz. „Wir hoffen, dass der Teil, der abgerissen wird, wieder aufgebaut wird“, fügt sie hinzu.

Die Bewohnerin erzählt, dass sie sich privat eine andere Unterkunft gesucht hat, andere Bewohner:innen seien in Hotels untergebracht. Aktuell ist nicht klar, wer für die entstandenen Schäden und den Verlust der Mieter:innen aufkommen muss.

Rechtsanwalt Marc Meyer fordert, dass der Eigentümer zur Verantwortung gezogen wird: „Der Bezirk muss ihm Daumenschrauben anlegen. Der Typ hat Asche ohne Ende“, sagt er der taz.

Zunächst gehe es darum, dass den Mieter:innen die entstandenen Kosten für Hotels und andere alternative Unterkünfte erstattet werden. Langfristig sei das Ziel, dass der Eigentümer dafür aufkommt, dass der hintere Teil des Hauses wieder aufgebaut wird. Meyer betont, dass der Schutz von Wohngebäuden ein bundesweites Thema sei. „Es braucht einen Wohnhaus-TÜV“, erklärt er.

Rida Agha



